Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten

inamo

Nummer 12

JAHRGANG 3
WINTER 1997
PREIS DM 10,-

Frankreich 30 FF · Österreich 70 ÖS · Italien 10000 L
Schweiz 10 SFr · Niederlande 10 HFl

Berichte & Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens

Medien-macht Medien-kontrolle

• Aids in Marokko • Rettet die syrische Industrie

In diesem Heft

Velayat-e futbal

Als sich am 20. November 1997 die iranische Fußballmannschaft mit einem 2:2 gegen die australische Nationalelf für die Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft 1998 in Frankreich qualifizierte, brach im Iran eine Explosion der Gefühle aus, die mehr ausdrückte als bloße Freude über einen Sieg. Millionen Menschen liefen lachend und strahlend durch die Straßen; Autofahrer bedienten stundenlang ihre Hupen und Lichthupen. Menschen gratulierten sich gegenseitig, viele verteilten Süßigkeiten unter die Leute.

Alles normale Freudensbekundungen, könnte man meinen. Es blieb aber nicht dabei. Der von den Mullahs auferlegte Sittenkodex wurde massenhaft durchbrochen und verletzt, als die Jugendlichen bis in die frühen Morgenstunden in den Straßen tanzten. Zum Entsetzen der Sittenwächter wurde dabei die Geschlechtertrennung aufgehoben. Es soll auch, man wagt es kaum zu schreiben, zu „verbotenen" Annäherungen gekommen sein. Im Freudentaumel wurden Süßigkeiten verteilt, und „teuflische" Getränke machten die Runde. Irgendwo in Teheran, wurde ein vorbeigehender Mullah von Jugendlichen aufgefordert, mitzufeiern. Obwohl er sich weigerte, mußte er tanzen – und er tanzte.

Auch die Frauen konnten nicht aufgehalten werden. Trotz aller Mahnungen und Verbote stürmten sie das Stadtion, weil sie bei der Ehrung der Fußballmannschaft dabei sein wollten. Hier und da wurde ein Kopftuch durch die Nationalflagge ersetzt. Auch politische Parolen wurden laut, darunter „Nieder mit Khamene'i. Die Ordnungskräfte des Staates ließen diese Kundgebungen nicht ungeahndet. In Teheran, Isfahan und andernorts gab es Verhaftungen und Bestrafungen durch Auspeitschen.

Der Drang nach Liberalisierung und danach, die Knute der religiösen Machthaber abzuschütteln, hat sich in dieser Explosion der Gefühle gezeigt. Wieder einmal wurde deutlich, daß Menschen in Iran solche Ereignisse nutzen, um zu zeigen, was sie von der Herrschaft der islamischen Rechtsgelehrten (velayat-e faqih), ihren Wertvorstellungen und Verordnungen halten: Lieber Tanz als Selbstgeißelung, lieber Freude als ständige Trauer um die Märtyrer, lieber nationale Symbole als sogenannte islamische, lieber Fußball als falsche und erzwungene Bekenntnisse zur Autokratie der Mullahs.

Den Anlaß lieferte diesmal der Sieg der Nationalelf. Im Mai dieses Jahres waren es die Präsidentschaftswahlen, als fast 70 % der Wähler der velayat-e faqih ein großes Nein entgegenschleuderten, indem sie Mohammad Khatami ihre Stimme gaben, einem Mann, der Liberalisierung, Zivilgesellschaft und Modernität auf sein Programm geschrieben hatte.

Die Erzkonservativen reagieren auf diese Entwicklung nicht durch Nachgeben, sondern indem sie ihre Gegner zunehmend unter Druck setzen. Dazu gehört die ausgedehnte Kampagne gegen die Kritiker im Kreis der Geistlichkeit und der internen Opposition sowie gegen Andersdenkende außerhalb des Regimes. Dabei ist es öfters zu tätlichen Angriffen gegen Personen, zu Demolierungen von Zeitungsbüros, Häusern und Stätten des religiösen Unterrichtes in der Stadt Qom gekommen. Für die Dauer des Gipfeltreffens der Organisation der Islamischen Konferenz wurde dies zwar unterbrochen; jetzt aber wo der Widerspruch zwischen Khatami und Khamene'i auf dieser Konferenz öffentlich ausgetragen wurde und Khatami – wie aus Resolutionen und Sympathiebekundungen der Konferenzteilnehmer ersichtlich - einen klaren Sieg davongetragen hat, wird die Kampagne verstärkt werden. Den Auftakt dazu bildete die Verhaftung des Generalsekretärs der „Freiheitsbewegung Iran", Dr. Ebrahim Yazdi, am 14. Dezember, einen Tag, nachdem Khatami in einer Pressekonferenz sein Bekenntnis zu demokratischen Rechten wiederholt hatte.

Red.

INAMO Nr. 11, Herbst 1997:

Sudan, Dauerkonflikt im Vielvölkerstaat, wurde von der *Stiftung Umverteilen!* unterstützt.

Wir danken der Afrika AG der *Stiftung Umverteilen!*

Die Entwicklung des ägyptischen Satellitenfernsehens

Hussein Amin

Im allgemeinen sind Radio und Fernsehen in Ägypten absolute Monopole unter direkter Aufsicht der Regierung. Wie die meisten arabischen Staaten besitzt und betreibt auch Ägypten seine eigenen Radio- und Fernsehstationen. Ägypten hat ein zentralisiertes System der elektronischen Medien, das nach der Revolution von 1952 eingeführt wurde und in der Hauptstadt Kairo seinen Sitz hat. Der Hauptgrund für diese Zentralisierung ist der Wunsch der Machthaber, die nationale Einheit zu wahren. Andere Gründe sind die Zentralisierung der Verwaltung und die hohen Kosten für die Errichtung eines Fernsehsystems. Der Staat hat begonnen, das System zu dezentralisieren, indem er eine Reihe von lokalen und regionalen Fernsehkanälen neben den beiden nationalen Sendenetzen errichtet hat. Doch die Kontrolle über das Medium bleibt die gleiche. Überdies sehen hochrangige ägyptische Amtsträger in elektronischen Medien ein wirksames Werkzeug und sind sehr daran interessiert, diese Technologien nicht in „feindliche Hände“ gelangen zu lassen. Ein weiterer Grund für die zentralisierte Kontrolle über Radio und Fernsehen ist die geringe Alphabetisierungsquote. Da Radio und Fernsehen das Problem des Analphabetismus umgehen, werden sie oft als Arm der Regierung genutzt, um die Öffentlichkeit zu führen und zu mobilisieren. (Amin und Boyd 1993). Radio und Fernsehen werden vom Staat subventioniert und nur zum Teil durch Werbeeinnahmen finanziert.

Was die Entwicklung des Fernsehens, die Attraktivität der Programme und die Exporte angeht, ist Ägypten noch immer das einflußreichste Land in der arabischen Welt und hat eine gewisse Sonderstellung (Rugh 1984). Ägyptens lange Theatertradition und das gut etablierte Radio- und Filmgeschäft haben Talente für eine stabile Fernsehindustrie hervorgebracht, die es Ägypten nicht nur erlauben seine eigenen Fernsehprogramme zu produzieren, sondern auch Fernsehproduktionen und Talente für die anderen arabischen Staaten zu liefern (Amin und Boyd 1993).

Fernsehen ist ein sehr wichtiges Medium in Ägypten und gewinnt seit Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung täglich an Macht. Die meisten Haushalte haben Zugang zu einem Fernsehgerät, und besonders in den Vorstädten findet Unterhaltung gewöhnlich zu Hause statt (Amin und Boyd 1993, 2/7).

Der Krieg von 1967 beschleunigte den Wandel der Kommunikation unter allen arabischen Staaten und besonders in Ägypten. Der Krieg löste eine Neubewertung der Rolle der elektronischen Medien aus. In dieser Atmosphäre wurde 1969 die *Arab States Broadcasting Union* (ASBU) gegründet, eine Agentur der Arabischen Liga, die Radio- und Fernsehaktivitäten koordinieren und Personal ausbilden sollte (Boyd 1982). 1980 betrieb Intelsat, die *International Telecommunications Satellites Organization*, die 14 Staaten repräsentierte, 18 Satelliten und war damit Hauptanbieter für internationale Satellitenkapazitäten. Obwohl arabische Länder seit der Gründung von Intelsat 1964 beteiligt waren, gab es den Wunsch, alle arabische Staaten in einem Kommunikationssystem zu verbinden, um Kultur- und Bildungsprogramme auszutauschen. 1981 gründete die Arabische Liga ein regionales System mit dem Namen Arabsat.

Als Arabsat entstand, sollten direkte Sendedienste eine Grundversorgung in abgelegene Gebiete liefern, die vorher kein Fernsehen empfangen konnten. Trotz des erwarteten großen Bedarfs für solche Dienste, wurde davon im ersten Jahr nach dem Start kein Gebrauch gemacht. Dienste, die gefragt waren, waren der Austausch von Nachrichten und Programmen, Bildungssendungen, Notfallkommunikation, Inlandstelefongespräche, Datenübertragung, Telefonkonferenzen, elektronische Post und Zeitungsveröffentlichungen (Al Saadon 1990).

Gemeinde-Fernsehen, besonders in abgelegenen Gebieten, sollte auf dem S-Band verfügbar sein. Starke Transponder sollten einen indirekten Empfang via Kabel ermöglichen. Kleinere und billigere Bodenstationen sollten die Signale empfangen und in die entlegensten Gebiete verteilen. Obwohl 20 % der ursprünglichen Kosten von Arabsat dafür verwendet wurden, wurde Gemeinde-Fernsehen nicht genutzt, bis Ägypten 1990 die Transponder mietete. Die arabischen Regierungen einigten sich nie auf eine Politik, aus Angst, daß das Gemeinde-Fernsehen ein Instrument zur Verbreitung politischer Ideen anderer werden könnte (Abu-Argoub 1988). Diese Angst bestand, obwohl sich ein 1977 gebildeter Koordinierungsausschuß 1985 auf Programmrichtlinien einigte. Die Richtlinien sollten Qualität in Sprache und Inhalt unterstützen, die Nutzung von Arabsat maximieren und die Produktion von Programmen fördern, die für alle arabischen Staaten akzeptabel waren, unabhängig von ihren Differenzen.

Trotzdem spiegelte die Nutzung von Arabsat für Programmaustausch die politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den arabischen Staaten wider (Al Saadon 1990). Die Länder mit bessereren diplomatischen Beziehungen tauschten mehr Programme aus. Je stärker die Wirtschaft eines Landes, desto eher tauschte es Programme über Arabsat aus.

Satellitenfernsehen hat seit 1990 in Ägypten an Bedeutung gewonnen und einen großen Einfluß auf die Sendein-

stitutionen und die Öffentlichkeit. In den Fernsehsendern hatten nun die Mitarbeiter und Bürokraten die Möglichkeit, ihre eigenen Programme mit anderen von internationaler Qualität zu vergleichen, und begannen, ihre eigenen Programme in Struktur und Inhalt zu verbessern. Viele Ägypter haben Zugang zu Satellitenfernsehen. Man schätzt, daß die Ägypter 1 Mio. Satellitenschüsseln besitzen. Das heißt, bei durchschnittlich fünf Zuschauern pro Haushalt sehen 5 Mio. Ägypter Satellitenfernsehen. Anfangs war das Satellitenfernsehen wegen des hohen Preises für die Schüsseln für die meisten Ägypter nicht verfügbar. Aber der Preissturz für Hardware und Software des Satellitenfernsehens und die Zunahme der Dienstleistungen, sowohl verschlüsselt als auch unverschlüsselt, hat es dem Satellitenfernsehen erlaubt, schnell an Boden zu gewinnen. Staatliche und private Firmen konkurrieren in der Herstellung von Satellitenschüsseln und bieten günstige Preise und Leasingmöglichkeiten. Die zunehmende



Arabische Medien

Popularität des Satellitenfernsehens, die gleich nach dem Golfkrieg begann, regte die ägyptische Regierung dazu an, die erste arabische Satellitenfernsehstation zu betreiben und damit eine neue Phase des Sendebetriebs auf nationaler und transnationaler Ebene zu markieren.

Die ägyptischen Satellitenkanäle sind in der ganzen arabischen Welt sehr populär, da sie Familienunterhaltung bieten und ausländische Kanäle ersetzen können, die kulturelle, politische und religiöse Normen und Werte verletzen. Die steigende Nachfrage nach ägyptischen Satellitenfernsehen ermutigte andere Unternehmer private Satellitenkanäle zu starten, wie *Middle East Broadcasting Center* (MBC), *Arab Radio and Television Network* (ART) und *Orbit Television Network* (Amin 1996). Saudi Arabien erkannte die Bedeutung des internationalen Fernsehens und gründete MBC mit Sitz in London. Es folgte ART, das aus vier spezialisierten internationalen Kanälen für Kinder, Spielfilme, Sport und einen allgemeinen Kanal besteht. 1994 gründeten die Saudis einen neuen Dienst, der Orbit heißt und einen internationalen Fernsehkanal betreibt. Andere Dienste, die Arabsat nutzen, sind die Fernsehsender Dubais und Omans, der jordanische Satellitenkanal, der kuwaitische *Space Channel,* der marokkanische Satellitenkanal und das tunesische TV7. Türkische Kanäle sind so populär in der arabischen Welt, daß in einigen Ländern das Zeigen dieser Kanäle in der Öffentlichkeit verboten ist (Amin 1995).

Die Einführung ägyptischer und arabischer Satellitendienste änderte die Haltung zur Medienorganisation in der arabischen Welt in Richtung auf mehr Zusammenarbeit und Programmaustausch. Araber begannen den Begriff „Wettbewerb" zu akzeptieren. Der Wettbewerb von Satellitenfernsehen in der arabischen Welt hat seinen Höhepunkt erreicht, und viele Experten halten dies für eine gesunde Entwicklung, da dies zu stetiger Qualitätssteigerung und Vorteilen für die Zuschauer geführt hat. Für die Satellitendienste im Regierungsbesitz kam der Wettbewerb unglücklicherweise überraschend. Viele Zuschauer, besonders die Oberschicht, die Wirtschaftsführer und Personen des öffentlichen Lebens schalten arabische und internationale Fernsehkanäle ein, die sie mit höherer Qualität, unzensierten und relativ unkontrollierten Nachrichten und Unterhaltungsprogrammen versorgen. Als Antwort auf den Wettbewerb ruft der ägyptische Ent-

wicklungsplan zu einem Ausbau von Radio-, Fernseh- und Informationsdiensten auf. Ägypten braucht ein effektives Übertragungsmedium, das kostengünstig alle Teile des Landes und der arabischen Region erreicht. *NileSat,* der neue Satellit der Regierung, der seien Dienste 1998 aufnehmen soll, wird sich auf mehrere Felder, besonders auf Bildung, Nachrichten und Kultur konzentrieren. Er wird schätzungsweise US$ 158 Mio. kosten und hat zwölf Transponder, die je sechs digitale Fernsehkanäle übertragen können, also insgesamt ca. 80 Kanäle, und erreicht die gesamte arabische Welt. Zusätzlich möchten offizielle Stellen im ägyptischen Fernsehen eine zweite Ausbauphase, die mehr afrikanische Länder erreichen soll. Ägypten wird ein neues spezielles Satellitenfernseh-Paket anbieten, das vorerst aus sechs Kanälen besteht. Diese Kanäle sollen die staatlichen Vorgaben in den Bereichen Kultur und Bildung erfüllen (Amin und Schleifer 1997). Ägypten war immer ein Hauptanbieter von Fernsehprogrammen im In- und Ausland mit zwei nationalen Netzen, sechs lokalen Fernsehstationen, vier globalen Satellitensendenetzen, von denen eines, *Nile TV International*, in Englisch sendet. Diese Rolle wird Ägypten weiter spielen, wenn NileSat im Orbit ist.

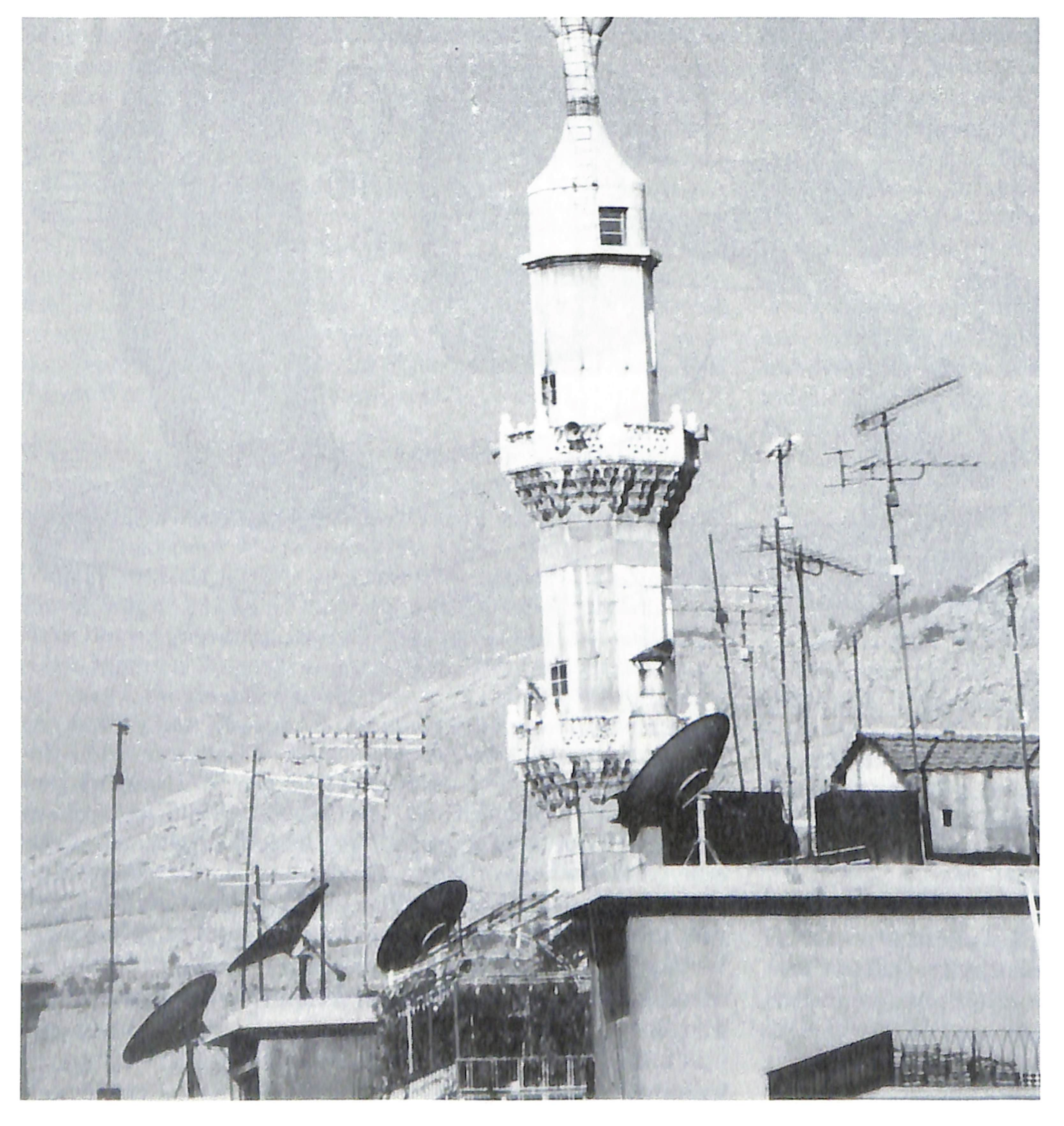


Foto: Norbert Mattes

Offizielle Vertreter des ägyptischen Fernsehens waren gegen die Privatisierung von Radio- und Fernsehnetzen. Die Debatte zwischen verschiedenen Gruppen und die Angst der Regierung, die Kontrolle über Radio und Fernsehen zu verlieren, haben den Prozeß verzögert. Aber die Debatte führte schließlich zu einem Joint Venture zwischen der staatlichen *Egyptian Radio and Television Union* und einer privaten Firma. *Cable News Egypt* (CNE) war erst ein Verteilerdienst und bietet nun ein Satellitenpaket, das eine Mischung aus ägyptischen, arabischen und internationalen Sendenetzen umfaßt.

Satellitenfernsehen löste auch andere Debatten aus. Die Befürchtungen über diese Revolution im Informationssektor sind ernsthaft und kreisen um Themen wie Kultur und Religion. Islamische Gesellschaften im allgemeinen, arabische im besonderen und speziell die Ägypter verteidigen auffallend ihre Traditionen und Werte. Ägypten und die islamische Welt sind in diesem Punkt nicht voneinander zu trennen und verständlicherweise stolz auf das kulturelle Erbe, das durch die Nutzung der arabischen Sprache, Gewohnheiten und die Medien erhalten wird. Der beständige und überwältigende Einfluß westlicher Pop-Kultur wird als bedrohlich und als Affront betrachtet. Obwohl diese Spannungen seit mehr als 100 Jahren bestehen, hat der plötzliche Einfluß der Pop-Kultur in Produkten und besonders in Satellitenfernsehprogrammen die defensive Haltung der Ägypter verstärkt. Obszönitäten, Halbnackte, das Erregen sexueller Instinkte, die Akzeptanz vorehelicher sexueller Beziehungen und die häufige Behandlung von Homosexualität als ein akzeptabler Lebensstil sind nicht nur unerwünscht, sondern grobe Beleidigungen in der arabischen Gesellschaft (Schleifer 1995). In einigen modernen Spielfilmen und Fernsehserien werden Verbrecher und Kriminelle als Helden gezeigt, was im Land nicht zu vertreten ist.

Arabische Länder haben auf diese Infiltration durch die Einführung harter Zensurregelungen geantwortet. Das *Freedom Forum* und *Freedom House* haben dargelegt, daß Zensur in den meisten arabischen Ländern streng angewandt wird. Die Organisationen klassifizierten Algerien, Libyen, Mauretanien, Oman, Katar, Syrien und die Vereinigten Arabischen Emirate als „unfreie Systeme". Bahrain, Marokko, Tunesien und Jemen werden als relativ freie Systeme klassifiziert. Die negativesten Urteile in Bezug auf Zensur wa-

ren Irak und Saudi Arabien vorbehalten (USIS 1994). Ägypten wurde in zwei Berichten als relativ frei bewertet. Im Westen ist die Meinungsfreiheit ein Grundrecht jedes Bürgers, das bis zum äußersten verteidigt wird. Innerhalb der arabischen Welt wird diese Art der Zensur leicht toleriert und sogar als eine Form der bürgerlichen Verantwortung erwartet.

Araber und Ägypter haben auch andere Befürchtungen. Einige Länder fürchten die politischen oder religiösen Auswirkungen des Eindringens fremder Werte. Eine antiwestliche, islamisch-fundamentalistische Reaktion auf die plötzliche Verfügbarkeit von Produkten der Popkultur ist seit einiger Zeit zu beobachten. Die Hauptfurcht der Regierung ist die Destabilisierung der arabischen Nationen. Eine andere politische Sorge betrifft die Empfindlichkeit arabischer Regierungen gegenüber unvorteilhafter Berichterstattung durch internationale Radio- und Satellitfernsehennetze.

Eine andere Sorge in bezug auf die Entwicklung des Satellitenfernsehens hängt mit der hohen Analphabetenrate zusammen. In vielen arabischen Staaten ist sie sehr hoch. Der Alphabetisierungsgrad reicht von 41% im Jemen bis zu 82% in Jordanien. Die Unfähigkeit zu lesen und zu schreiben schränkt die Möglichkeit des Individuums zu kommunizieren und zu lernen ein. Mit dem Auftauchen von Englisch als wichtigster Sprache der meisten populären Dienste scheint die arabische Sprache und Kultur bedroht. In der arabischen Welt aber sind natürlich Englischkenntnisse in der Bevölkerung sehr gering verbreitet.

Islamischer Glaube und religiöse Praktiken führen oft zu einem geringen Vertrauen in Massenmedien. Islamische Gruppen, wie die Muslimbrüder, sehen es nicht gerne, wenn ihre Mitglieder die Medien, besonders das Fernsehen, benutzen. Es wird manchmal zum Ausdruck gebracht, daß die Medien einen negativen, korrumpierenden und unmoralischen Einfluß auf die Muslime haben. Öffentlich geäußerte Furcht vor diesen Einflüssen ist in jedem arabischen Staat zu finden.

Einige Organisationen in Ägypten sind gegen aus dem Westen importierte Programme und behaupten, daß sie die einheimische Kultur bedrohen und sie am Ende verdrängen werden. Viele Konferenzen in Ägypten und der arabischen Welt behandeln das Thema der kulturellen Identität. Man glaubt, daß akademische Konzepte wie Kulturimperialismus und kulturelle Invasion faktische Realitäten sind. Das hat einige Hysterie heraufbeschworen. Doch sollte die kulturelle Evolution nicht mit Kulturimperialismus verwechselt werden, was Zwang und Macht bedeutet und nicht Wahl.
Es gibt drei Formen der Radio und Fernsehlandschaft in der arabischen Welt. Diese Formen hängen eng mit Politik und Kultur zusammen. Die erste Form ist in Jordanien und in den Golfstaaten zu finden, wo wir MMDS *(Multichannel Multipoint Distribution Systems)* identifizieren können, die als Kabelfernsehdienste von der Regierung betrieben werden und die auch angesehene ausländische Netze wie CNN, BBC, CFI und Discovery Channel übertragen. Diese Netze kommen nur in geringem Maße in politische oder kulturelle Konflikte mit arabischen Regierungen und können leicht mit nationalen Rundfunk- und Fernsehsystemen koexistieren. Die zweite Form wird in Saudi Arabien entwickelt, wo Satellitenschüsseln verboten wurden und ein verfeinertes MMDS System als ein „kulturelles Schutzschild" für die Nation eingeführt wird. Während bei der ersten Form nur die Hauptstädte versorgt werden, soll das saudische Modell das gesamte saudische Territorium abdecken (Schleifer 1995). Die dritte Form wurde in Ägypten eingeführt, wo CNE ein Subskriptionsfernsehen als Joint Venture nur in Kairo betreibt. Die Firma bietet nun auch ein Satellitenpaket an. Ägyptische Regierungsvertreter haben deutlich gemacht, daß Satellitenfernsehen im Staat nie verboten werden wird.

Die Entwicklung des ägyptischen Satellitenfernsehens steckt noch in den Kinderschuhen. Die Auswirkungen machen sich gerade erst bemerkbar. Ägypten hat die Wahl, ob es die arabische Welt in der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Technologie führen will, indem es in einem effektiven Wettbewerb eintritt und einen eigenen privaten Sektor entwickelt, der auf lokaler und regionaler Kultur und auf guten ausländischen Programmen basiert. Oder es kann den Weg gehen, oberflächliche Programme anzubieten, die neue Technologie zu mißbrauchen und schließlich den Kampf um die Zuschauer gegen effektivere Mitbewerber verlieren.

Literatur

Abu-Argoub, I.A. (1988). Historical, Political and Technical Development of ArabSat. Unveröffentlichte Dissertation. Northwestern University, Evanston, Illinois.

Al-Saadon, H.T. (1990). The Role of ArabSat in Television Program Exchange in the Arab World. Unveröffentlichte Dissertation. Ohio State University.

Amin, Hussein Y. und S.A. Schleifer (1997). The Arab Information Explosion. Lecture organized by the Hagop Kevorkian Center for Near Eastern Studies. New York University and the American University in Cairo. April 1997.

Amin Hussein Y. (1996). Broadcasting in the Arab World and the Middle East. Edited by Allan Wells World Broadcasting. General Hall.

Amin, Hussein Y. (1995). Satellites and New Television Services in the Middle East. Broadcasting Educators Associaton (BEA) International Conference, Las Vegas, Nevada. April 1995.

Amin, Hussein Y. und Douglas A. Boyd (1993). The Impact of Home Video Cassette Recorders on the Egyptian Film and Television Consumption Patterns. The European Journal of Communications, Vol 18, Issue 1.K.G. Saur Publishing Co. Germany pp.2–7.

Boyd, Douglas (1982). Broadcasting in the Arab World. Temple University Press. Philadelphia PA.

Rugh, William (1984). The Arab Press. Syracrus University Press.

Schleifer, S.A. (1995). MMDS in the Arab World. Paper presented at the Broadcasting Education Association Conference. Las Vegas, Nevada. April 1995.

Übersetzung aus dem Englischen: Reinhard Fischer

■ *Hussein Amin ist stellvertretender Direktor des Adham Center for TV Journalism der Amerikanischen Universität in Kairo*

„In saudischer Tasche“

Abdul Bari Atwan und Jihad Khazen über den saudischen Einfluß auf arabische Medien

Saudi-Arabien war nicht das erste Land, das in die arabischen Medien investierte. Eine internationale arabische Presse existiert unter ausländischer Patronage seit dem letzten Jahrhundert. Seit den siebziger Jahren dieses Jahrhunderts bekam die arabische Auslandspresse eine zusätzliche Bedeutung. Anfänglich unter libanesischer Kontrolle, wurde diese zu verschiedenen Zeiten von der PLO und den Regierungen Syriens und des Irak finanziert. Ihre Publikationen waren zwar politisch engagiert und gut informiert, aber im Großen und Ganzen nicht erfolgreich. Nicht so die saudi-finanzierte Presse. Sie hat in die neuesten Technologien investiert und höchst respektierte Journalisten angeworben, um Zeitungen und Zeitschriften zu produzieren, die qualitativ mit westlichen Presseerzeugnissen vergleichbar sind. Aber zu welchen Kosten und unter welchen Bedingungen?

Jihad Khazen, Chefredakteur der meistverkauften arabischen Auslandszeitung *al-Hayat* und Abdul Bari Atwan, Chefredakteur der um ihre Existenz kämpfenden, unabhängigen Tageszeitung *al-Quds al-Arabi* – beide Zeitungen erscheinen in London – beziehen zur Problematik der saudischen Medienmacht und -kontrolle Stellung:

Abdul Bari Atwan: Ein kurzer Blick auf die Karte der arabischen Medien zeigt, daß das Königreich Saudi-Arabien 95 Prozent der arabischsprachigen Zeitungen und Zeitschriften, der Radio- und Fernsehstationen in den arabischen Ländern und im Ausland beherrscht. Diese Dominanz ist sowohl direkt – durch Eigentum der königlichen Familie und deren Verwandter – als auch indirekt. Das saudische Streben die arabischen Medien zu dominieren, ist zurückzuführen auf den Propagandakrieg Nassers in Ägypten gegen Saudi-Arabien in den sechziger Jahren und auf den gewaltigen Reichtum, der durch den Ölboom der siebziger Jahre entstanden ist. Unter dem Vorwand der Moderation begannen die Saudis 1978 ein Medienimperium zu akquirieren, um revolutionäre Ideologien (kommunistische, nationalistische oder islamistische) zu bekämpfen und jede Kritik am Königreich und seiner herrschenden Familie zu ersticken. Dies erlaubte den Saudis, die Regeln für eine Presseberichterstattung über ihre Angelegenheiten zu bestimmen, und zwar erstens durch die Presse, die sie selbst besaßen, und zweitens durch die Macht über die einheimische Presse anderer arabischer Staaten, die ihnen ihr massiver Reichtum bescherte.

Die saudische Regierung hat „Medienprotokolle“ mit den Informationsministerien diverser arabischer Staaten, inklusive Ägypten, unterzeichnet. Nach diesen Protokollen ist die Veröffentlichung jeglichen kritischen Materials über Saudi-Arabien und seiner inneren Situation sowie über die Dominanz der Prinzen in den Staatsgeschäften und ihrer Akquisition öffentlicher Gelder, verboten. Ein ägyptischer Chefredakteur sagte, daß er klare Instruktionen vom ägyptischen Informationsministerium erhalten hätte, weder König Fahd, seine Regierung, seine Familie und seine Politik noch den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und seine Söhne zu kritisieren. Kritik an irgendetwas anderem wäre erlaubt.

Durch die dominante Position im Golfkooperationsrat war Saudi-Arabien in der Lage, seine Medienpolitik den kleineren Golfstaaten aufzudrängen. Es instrumentalisierte diese Vormachtstellung, um die Konferenz der Informationsminister der Golfstaaten dazu zu bringen, Resolutionen zu verabschieden, in denen die wenigen Zeitungen und Zeitschriften, die den Versuch unternahmen, Saudi-Arabien zu kritisieren, mit einem Bann belegt, und schwarze Listen von Autoren und Journalisten zu deren Isolierung angelegt wurden. Jegliche Zusammenarbeit mit ihnen wurde untersagt.

Erleichtert durch den Eintritt von Syrien und Ägypten in die Koalition, wurde die Effizienz des saudischen Medienimperiums dadurch überaus deutlich, daß es während des Zweiten Golfkrieges erfolgreich Äußerungen verhindern konnte, die im Gegensatz zu denen der Anti-Irak-Koalition standen. In Saudi-Arabien sind die Medien wie verschleierte Frauen. Unter dem Schleier mag man die feinsten Kleider tragen - die beste Technologie, die besten Autoren und Journalisten, die feinsten Büros. Aber sie sind verschleiert, komplett in schwarz verhüllt. Sie sind zensiert.

Jihad Khazen: Die arabische Presse hat im Vergleich zum Westen sehr verschiedene Charakteristika: Die zwei Hauptunterschiede sind die relativ begrenzten finanziellen Ressourcen und die sehr begrenzte Freiheit. Die limitierten Ressourcen führten zu einem System der Patronage. (...)

Saudi-Arabiens Rolle als Sponsor der arabischen Presse resultiert aus seiner Position als das Land, in dem das gesamte arabische Anzeigengeschäft konzentriert ist. Großunternehmen von Boeing in Seattle bis Datsun und Toyota in Japan sind alle an dem einen Markt in Saudi-Arabien interessiert. Ihr Budget für die dortige Anzeigenwerbung ist proportional vergleichbar mit dem für eine Zeitung in Großbritannien. Ohne den saudischen Markt kann *al-Hayat* nicht überleben. Sie wird in der ganzen arabischen Welt, mit der Ausnahme von Irak und Libyen, verkauft.



Damaskus *Foto: Norbert Mattes*

Sie verdiente mit den Einnahmen des Anzeigengeschäfts im letzten Jahr 13 Mio. US$, von denen 12,5 Mio. US$ aus Saudi-Arabien kamen. Dies gilt im allgemeinen für die gesamte internationale arabischen Presse. Vermutlich unter dem Druck der *Ulama* entschied der saudische Informationsminister vor zwei Jahren, alle Frauenmagazine zu verbieten. Am nächsten Tag brachen 19 von 24 Magazinen finanziell zusammen, weil sie vom saudischen Anzeigenmarkt abhingen. Der einzige Weg zu überleben besteht darin, mehr Exemplare in Saudi-Arabien zu verkaufen und mehr Anzeigen zu bekommen. Das Sponsern ist wirklich indirekt.

Ich habe nichts dagegen, daß meine Zeitung für einen Tag irgendwo auf dem Index steht – letztendlich bedeutet es eine gute Publicity wenn wir zeigen, daß wir nicht die Linie von dieser oder jener arabischen Regierung verfolgen. Aber wenn das Verkaufsverbot unbestimmt ist, vor allem in Saudi-Arabien, kann es wirklich sehr gefährlich werden. Wir waren einmal für unbestimmte Zeit vom saudischen Markt verbannt. Es dauerte zwanzig Tage und kostete uns fast eine Million US$. Wären wir für weitere ein oder zwei Monate ausgeschlossen worden, so wären wir zusammengebrochen.

Wenn uns in Saudi-Arabien das Verkaufsverbot droht, muß ich die Entscheidung alleine treffen. Ich möchte wirklich wissen, ob diese eine Zeile in einer Ausgabe 40 000 US$ wert ist. Wir waren bewußt hinter Geschichten her, die uns den Ausschluß einbrachten. Letztes Jahr interviewten wir den irakischen Außenminister Sahhaf und wurden verboten. Wir interviewten den irakischen Ölminister und wurden verboten. Ich sagte meinem Team, es sollte diese Geschichte verfolgen, weil sie die 40-50 000 US$ wert war.

Trotz aller Probleme haben wir nie eine Geschichte auf Bestellung veröffentlicht. Wir verpflichten uns zu den Sünden der Auslassung. Es gab eine sehr wichtige Story über einen ägyptischen Arzt, der in Saudi-Arabien verhaftet wurde, und woraufhin sich die Spannungen zwischen beiden Ländern verschärften. Ich weigerte mich, die Linie der Ägypter oder die der Saudis zu übernehmen, und riskierte lieber eine Entfremdung zwischen unserer Zeitung und den beiden für sie wichtigsten Ländern. Ich ignorierte die gesamte Geschichte. Niemand beeinflußte meine Hand, aber ich konnte nicht das in die Zeitung bringen, was ich wollte.

Atwan: Die Saudis dominieren die Presse auf vielfache Weise. Ihre Zeitungen sind sehr einflußreich geworden – die Wichtigkeit einer Sache wird nur dadurch bestätigt, daß sie in der saudi-arabisch gesponsorten Presse erscheint. Eines Tages rief mich der Arabische Dienst des

BBC-Fernsehens an: Da war heute eine Geschichte auf Ihrer Titelseite, über dieses und jenes. Ist es wahr? Ich fragte, warum er das bezweifelte und er antwortete: Es wurde weder in *al-Hayat* noch *al-Sharq al-Ausat* veröffentlicht.

Sie wollen definitiv ihre inneren Angelegenheiten verdekken. Die saudische Presse diskutiert überhaupt nichts über Saudi-Arabien. Niemand hat irgendeine Ahnung darüber, wie viele Menschen im Gefängnis sind oder wie die Statistiken von Verkehrsunfällen aussehen; vor lauter Angst, daß aus dieser Berichterstattung Kritik am König oder der Regierung konstruiert wird. Saudische Zeitungen berichten nicht über saudische Angelegenheiten, arabische Zeitungen tun es nicht, britische Zeitungen tun es nicht, also wer tut es? Die Briten zum Beispiel sind eingeschüchtert von den Saudis. Der britische Außenminister Rifkind[1] nutzte sein erstes Treffen in Saudi-Arabien, um Muhammed al-Mas'ari[2] zu kritisieren. Wer ist Mas'ari? Rifkind tat es, weil die saudischen Behörden über die saudische Oppositionsbewegung in Großbritannien bestürzt sind.

Wir werden von Saudi-Arabien boykottiert und sind in der Konsequenz komplett vom dortigen Anzeigenmarkt ausgeschlossen. Das letzte Treffen der Golf-Informationsminister beschloß den Bann über jede Zeitung, die sich kritisch zu den Ländern des Golfkooperationsrates äußert. Es wurde nur eine Zeitung auf den Index gesetzt: *al Quds*.

Eine Zeitung für einen Markt zu formen, der gerade zwei Prozent der arabischen Menschen repräsentiert, ist desaströs. Wir würden gern eine Zeitung haben, die sich um die ganze arabische Welt kümmert, für die 98 Prozent. Als Journalisten haben wir die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Presse verfochten. Wenn man, wie in Saudi-Arabien, keinen Minister befragen oder nicht darüber sprechen kann, daß Frauen Autos fahren, nicht über Kommissionen und Korruption, wenn man nicht über Waffengeschäfte sprechen kann, was ist dann der Zweck von Journalisten hier? Bei uns steht nicht so viel auf dem Spiel wie bei *al-Hayat*, wir publizieren keine 50 000 Exemplare, aber manchmal verlierst du deinen Stolz, manchmal verlierst du deine Prinzipien. Ich möchte nicht der Herausgeber von *al-Hayat* sein. Schließlich kann ich sagen, daß wir zu 95–96 Prozent unabhängig sind. Und wir haben die Freiheit, morgen jede Geschichte zu schreiben.

Khazen: Das ist wirklich das Problem. Du kannst publizieren, wirst verdammt und verkaufst an einige Freunde und an einige arabische Leser in London oder Paris, oder du kannst etwas vorsichtiger sein und verkaufst in einigen arabischen Staaten; oder du bist noch vorsichtiger und verkaufst in allen Staaten – aber dann hast du keine Zeitung. Man muß irgendwo einen Strich ziehen. *Al-Quds* hat definitiv mehr heikle Themen als *al-Hayat*, aber als Ergebnis wird sie nur in fünf oder sechs Ländern verkauft. Wir verkaufen in 18 oder 20 Ländern. Wir sind total frei darin, den Friedensprozeß zu unterstützen oder zu kritisieren, aber wir müssen sehr vorsichtig damit sein, über die inneren Angelegenheiten Saudi-Arabiens oder über religiöse Dinge zu sprechen. Ich weiß nicht, was besser ist. Es ist eine persönliche Entscheidung, mehr als alles andere.

Eine etwas längere Fassung des Textes erschien in *Index on Censor-Ship*, Nr.2/96.

Übersetzung aus dem Englischen: Jens Tanneberg

1 Letzter Außenminister in der Regierung von John Major.

2 Saudischer Oppositioneller, lebt in London im Exil.

Ein Überblick über das saudi-arabische Medienimperium

Zeitungen und Magazine:

Saudi Research and Marketing Company: Die 1978 in London gegründete SRMC gibt über 15 arabische Tages-, Wochen- und Monatspublikationen heraus. Hauptprodukte sind die Tageszeitung *al-Sharq al-Ausat* (Aufl. 225 000) und die politische Wochenzeitschrift *al-Majalla* (Aufl. 120 000). Die Gesellschaft gehört Prinz Salman bin Abdul Aziz, der an sechster Stelle in der Thronfolge des saudischen Königs Fahd steht. Der Vorstandsvorsitzende der Firma ist sein Sohn, Prinz Ahmad bin Salman. Alle Chefredakteure der SRMC sind saudische Staatsbürger.

Al-Hayat Press Corporation: Das Unternehmen mit Sitz in London sowie Büros in Riad, Djiddah, New York und Paris gibt seit 1988 die einflußreiche arabische Tageszeitung *al-Hayat* (Aufl. 110 000) und das politische Wochenmagazin *al-Wasat* (Aufl. 100 000) heraus. Die Chefredakteure der beiden Publikationen, Jihad Khazen und George Sim'an, sind Libanesen palästinensischer Herkunft. Seit 1990 ist das Unternehmen im Besitz von Prinz Lt. General Khaled bin Sultan bin Abdul Aziz, der als Kommandant die arabisch-islamischen Truppen im zweiten Golfkrieg befehligte.

TV- und Satellitenkanäle

Middle East Broadcasting Centre: Gegründet wurde das MBC, die erste arabische TV-Satellitenstation, 1991 vom saudischen Milliardär Salih Kamil. Es sendet von London aus seine Programme gebührenfrei nach Europa und in den gesamten Mittleren Osten. 1993 wurde das Unternehmen an die Brüder Walleed und Abdul Aziz al-Ibrahim verkauft, die Brüder der jüngsten Frau des saudischen Königs Fahd und damit auch die Onkel dessen jüngsten Sohnes, Prinz Abdul Aziz bin Fahd, Rechtsberater im königlichen Palast mit Ministerrang. Inoffiziell wird berichtet, daß der König selbst der wirkliche Besitzer von MBC ist und persönlich das letzte Wort bei allen Entscheidungen hat. Vor allem bei der Auswahl der weiblichen Mitarbeiter und der Fernsehansager soll er die Entscheidungen alleine fällen.

Arab Media Corporation: Inhaberin des in Rom sitzenden *Arab Radio and Television Network* (ART). ART unterhält in Rom inzwischen 5 arabischsprachige Fernsehkanäle, die über Satellit ausgestrahlt werden: Ein Vollprogramm, ein Spielfilmprogramm, ein Sportprogramm, ein Programm mit Unterhaltungsserien sowie ein Musikkanal. Das Programm soll auf 14 Kanäle ausgedehnt werden. Gegründet wurde die AMC von Samil Kamil, dem Gründer von MBC und einem Neffen König Fahds, Prinz Walid bin Talal bin Abdul Aziz. Kamil soll 90 % der Anteile an AMC besitzen, während der Prinz mit 30 %, etwa 120 Mio. US$, am ART beteiligt ist. Beide zusammen haben etwa 400 Mio. US$ in die Holding ART investiert. Es wurde ein Vertrag mit der RAI, dem staatlichen italienischen Fernsehen, unterzeichnet, um dessen Programme nach Amerika und Australien ausstrahlen zu können. Weiterhin ist Prinz Walid mit 7,1%, ca. 230 Mio. US$, an Berlusconis TV-Holding *Mediaset* beteiligt. Gemeinsam mit dem deutschen Medienmogul Leo Kirch und dem Südafrikaner Johann Rupert stieg Walid 1996 bei Berlusconi ein, um der *News Corporation,* dem Medienkonzern von Rupert Murdoch, die Vormachstellung auf dem europäischen Medienmarkt streitig zu machen. Kürzlich hat Walid direkt bei der *News Corporation* 400 Mio. US$ investiert und kontrolliert damit 5 Prozent der Aktienanteile. Walids finanzielles Engagement im Unterhaltungssektor führte auch zu einer Firmengründung mit dem Namen *Kingdom Entertainment* unter Beteiligung von Michael Jackson. Die Firma produziert sex- und gewaltfreie Familienunterhaltung u.a. für die Kanäle des ART.

Orbit Television: Das Pay-TV-Netzwerk mit 28 Anbietern strahlt von Rom über Satellit seine Programme in 23 Länder aus. *Orbit* gehört einem weiteren Neffen von König Fahd, Prinz Fahd bin Abdullah bin Abdal Rahman, und steht im harten Wettbewerb mit dem MBC. 1994 wurde ein Vertrag mit der englischen *BBC* über die Ausstrahlung des arabischen Serviceprogramms über *Orbit* unterzeichnet. Im vergangenen Jahr löste das Netzwerk ein Sturm der Entrüstung aus, als es die BBC-Berichte über den Auslieferungsantrag Saudi-Arabiens für den saudischen Oppositionellen Mohammed al-Mas'ari zensierte.

Zusammengestellt von Jens Tanneberg

Quellen: Index on Censorship 2/96; Nicolas Beau: „L'émir de Disney passe à la télévision",in: L'expansion 11.–24. Januar 1996; Der Tagespiegel, 7. 10./26. 11. 1997.

Lindenstraße made in Egypt

Unterwandert Saudi Arabien die arabische Welt im Vorabendprogramm?

Julia Gerlach

In Kairo kursiert eine Liste. Alle sprechen von ihr, viele wissen, was auf ihr steht, jeder kennt jemanden, der sie eigentlich haben müßte, manche behaupten, sie schon einmal gesehen zu haben. Es ist die Liste der saudischen Tabus: Was hier aufgelistet ist, darf in Fernsehserien nicht vorkommen, die nach Saudi Arabien verkauft werden sollen. Es geht um Moral. So darf eine Frau nicht mit einem Mann allein im Schlafzimmer gezeigt werden, wenn die beiden nicht sowohl in der Serie als auch im wirklichen Leben miteinander verheiratet sind. Alkohol und neuerdings auch Zigaretten sind unerwünscht. Die Serienhelden sollen möglichst nicht nur zu Hause, sondern auch regelmäßig in der Moschee beten. „Dieser Wertekatalog ist ein Spiegel der saudischen Moralvorstellungen“, sagt Hassan Abu Talib, Saudi-Arabien Experte am *Al Ahram Center for Strategic Studies* in Kairo: „Seit Saudi-Arabien in großem Umfang Fernsehserien und Filme aus den anderen arabischen Ländern importiert, haben sie diese Wertvorstellungen formuliert. Wer seine Filme verkaufen will, muß sich daran halten. Das ist ein Geschäft wie jedes andere auch.“

Abu Talib will sich nicht festlegen, ob es diese Tabuliste als Dokument wirklich gibt. Denkbar ist, daß es sich um ein Gerücht handelt,[1] doch das tut der Diskussion um den saudischen Einfluß auf die ägyptische Fernsehserienproduktion keinen Abbruch. Tatsache ist, daß Drehbuchautoren und Produzenten, die sich über die Tabus hinwegsetzen, ihre Serien nicht im Königreich verkaufen können und daß unter ägyptischen Intellektuellen heftig über diese wirkliche oder imaginäre Liste diskutiert wird.

Wer in Ägypten mit Fernsehserien Geld verdienen will, muß für den saudischen Markt arbeiten. Nur acht der 33 im vergangenen Jahr in Ägypten produzierten Serien wurden vom ägyptischen Fernsehen (EGTV) oder im Auftrag der sogenannten „Wirtschaftsabteilung“ des staatlichen Fernsehens hergestellt. Den Rest produzierten private Firmen oder freie Produzenten im Auftrag der saudisch finanzierten Satellitenstationen. Fernsehstationen am Golf zahlen rund zwanzigmal mehr für eine Serie, als das EGTV. Die privaten Produktionsfirmen verkaufen ihre Serien zunächst an Sender am Golf und holen so rund 75 Prozent der Kosten wieder herein. Nachdem die Serie dort gelaufen ist, wird sie an die staatlichen Fernsehanstalten anderer arabischer Länder sowie an Videofirmen weiterverkauft. Anschließend stellen die Firmen auch dem EGTV eine Kopie gratis zu Verfügung. Schätzungsweise 80 Prozent aller ägyptischen Drehbuchautoren arbeiten für den saudischen Markt, halten sich also an die Tabus.

Hollywood am Nil

Allabendlich laufen zwischen Marokko und dem indischen Ozean die serienhaften Herz-Schmerz-Geschichten made in Egypt. Und gerade in Ägypten mit seinen 48,6 Prozent Analphabeten sind die Soaps mehr als nur Unterhaltung. Immerhin verfügen 78,8 Prozent der Haushalte über einen Fernseher. „Mit den Serien erreicht man fast alle und der Inhalt der Serien hat einen großen Einfluß auf die Gesellschaft“, sagt Usama Anwar Okasha, Ägyptens bekanntester Fernsehautor. Und weiter: „Natürlich will ich mit meinen Serien die Gesellschaft verändern“. Besondere Bedeutung wird den Serien beigemessen, die während des Ramadan laufen. Wie werden die sozialen Verhältnisse in Ägypten dargestellt? Wie auf den militanten Islamismus eingegangen? Das sind Fragen, die nicht nur die Masse der Serienfreunde, sondern auch Intellektuelle, Filmkritiker und nicht zuletzt auch Politiker bewegen. Bis 1992 war es undenkbar, Islamismus zum Thema einer Episode zu machen. Die ägyptische Zensurbehörde blockierte beispielsweise einige Folgen der Serie „Hilmiyyas Nächte“ von Usama Anwar Okasha. Diese Serie mit 150 Folgen beschreibt das Leben in der Kairoer Hilmiyya-Straße von den 40er Jahren bis heute: Die serientypischen Liebes- und Intrigengeschichten sind eingebettet in eine kritische Betrachtung der Gesellschaft. Die Zensurbehörde störte, daß einer der Serienhelden zum militanten Islamisten wird. Kurz darauf, mit Beginn des bewaffneten Kampfes zwischen Islamisten und Regierung, änderte sich die Politik des Informationsministeriums. Fernsehserien sollten gezielt als Mittel zur Bekämpfung des Islamismus eingesetzt werden.[2] Keine Serie mehr ohne einen verblendeten, gewalttätigen Bärtigen. Die staatliche Informationspolitik zeigt, welche politische Bedeutung den Serien beigemessen wird.[3] Bestimmte Redewendungen oder auch eine besondere Art, das Kopftuch zu binden, sind Elemente aus Fernsehserien, die von den Zuschauern schnell ins wirkliche Leben übernommen werden. So gab es an der Kairo-Universität plötzlich eine merkwürdige neue Mode: Etliche Studentinnen trugen Kopftuch und dazu einen kurzen Rock. Auf Nachfrage stellte sich heraus, daß dies weniger mit einer besonderen Religiosität zu tun habe, sondern vielmehr eine Kopie der Kleidung einer Serienheldin sei. Wenn also ein Teil der Serien, die in Ägypten gezeigt werden, die strengen saudischen Moralvorstellungen transportieren, so verändert dies auch die ägyptische Gesellschaft.

Das ägyptische Fernsehen

Usama Anwar Okasha ist einer der wenigen ägyptischen Drehbuchautoren, die nicht für den saudischen Markt ar-

beiten. Sein Beispiel zeigt, daß die Saudis auch direkt in die ägyptische Kulturszene eingreifen, um Kritik an ihrer Politik zu unterdrücken. Vor zwei Jahren, als ein ägyptischer Lehrer in Saudi-Arabien öffentlich ausgepeitscht wurde, weil er den Vergewaltiger seines Sohnes anzeigte, hatte Okasha einen kritischen Artikel in der Zeitschrift *Rus al Youssef* veröffentlicht. Seitdem steht er auf der schwarzen Liste: Seine Serien werden in Saudi Arabien nicht mehr gezeigt. Er produziert jetzt im direkten Auftrag für das EGTV. Doch er ist einer der Großen und kann sich die Kritik leisten. „Junge, unbekannte Autoren sind darauf angewiesen, mit privaten Firmen zusammenzuarbeiten", sagt er. Und das geht eben nur, wenn die Serien für den saudischen Markt geeignet sind. Öffentliche Kritik bedeutet für solche Autoren das Aus. Laut Okasha ist die Produktionsabteilung des EGTV der einzige Ort, an dem in Ägypten Serien ohne saudischen Einfluß produziert werden. Doch erst in diesem Frühjahr sorgte die Verstrickung des Chefs der Produktionsabteilung mit dem saudischen Millionär Ibrahim Ibrahimi für Schlagzeilen. Mamdouh al Leithy hatte von Ibrahimi, dem Schwager des saudischen Königs Fahd, einen Mercedes im Wert von 485 000 LE[4] bekommen. Zuvor hatte er Ibrahimi zur Hochzeit mit dem ägyptischen Serienstar Shereen Seif al Nasr verholfen. Shereen Saif al Nasr hatte für die Hochzeit die Dreharbeiten zu einer neuen Serie abgebrochen. Statt sie, wie üblich, wegen Vertragsbruchs zu belangen, sorgte Leithy dafür, daß die Ermittlungen im Sande verliefen. Leithy wurde wegen Amtsmißbrauch und Unterschlagung im September seines Postens enthoben.[5] Dieser Skandal zeigt die enge Verflechtung zwischen saudischen Geldgebern und auch dem EGTV.



Arabische Serie

Neben dem staatlichen saudischen Fernsehen sind auch die saudischen Satellitenstationen wichtiger Abnehmer für ägyptische Fernsehserien. „Sie sind ein Mittelweg zwischen dem saudischen Staatsfernsehen und den sehr freizügigen westlichen Satellitenprogrammen", erklärt Hassan Abu Talib. Anfangs habe auch Saudi-Arabien versucht, den Zugang zu Satellitenschüsseln zu kontrollieren, jetzt seien sie jedoch frei zu kaufen. Da es technisch schwierig ist, die Programmauswahl zu beschränken, appellieren die saudischen Medienmacher an das Gewissen ihrer Zuschauer. Statt der westlichen Kanäle sollen die Zuschauer Programme wie ART, ORBIT oder MBC schauen.[6] Ein bißchen freizügiger als das Staatsfernsehen sind diese Programme, dabei aber nicht tabulos. Anders als das staatliche Fernsehen, gehören die Satellitenstationen Privatleuten, sie sind nicht der Kontrolle durch das saudische Informationsministerium unterworfen. Die Satellitenprogramme müssen zudem mit westlichen Kanälen konkurrieren und das Angebot dementsprechend attraktiv gestalten. „Scheich Saleh Kamel, der Besitzer von ART verfolgt sicherlich auch politische und ideologische Interessen", sagt Hassan Abu Talib. Der saudische Milliardär sei dem Königshaus engstens verbunden und habe sich zudem die Da'wa, die islamische Mission, auf die Fahnen geschrieben. Mit der Mischung aus alten ägyptischen Kinofilmen, kritischer Berichterstattung über die Politik außerhalb des Königsreiches und den Koran wendet er sich nicht nur an seine Landsleute. Es geht ihm auch darum, die saudische Variante des Islams im Ausland zu propagieren.

Das Bild von Saudi-Arabien

Dem Historiker Mohammed Abu al Saad zufolge[7] exportiert Saudi Arabien nicht nur seine Werte: „Die Saudis stekken hinter dem Islamismus, hinter dem Terrorismus, hinter dem Kopftuch und hinter den islamischen Schulen. Mit ihrem Geld und ihrer Propaganda korrumpieren sie die ägyptische Gesellschaft." Der saudische Einfluß sei gezielt und umfassend. „Die Saudis haben Angst vor der ägyptischen Liberalität und versuchen deshalb mit allen Mitteln, Einfluß auszuüben", sagt Ahmed Subhi Mansour, Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter des *Ibn Khaldun Centers* in Kairo. Saudi-Arabien habe eine primitive, kriegerische, intolerante und scheinheilige Kultur, so die weitverbreitete Meinung unter ägyptischen Intellektuellen. Die Aussage spiegelt nicht nur die weitverbreitete Tendenz in Ägypten wider, die eigene Kultur über alles zu loben und negative Phänomene als ausländische Unterwanderung zu brandmarken.[8] Sie stehen im Kontext des langanhaltenden Konflikts zwischen Ägypten und Saudi-Arabien.

Das Bild Saudi-Arabiens in Ägypten ist ambivalent: Einerseits haben viele Ägypter als Gastarbeiter in Saudi-Arabien[9] schlechte Erfahrungen mit ihren Arbeitgebern gemacht, und die Golfaraber, die die Sommermonate in Kairo verbringen, sind sehr unbeliebt. Gleichzeitig üben der Reichtum des Öllandes und der religiöse Aspekt des Königsreiches – als Hüter der heiligen Stätten – eine starke Faszination aus.[10] Das Saudi-Arabien-Bild ist geprägt von jahrzehntelanger Konkurrenz und nicht zuletzt durch einen langanhaltenden Konflikt, der vor allem in der Presse ausgetragen wird. Wenn von Gesprächspartnern immer wieder betont wird, daß Saudi-Arabien eine veraltete Stammeskultur habe, dann hat das wenig mit der Realität am Golf zu tun, sondern spiegelt in erster Linie Ressentiments wider.

„Primitive Serien für ein primitives Volk"

Es gibt einen konkreten saudischen Einfluß auf die Produktion von Fernsehserien – in Form von Tabus oder durch Druck auf Kritiker – mit dem auch politische Ziele verfolgt werden. Über den saudischen Einfluß nicht nur auf TV-Serien, sondern auf die ägyptische Gesellschaft insgesamt gibt es eine heftige Diskussion unter ägyptischen Filmschaffenden und Intellektuellen, die ein besonders negatives Saudi-Arabien Bild zeichnet. Von diesem Bild sind natürlich auch jene Drehbuchautoren und TV-Produzenten geprägt, die ihre Serien nach Saudi-Arabien verkaufen wollen. Sie möchten, daß ihre Produkte den Saudis gefallen und gestalten sie dementsprechend: Primitive Serien für ein als primitiv angesehenes Volk. So wirkt das negative Saudi-Arabien Bild in die Produktion der Serien hinein, in einer Weise, die über die eigentlichen saudischen Vorschriften hinausgeht. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, daß zwar alle über die berüchtigte Tabuliste reden und viele versuchen, sich daran zu halten, jedoch niemand ganz genau weiß, was eigentlich drauf steht. Um nichts Falsches zu produzieren, wird sich so mancher Drehbuchautor noch ein paar zusätzliche Tabus selbst auferlegen.

■ *Julia Gerlach, Journalistin, lebt in Kairo*

1 Auch bei dem Autofahrverbot für Frauen in Saudi Arabien handelte es sich lange Zeit um ein Gerücht: Ein Gesetz oder eine Verordnung, die den Frauen das Autofahren verboten hätte, gab es bis 1990 nicht. Als 47 Frauen ihre Fahrer aussteigen ließen und sich selbst ans Steuer setzten, um mit einem Autokonvoi durch die Innenstadt von Dschidda gegen das Verbot zu protestieren, griff die Polizei ein und verhaftete viele der Frauen. Kurz darauf wurde eine Fatwa erlassen, die sich gegen Frauen am Steuer aussprach. Bis dahin gingen alle davon aus, daß es ein förmliches Verbot gebe und hielten sich daran.

2 Vgl Lila Abu-Lughod, „Seeing through the suds", Al Ahram Weekly, 4. 9. 1997.

3 So sprach sich im Januar 1997 die Konferenz der arabischen Informationsminister dafür aus, in Zukunft verstärkt mit Fernsehserien gegen Terrorismus und Fanatismus zu kämpfen (al Ahram, 8. 1. 1997)

4 Ein LE (ägyptisches Pfund) entspricht etwa 0,50 DM.

5 Besser gesagt: das Gericht bestätigte die Amtsenthebung. Middle East Times, 26. 9. 1997.

6 Zu den saudischen Medienkonzernen ART, ORBIT und MBC vergleiche den Beitrag „In saudischer Tasche" in diesem Heft.

7 Dessen Buch „Al Saudia wa al Ikhwan al Muslimun" (Saudi Arabien und die Muslimbruderschaft) im Frühjahr 1997 vom Legal Rights Research Centre herausgegeben wurde.

8 Für Aids, Spione, den Verfall der Sitten unter der ägyptischen Jugend wird Israel verantwortlich gemacht. Terrorismus, Islamismus und radikale Prediger seien von Saudi-Arabien gesteuert.

9 Schätzungsweise zwei Millionen Ägypter arbeiten in den Golfstaaten, ein Großteil in Saudi-Arabien.

10 Diese Ambivalenz zeigt sich auch unter den Filmschaffenden: So attackierte einer der Interviewpartner heftig den saudischen Einfluß auf die ägyptische Serienproduktion und sprach von der Korrumpierung der ägyptischen Kulturszene. Gleichzeitig lobte er die saudischen Satellitensender, die ihm für TV-Interviews pauschal 100 Dollar zahlen würden und damit die ägyptische Kulturszene förderten.

Ägyptische Presse:

Zur Affäre um das Gesetz 93/95

Ahmed S. Ezzeldin

In Ägypten wird die Pressefreiheit vermutlich noch lange ein heißes Thema bleiben. Der Kurs der ägyptischen Regierung, besonders in den Bereichen Friedensprozeß, Beziehungen zu den USA und Privatisierungspolitik, findet in der eigenen Öffentlichkeit bei weitem nicht so viel Zustimmung wie in den deutschen Medien, besonders seit der Sadat-Ära. Seit 1981 kann Präsident Mubarak diesen Kurs auch nur mit Hilfe eines Notstandsgesetzes halten. Daß trotzdem öffentliche Kritik zum Alltag der Printmedien gehört, liegt an einem ganzen Bündel von Faktoren: die kämpferische Tradition der Presse, die unabhängige Justiz, die Heterogenität der Staatsorgane, in denen sich alle politischen Strömungen der Gesellschaft widerspiegeln, und eine in der Substanz freiheitliche Verfassung. Unter solchen Bedingungen gerät die Regierung bei restriktiven Maßnahmen stets in einen Rechtfertigungsnotstand und muß oft den Kürzeren ziehen. Kein Fall hat dies so deutlich gezeigt wie die Presseaffäre, die vom Mai 1995 bis Juni 1996 dauerte.

In der Nacht zum 27. Mai 1995 verabschiedete das Parlament völlig überraschend ein ganzes Paket von Änderungen des Straf- und des Presserechts, die auf eine Kriminalisierung der freien journalistischen Arbeit hinausliefen. Die Strafen für sogenannte „Meinungsdelikte" wie Verunglimpfung von Staatsorganen, üble Nachrede, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung u. ä., wurden drastisch erhöht. Gleichzeitig wurde ein Gesetzesparagraph gestrichen, nach dem es bis dahin unzulässig war, Journalisten wegen solcher „Meinungsdelikte" in Vorbeugehaft zu nehmen. Dies wurde damit begründet, daß er eine Sonderbehandlung zulasse und damit gegen den in der Verfassung verankerten Gleichheitsgrundsatz verstoße. Das ganze Paket, kurz „Gesetz 93/95" genannt, wurde in der Presse fortan auf den Namen „Korruptionsschutzgesetz" getauft.

Der Journalistenverband ging sofort mit einer scharfen Erklärung in die Offensive und berief für den 10. Juni eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein. Der gewöhnlich moderate Ton der „nationalen Presse" im Umgang mit der Staatsführung schlug in herbe Kritik z. T. unter der Gürtellinie um. Mohammad Hassanein Haikal, Altchefredakteur der Zeitung *Al Ahram* und ehemaliger Informationsminister, schrieb in einer Presseerklärung, das Parlament, das mit seinen Gesetzen eigentlich kriminellen Banden das Handwerk legen sollte, habe in diesem Fall selbst im Stile einer kriminellen Bande gehandelt. Es habe kein Gesetz verabschiedet, sondern konspirativ einen Plan zum Überfall auf die Pressefreiheit geschmiedet. Ein Treffen des Präsidenten mit dem Vorstand des Journalistenverbandes brachte keine Annäherung. Mubarak stellte sich voll hinter die Regierungsinitiative und lehnte die Forderung der Journalisten ab, von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen und das Gesetz nicht zu unterschreiben. Vom ersten Tag an solidarisierten sich alle Berufsverbände und oppositionellen Parteien mit den Journalisten.

Der Kampf gegen das „Gesetz 93/95" wurde über alle ideologischen Differenzen hinweg zum nationalen Anliegen erklärt. Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung stellten die versammelten 800 Journalisten der Regierung ein Ultimatum und beschlossen für den 25. Juni einen Generalstreik. Als zur nächsten Sitzung 14 Tage später 1500 Journalisten erschienen, lenkte Präsident Mubarak überraschend ein und stimmte der Bildung einer Kommission zur Erarbeitung eines Änderungsentwurfes zu. Der Generalstreik wurde abgewendet. Der Konflikt eskalierte jedoch weiter. Gegen 62 Journalisten wurden Strafanzeigen unter Berufung auf das neue Gesetz erstattet.

Von besonderem Gewicht war die scharfe Kritik der Juristen am neuen Gesetz. Der ehemalige Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts, Mohammad Hamid al-Gamal, hielt in einem Interview der Zeitung *Al Ahali* das Gesetz für verfassungswidrig und beschuldigte seine Macher in Anspielung auf ihre Verwicklung in Korruptionsskandale, sie hätten sich offenkundig von einem rein privaten und keinem öffentlichen Interessen leiten lassen, was das Gesetz juristisch zunichte mache. Hischam Sadiq, ehemaliger Dekan der juristischen Fakultät der Universität Kairo, setzte sich im Wochenmagazin *Rose El Youssef* mit den Regierungsjuristen v. a. in der Frage des Gleichheitsgrundsatzes auseinander und hielt ihnen entgegen, daß das Verbot der Vorbeugehaft für Journalisten nicht deren persönliches Interesse, sondern die Presse- und Informationsfreiheit schütze, die in mehreren Verfassungsartikeln als ein sehr hohes Gut eingestuft sei.

Die Kritik an der Regierung und die laufende Enthüllung von Korruptionsaffären hatten schon manchen Spitzenpolitiker zu Fall oder gar vor Gericht gebracht. Berichte etwa über die Verwicklung von Parlamentariern in den Rauschgifthandel brachten der Volksvertretung den spöttischen Namen „Kiff-Parlament" ein. Mit Beleidigungsklagen gegen Verfasser und Chefredakteure und in einigen Fällen mit der Inhaftierung von Journalisten reagierten die Verantwortlichen eher hilflos. Ihr Vorgehen gegen die Presse lag fast immer am Rande oder gar

außerhalb der Legalität. In den meisten Gerichtsprozessen scheiterte die Regierungsseite kläglich. Gegen unbequeme, aber unkündbare Journalisten (dazu später mehr) hatte die Regierung kein rechtes Mittel. Mit dem „Gesetz 93/95“ wollte sie das Strafrecht als Disziplinierungsinstrument heranziehen und so auch die bisherige Praxis legalisieren.

Ende des Jahres mußte sie einen schmerzlich hohen Preis bezahlen. Bei den Parlamentswahlen kam es zu skandalösen Wahlfälschungen, über die nicht nur die oppositionelle, sondern diesmal die gesamte Presse in aller Ausführlichkeit berichtete. Die Wahlergebnisse wurden in knapp der Hälfte aller Wahlkreise des Landes gerichtlich für ungültig erklärt. Das ganze politische System stürzte in seine bisher tiefste Legitimationskrise. Mit der Forderung nach noch schärferen Gesetzen gegen die Presse versuchte die Regierung zunächst die Flucht nach vorn. Die Journalisten drohten erneut mit Kampfmaßnahmen und dehnten ihre Forderungen auf eine grundlegende Reform des Presserechts aus. Es kam in beiden Parlamentskammern zu stürmischen Rededuellen um das Thema Pressefreiheit. Mitte Juni griff Präsident Mubarak nach langen Gesprächen mit dem Vorstand des Journalistenverbandes erneut ein und signalisierte seiner Parteifraktion, daß er nicht mehr hinter dem „Gesetz 93/95“ stehe. Das Parlament verabschiedete eine Regierungsvorlage, die praktisch das „Gesetz 93/95“ wieder annulierte.

Der Rechtsstatus der ägyptischen Presse ist etwas verwirrend. Mit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems im Jahr 1976 hatte der alte Status der großen Pressehäuser keine Grundlage mehr. Sie waren 1960 enteignet und der damaligen Einheitspartei *Arabische Sozialistische Union (ASU)* unterstellt worden. Doch eine Reprivatisierung kam nicht in Frage. Weder wollte die Regierungspartei ihre potentiellen Einflußmöglichkeiten aus der Hand geben, noch waren die Journalisten bereit, sich ihre Rechte nach dem Gesetz von 1960 nehmen zu lassen. Nach diesem Gesetz sind sie bis heute unkündbar. Als Notlösung übernahm der Konsultativrat, das Oberhaus des Parlaments, die juristische Funktion des Eigentümers, jedoch ohne Weisungskompetenz. Mit der Auflösung der ASU war auch die Staatsdoktrin weggefallen, der die Presse unter ihrer Aufsicht verpflichtet gewesen war. 1977 wurde auch die Zensur für alle Printmedien endgültig abgeschafft.



النشال ـ .. اتفضل يافندى اكتب على الحيط اللى فى نفسك..!!

Ein Dieb zu einem inhaftierten Journalisten: Du kannst schreiben was du willst, auf die Wand!

Die alten Pressemagnate *Al Ahram, Akhbar El Yom, Al Hilal* und *Rose El Youssef* werden seitdem zusammen mit den nach 1952 gegründeten *Al Gumhuriya* und *Al Masa'* als *nationale Presse* bezeichnet. Sie steht prinzipiell allen politischen Strömungen offen. Daneben lebten die Parteipresse (Organe der derzeit 14 politischen Parteien) und die unabhängige Presse wieder auf. Recht etabliert haben sich aus der ersten Kategorie bisher die rechtsliberale *Al Wafd*, die linke *Al Ahali*, die nasseristische *Al Arabi*, die islamistisch angehauchte *Al Schaab* und die nationalliberale *Al Ahrar*. Als die z. Z. bedeutendste Zeitung mit rein privatrechtlichem Status gilt die linke *Ad-Dustur*. Fest in der Hand der Regierung sind hingegen der Rundfunk und das Fernsehen, die auch während der ganzen Presseaffäre ihre einzigen Sprachrohre waren. Ihre Mitarbeiter sind übrigens von der Mitgliedschaft im Journalistenverband ausgeschlossen.

Hinsichtlich des Verhältnisses der nationalen Presse zum Staat soll man sich vor vorschnellen Schlüssen hüten. Staatseigentum ist nicht gleich „Staatspresse“. Die „nationale“ *Rose El Youssef* steht in ihrer kritischen Haltung zur Regierungspolitik der radikalen Oppositionspresse in nichts nach. Die Journalisten fordern zwar geschlossen die Aufhebung aller die Pressefreiheit und das Herausgaberecht einschränkenden Gesetze. Sie lehnen bisher aber mehrheitlich eine Privatisierung der nationalen Presse ab. Im Prinzip liegen hier die Grundvoraussetzungen für einen Sektor, der den öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland ähnlich wäre.

Die Journalisten sind mit einer bemerkenswerten Selbstsicherheit und Geschlossenheit aufgetreten. Über die langfristigen Folgen kann man nur spekulieren. Doch der überfälligen Reform des Presserechts ist man sicherlich ein Stück näher gekommen. Von der Presseaffäre könnten insgesamt Impulse für eine weiterreichende Demokratisierung ausgehen. Vielleicht war die Niederlage der Regierung ein heilsamer Schock, der sich auch auf die Außenpolitik auswirkt. Denn manches deutet seit dem Sommer 1996 darauf hin, daß sie unter dem Druck der eigenen Öffentlichkeit gegenüber dem Ausland, besonders den USA, etwas souveräner auftritt, als man es von ihr bis dahin gewohnt war.

■ *Ahmed S. Ezzeldin, Soziologe und Publizist, Berlin*

Das neue Pressegesetz in Jordanien

Ein Interview mit Ramzi E. Khouri

Oliver Wils

Im Zuge der 1989 einsetzenden politischen Liberalisierung konnten sich in Jordanien viele unabhängige und oppositionelle Wochenzeitungen etablieren. Allerdings kam es immer wieder zu Verhaftungen von Redakteuren und Journalisten, insbesondere nach dem Friedensschluß mit Israel im Oktober 1994. Die im Mai dieses Jahres verabschiedeten neuen Regelungen des Presse- und Veröffentlichungsgesetzes von 1993 drohen nun jeglichem kritischen Journalismus den Garaus zu machen: Bei Androhung immenser Strafen, werden im Gesetz eine Reihe von Themen aufgeführt, über die nicht berichtet werden darf (siehe Kasten). Auch werden den Wochenzeitungen kaum zu erfüllende formelle Bedingungen auferlegt. Ende September wurden von den 21 jordanischen Wochenzeitungen 13 suspendiert; es wird damit gerechnet, daß 18 Wochenzeitungen schließen müssen.[1]



Letzte Ausgabe von Abed Rabbo: „Ihr habt seinen Tod verschuldet“

Das neue provisorische Gesetz, das ohne Konsultation des Parlamentes per königlichem Dekret verabschiedet wurde (Artikel 94 der jordanischen Verfassung räumt der Regierung in einer Ausnahmesituation das Recht ein, provisorische Gesetze zu verabschieden), hat breite Kritik unter Journalisten, Parlamentariern und Oppositionellen hervorgerufen. Als Folge sind eine Woche später 4 Präsidenten jordanischer Berufsverbände zurückgetreten; neben dem als ungerecht empfundenen Wahlgesetz haben die neuen Regelungen des Pressegesetzes den Boykott der im November 1997 abgehaltenen Parlamentswahlen aller relevanten jordanischen Oppositionsparteien und den Boykottaufruf der 13 jordanischen Berufsverbände befördert.

Das Interview über das neue Pressegesetz wurde mit Ramzi E. Khouri, dem politischen Redakteur der *Jordan Times*, am 1. 11. 1997 in Amman geführt. Khouri hat bis zu ihrer Schließung als Redakteur für *Abed Rabbo*, der ersten politischen Satirezeitschrift in Jordanien, gearbeitet.

Abed Rabbo hat als erste Wochenzeitschrift schon im Juni beschlossen, die Produktion einzustellen. Was waren die Gründe für diesen Beschluß?

Da unter dem neuen Pressegesetz Zeitschriften bzw. die Redakteure, Journalisten und Herausgeber mit enorm hohen Strafen belegt werden können, mußte *Abed Rabbo* als Satirezeitschrift mit einer gigantischen Summe an Strafgeldern rechnen. Inoffiziell war uns als Journalisten und Redakteuren signalisiert worden, daß die Regierung eine ganz klare Linie fahren würde: Wenn wir nicht sofort unsere Produktion einstellen würden, müßten wir mit Strafen von vielleicht einer Viertelmillion jordanische Dinar [1 JD entspricht 2,50 DM; O.W.] im Monat rechnen. Eine Zeitschrift wie *Abed Rabbo* hätte nicht mal einen Bruchteil dieses Betrages aufbringen können. Da wir also überhaupt keine andere Wahl hatten, mußte kein Polizist kommen, um die Schließung durchzusetzen, sondern die Regierung sorgte dafür, daß diese von den Chefredakteuren selbst beschlossen wurde.

Ähnliche Erfahrungen mußten auch die anderen Wochenzeitungen machen. Haben diese auch selbst beschlossen, die Herausgabe einzustellen?

Die anderen Zeitungen, die noch bis vor kurzem erscheinen konnten, warteten bis die Regierung die Deadline setzte, um die Bedingungen des neuen Pressegesetzes zu erfüllen. Sie müssen ihr Stammkapital von mindestens 15 000 JD auf nun 300 000 JD erhöhen. Weil kaum eine Wochenzeitungen dieses Kapital aufbringen kann, gibt es momentan nur noch wenige Zeitschriften.

Die hohen Strafen, die das neue Pressegesetz für eine ganze Liste von Tabuthemen vorsieht, sind sehr vage formuliert ...

Ja, das ist genau das Problem. Was sind beispielsweise Verstöße gegen die nationale Einheit? Dürfen wir nicht mehr über einige gesellschaftliche Gruppen berichten? Eine Bestimmung verbietet Berichterstattung und Artikel, die sich auf die nationale Währung auswirken. Wenn ich nun über Wirtschaftsprobleme des Königreiches berichte, können sie mich aufgrund meiner Popularität

eventuell beschuldigen, daß mein Artikel Auswirkungen auf den Wert des jordanischen Dinars gehabt hätte.

Was sind dann die politischen Gründe für das neue Pressegesetz?

Dies ist einfach zu beantworten. Jordanien hat einen gewissen Grad an Redefreiheit erreicht, der unübertroffen in der ganzen Region ist. Wir haben keine Demokratie in Jordanien, aber wir haben eine Reihe von Begleiterscheinungen von Demokratie erhalten, eine davon war die Redefreiheit. Das war für die Regierung sehr ärgerlich, weil es der Presse erlaubte, die Regierungstätigkeit zu kontrollieren und darüber zu berichten. Zeitschriften wie *Abed Rabbo* waren in der Lage zu sagen, daß der Innenminister oder der Informationsminister etwas falsch gemacht haben. Kritik und Kontrolle der Regierungstätigkeit – die zentralen Aufgaben einer Presse – waren nicht gern gesehen. Das andere Problem war, daß wir dies nicht nur mit Jordanien, sondern auch mit Saudi-Arabien, oder Kuweit, dem Irak, den Palästinensern machten. Es gab also einen gewissen Druck von außerhalb. [...] Ich glaube, daß das neue Pressegesetz auch im Kontext der in Jordanien weitverbreiteten Korruption gesehen werden muß. So war schon die Verabschiedung des Gesetzes selbst illegal, weil die jordanische Verfassung vorsieht, daß provisorische Gesetze nur unter zwei Bedingungen verabschiedet werden dürfen: im Ausnahmezustand oder wenn augenblicklich Geld gedruckt werden muß. [...]

Was heißt das konkret? Wenn das Gesetz außerhalb der Sitzungsperiode des Parlamentes verabschiedet worden ist, wird das Pressegesetz dann nach den Wahlen am 4. November dem neuen Parlament vorgelegt?

Das neue Parlament? Wir wissen genau, daß die Mehrheit im neuen Parlament aus Ja-Sagern bestehen wird. Nur wenige Oppositionelle treten überhaupt zur Wahl an. Deshalb vermute, befürchte ich, daß das Parlament das provisorische Gesetz verabschieden wird.

Das neue Pressegesetz wäre demnach bewußt vor den Wahlen verabschiedet worden? Es sind in erster Linie doch die Oppositionszeitungen, die durch das Gesetz mundtot gemacht worden sind.

Ja, das stimmt. Aber es betrifft nicht nur die Oppositionsblätter, sondern auch unabhängige Zeitschriften.

Kommen wir zurück zu Abed Rabbo. Eine politische Satirezeitschrift braucht doch eine gewisse künstlerische Freiheit?

Stimmt, leider ist genau das Gegenteil der Fall. Satire wird von der Regierung am wenigsten geschätzt, weil es die Menschen zum Lachen bringt. Anders als reguläre Zeitungsartikel wird Satire von einfach gestrickten Leuten, und unsere jetzige Regierung ist sehr einfach gestrickt, als eine Form von Gespött betrachtet, und sie nehmen dies sehr persönlich. Nehmen wir die vorige Regierung unter Abd al-Karim Kabariti. Wir haben uns als Oppositionelle oft über ihn lustig gemacht. Für ihn war das ein direkter persönlicher Angriff. Was er im normalen Leben nicht erreicht hatte, wollte er als ernannter Premierminister: Respekt erzwingen. Er wollte über Kritik und Satire stehen. Weil *Abed Rabbo* außergewöhnlich beliebt war, stellte die Zeitschrift ein Problem für solche Leute dar. Hätten die Leser *Abed Rabbo* nicht gekauft und gelacht, hätte die Zeitschrift keine Schwierigkeiten gehabt.

Gibt es in der Zukunft wieder eine Perspektive für politische Satire? Wird Abed Rabbo wiederkehren?

Wir leben in einem Regierungssystem in dem Errungenschaften in einer Laune verabschiedet, aber auch ebenso wieder rückgängig gemacht werden können. Ich dachte, daß Demokratisierung zu einem Domino-effekt führen würde... Aber mittlerweile glaube ich, daß die Sache nicht so einfach vorhersagbar ist. Wir hatten *Abed Rabbo*, kritische Zeitschriften und Journalisten, die die Wahrheit berichteten. Plötzlich können wir das alles nicht mehr. Dies ist ein Rückschritt. Ob eine Zeitschrift wie *Abed Rabbo* wieder erscheinen kann? Ich weiß es nicht.

Die neuen Regelungen des jordanischen Pressegesetzes:

- Das Stammkapital der Wochenzeitschriften muß von 15.000 Jordanischen Dinar (JD) auf 300.000 JD erhöht werden [1 JD = 2,50 DM], für Tageszeitungen gilt der doppelte Betrag.
- Der Chefredakteur muß Jordanier sein und mindestens 10 Jahre hauptberuflich als Journalist bei der Zeitung gearbeitet haben.
- Mit Geldstrafen zwischen 15.000 JD und 25.000 JD können Chefredakteure und Journalisten belegt werden, die Material veröffentlichen, welches:
  - den König oder die königliche Familie beleidigt;
  - das jordanische Militär und die Sicherheitsdienste betrifft und nicht offiziell freigegeben wurde;
  - Religion und Glauben diskreditiert;
  - der nationalen Einheit schadet oder Haß, Zwietracht und Disharmonie unter den Mitgliedern der Gesellschaft schürt;
  - die Würde oder persönliche Freiheiten von Einzelpersonen beleidigt oder ihrer Reputation schadet;
  - abfällige, verleumderische oder beleidigende Bemerkungen über arabische, islamische oder freundschaftliche Staatsoberhäupter beinhaltet oder die Beziehungen des Königreiches zu anderen Nationen trübt;
  - Perversion fördert oder zu moralischer Verdorbenheit führt;
  - Vertrauen in die nationale Währung erschüttert;
  - vorrangig falsche Nachrichten oder Gerüchte verbreitet, die dem öffentlichen Interesse oder staatlichen Stellen oder deren Personal schaden.
- Die Absätze (d) und (f) des Artikels 19 von 1993, nach der die staatliche Beteiligung an Tageszeitungen [al-Ra'i (61%), al-Dustur (32%)] auf höchstens 30% reduziert werden sollte, werden annulliert.

Quellen: al-Dustur vom 17.05.97; Human Rights Watch/Middle East, Jordan: A Death Knell for Free Expression? The New Amendments to the Press and Publications Law, Juni 1997, Vol. 9, Nr. 5 (E).

1 Jordan Times vom 25–26. 9. 97; Jordan Times vom 27. 9. 97.

Algeriens Presse: das Echo des Chaos

Ghania Mouffok

Die große Bandbreite und die hohe Anzahl der privaten Zeitungen wurden bis jetzt stets als ein Beweis für den unaufhaltsamen Fortschritt der Demokratie in Algerien hervorgehoben. Fünf französischsprachige Tageszeitungen: *Liberté,* die mit 120 000 Exemplaren die höchste Auflage hat, *El Watan, La Tribune, L'Authentique* und *Le Matin* sowie eine arabischsprachige Tageszeitung, *El Khabar,* teilen sich den Markt der privaten algerischen Tageszeitungen. Diesen Zeitungen, die 1989 im Zuge der Einführung des Mehrparteiensystems entstanden sind, ist es gelungen, die ehemaligen Tageszeitungen der Einheitspartei zu verdrängen.

Ende 1997 ist jedoch die Begeisterung der Bevölkerung für die junge private Presse nicht mehr die gleiche: Wirtschaftskrise, Krieg und Gewalt machen aus den Zeitungen, die den blutigen und trauervollen Sturm in Algerien überlebt haben, ein eher pathetisch anmutendes Unterfangen. Zwischen 1989, in dem Jahr, in dem die neue Verfassung verabschiedet wurde, die das Mehrparteiensystem einführte, und der Annulierung der Wahlergebnisse im Januar 1992 konnten die Algerier den Wind der Freiheit atmen, den die blutigen Unruhen vom Oktober 1988 in das Land getrieben hatten. Ein Land, das einer Militärdiktatur unterworfen war, der die Einheitspartei FLN nur als ziviler Deckmantel diente. Die spektakulärste Folge dieses Prozesses war die Geburt der privaten Printmedien: Zwischen 1989 und Ende 1991 verdoppelte sich die Auflage der gesamten Tagespresse und stieg von 800 000 auf 1,7 Millionen Exemplare. Mehr als 148 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, davon allein 14 Tageszeitungen, stritten sich um diese neue Medienlandschaft - zur großen Freude der nach kritischen und glaubwürdigen Informationen gierigen Leser. Dank des neuen *Code de l'information* (Nachrichtengesetz) vom April 1990, verlor der Staat das Monopol über die Information, die Medien und die Parteien. Die freien und die im Kollektiv organisierten Journalisten der ehemaligen staatlichen Presse gründeten ihren eigenen Zeitungen. Die audiovisuellen Medien hingegen blieben von dieser Revolution ausgeschlossen; das algerische Regime verhinderte mit aller Gewalt die Versuche private Radio- oder Fernsehsender zu schaffen. Selbst zur Zeit des demokratischen Frühlings blieb die *Unique*, wie die Algerier den einzigen nationalen und theoretisch öffentlich-rechtlichen Fernsehsender spöttisch nennen, das Sprachrohr der Regierung ebenso die Radiosender. Aber die Algerier kümmerten sich nicht darum und organisierten sich spontan in Netzwerken, um den konformistischen Diskursen zu entfliehen. Bald waren die Dächer von Algier mit Satellitenschüsseln übersäht und alle konnten an den Freuden des Zappens teilhaben.

Das Ende des Aufatmens

Die Annulierung der Parlamentswahlen, die der FIS mit mehr als 3 Millionen Stimmen im Januar 1991 gewonnen hatte, und der anschließende Ausnahmezustand beendeten diese bewegende Erfahrung der Öffnung der Presse. In einer ersten Phase wurden vor allem die Zeitungen des FIS verboten, darunter *El Mounqidh.* Sie erreichte eine Auflage von ungefähr 400 000 Exemplaren. Die anderen Zeitungen – in ihrer Mehrheit mit anti-islamistischer Einstellung – kommentierten dieses Ereignis nur wenig, bzw. legitimierten teilweise sogar diese Verbote unter dem Vorwand, daß der FIS eine Bedrohung für die Demokratie sei. Weitere Verbote von Printmedien durch willkürliche Suspendierungen folgten, ermöglicht durch ein ganzes Arsenal an Gesetzen. Das Dekret des Ausnahmezustands (Februar 1992) wurde durch anti-terroristische Dekrete (September 92) verstärkt, die es von jetzt an ermöglichten, eine Zeitung auf die einfache Entscheidung des Innenministeriums hin zu verbieten.

Am 26. Mai 1993 wird der erste Journalist ermordet: Tahar Djaout wurde mit zwei Kopfschüssen auf dem Parkplatz seines Hauses gefunden. Seitdem sind über sechzig Journalisten aller politischer Richtungen ermordet worden. Auch wenn sich die GIA, die den Journalisten vorwirft „die militärische Junta an der Macht“ zu unterstützen, für einige dieser Morde verantwortlich erklärt hat, so zirkulieren innerhalb der Redaktionen die schlimmsten Gerüchte über die wirklichen Auftraggeber dieser Verbrechen. Omar Belhouchet, der Direktor von *El Watan* erklärte in einem französischen Fernsehsender folgendes: „Ich bin davon überzeugt, daß die Fundamentalisten die Journalisten umbringen, sie erklären sich sogar dafür verantwortlich. Aber ich denke, auch wenn ich dafür keine Beweise habe, daß einige Ermordungen auf die Clans an der Macht zurückzuführen sind“. Wegen dieser Äußerung wurde er am 5. November 1997 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hat Berufung eingelegt. Bis zum heutigen Tag hat weder eine Untersuchung noch ein Urteil die Identifizierung der Mördern der Journalisten ermöglicht. Aber diese Morde haben die Zunft vollkommen erschüttert und verwandelt. Mehr als 200 Journalisten haben das Land verlassen, während die, die geblieben sind, dazu verdammt sind, regelmäßig ihre Wege und Wohnungen zu wechseln und ihr Leben zu verändern. Einige leben in Hotelzimmern, die ihnen von den Autoritäten – vom Staat – angeboten werden, an der algerischen Küste, in den Sicherheitszonen wo ebenfalls, wenn auch unter etwas luxuriöseren Bedingungen, die Nomenklatura wohnt. Diese ständige Bedrohung, der die Journalisten ausgesetzt sind, hat ihre Handlungsmöglichkeiten bei der

Ausübung des Berufs extrem reduziert. Wie kann man unter solchen Bedingungen der Gewalt und der rigorosen Kontrolle der Information überhaupt arbeiten? Hinzu kommt, daß die Gesamtheit des juristisch-polizeilichen Apparates in ein wirtschaftliches Umfeld integriert ist, welches die private Presse in eine Abhängigkeit einschließt. Dies ist der Informationsfreiheit kaum dienlich. Der Staat besitzt weiterhin das Monopol über die Druckereien, über den Papierimport und über die Werbung mittels der staatlichen Werbeagentur ANEP. Diese Agentur ist die wichtigste Einnahmequelle für die Presse und wird dementsprechend als ein reales Druckmittel auf die redaktionelle Linie benutzt. Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß die Besitzer der privaten Presse ausschließlich die Opfer einer diktatorischen Macht sind - sehr oft haben sie selbst zu ihrer eigenen Abhängigkeit beigetragen, sei es aus finanziellen Interessen oder aus Überzeugung. Als Gegner des islamistischen Projekts, haben sie sich in Verbündete der Machthaber und der eisernen Repression verwandelt, unter dem Vorwand den „islamistischen Terrorismus“ zu bekämpfen und auf Kosten der anderen grundsätzlichen Fragen der Demokratie.

Auch wenn über die Schreckenstaten der GIA berichtet wird, so bleiben die Verletzungen der Menschenrechte durch die staatlichen Ordnungskräfte ein Tabuthema. Seit Juni 1994 schafft ein vertrauliches Umlaufschreiben des Ministeriums für Kommunikation und des Innenministeriums eine Kommunikationszelle, die die Aufgabe hat, alle Sicherheitsinformationen zu filtrieren. Seit diesem Zeitpunkt gilt: „Die Verbreitung jedweder Information, die die Sicherheit betrifft und die nicht im Rahmen eines offiziellen Kommuniqués oder in der öffentlich-rechtlichen Presse veröffentlicht wurde, ist verboten.“ Im März 1996 wurde die Wochenzeitung *La Nation* auf Befehl des Innenministeriums in der Druckerei beschlagnahmt. Das Ministerium beschuldigte die Zeitung „falsche und tendenziöse Informationen an der Grenze zur Apologie des Terrorismus“ zu liefern. In Wirklichkeit handelte es sich um ein Dossier, das den Verletzungen der Menschenrechte gewidmet war und auch in *Le Monde diplomatique* im Rahmen einer Partneraktion veröffentlicht wurde. Heute erscheint *La Nation* nicht mehr, der offiziellen Version nach wegen eines ökonomischen Rechtsstreits mit der staatlichen Druckerei. Geleitet von Salima Ghezali, Sacharov-Preisträger des europäischen Parlaments 1997 wegen seines Einsatzes für die Demokratie und Menschenrechte, war diese Zeitung die einzige, die übriggeblieben war, von der politischen Strömung, die für eine politische Lösung des Konflikts eintrat, unter Einbeziehung der Gesamtheit der algerischen politischen Kräfte, den FIS eingeschlossen. Diese Strömung, repräsentiert durch die wichtigsten Oppositionsparteien und die Ligue Algérienne de Défense des droits de l'homme (Algerische Menschenrechtsliga) – alle Unterzeichner der Konferenz von Rom –, besitzt heute also keine einzige Zeitung mehr.

Information wurde vom algerischen Militärregime schon immer als ein strategisches Einsatzmittel im Dienste der Propaganda betrachtet. Auch wenn für die Beobachter die private Presse heute eine gewisse Meinungsfreiheit in bezug auf Veröffentlichungen verfügt, d. h. in dem Maße, in dem sie die grundsätzlichen Entscheidungen der Machthaber nicht in Frage stellt, bleibt es ihr dennoch verboten zu informieren. Und sie beteiligt sich faktisch an einer breiten Desinformierungs-Operation, die wie ein Schleier über ein Land gelegt wird, das ohne selbst zu verstehen, wie ihm geschieht, im Terror und im Chaos versinkt.

■ *Ghania Mouffok, algerische Journalistin, lebt und arbeitet in Frankreich.*

Übersetzung aus dem Französischen: Isabel Schäfer

Journalisten und Militärzensur in Israel

Israel Shahak

[...] Unter den Besonderheiten der israelischen Gesellschaft ist keine auffälliger als die Existenz einer relativen Meinungsfreiheit im allgemeinen und Pressefreiheit im besonderen, und dies unter einer Zensur, die eine der strengsten auf der Welt sein mag. Dieses Paradoxon wurde von Yitzhak Gal-Nur zutreffend beschrieben (*Maariv*, 25. November 1992): „De jure ist die [israelische] Militärzensur allmächtig. In der Praxis jedoch wird nur ein kleiner Teil der Presseveröffentlichungen in Israel zensiert." [...] Der Hintergrund ist folgender: Militärzensur ist nur eine von vielen unabhängig voneinander operierenden Zensuren. Einige wurden erst in jüngster Zeit abgeschafft, andere dagegen sind noch immer in Kraft. Ich werde nicht alle aufzählen, sondern mich mit zwei Beispielen begnügen. Es gab ein Zensurkomitee, das sich mit Theater beschäftigte; keine Produktion kam ohne dessen Startfreigabe auf die Bühne. Vor 1967 war sein Augenmerk auf das gerichtet, was in sowohl klassischen als auch zeitgenössischen Stücken als sexuell zu freizügig angesehen wurde oder zu offen sexuell konnotierte Sprache enthielt. Nach 1967, als hebräisches Theater ein Kanal für politischen Protest wurde, verschob sich das Ziel der Zensoren auf das, was sie – manchmal zu Recht - als antipatriotisch, gegen die Armee gerichtet oder proarabisch erachteten, besonders wenn ein zeitgenössisches Stück gegen Palästinenser gerichtete Greueltaten thematisierte. Einige solcher Stücke wurden verboten, anderen wurden ganze Abschnitte herausgeschnitten. Da Theater bei Israels Mittel- und Oberklasse sehr beliebt ist, zog diese Art von Zensur Proteststürme nach sich. Diese zwangen die Zensoren, in zunehmendem Maße vorsichtig mit ihren Verboten zu sein. Nach zähem Ringen wurde diese Zensur vor einigen Jahren mit der Zustimmung aller säkularen Parteien gegen den Widerstand der religiösen Parteien abgeschafft.

Ein anderes Zensurkomitee überprüft die Post und ist befugt, private Briefe zu öffnen und zu konfiszieren (nicht aber zu zerstören). In den 50er Jahren war es mit wenig Einschränkungen aktiv, in jüngerer Zeit beschäftigt es sich v.a. mit der Konfiszierung von Briefen neuer Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion an ihre Verwandten, welche letztere davon abschrecken könnten, nach Israel zu emigrieren.

Aufweichung der Militärzensur

Seit der Staatsgründung Israels ist jedoch die Militärzensur ohne Frage die wichtigste und allumfassendste gewesen. Dies besonders, weil, wie Gal-Nur ausführt, „in Israel grundlegendes Prinzip ist: alle öffentliche Information ist geheim, außer wenn sie zur Veröffentlichung freigegeben worden ist" und „die Regierung leicht in Versuchung geführt werden kann, ihre Macht zu benutzen, zum Zwecke der Abschreckung oder um üble Pläne zu verfolgen", oder ganz einfach „um das Ausmaß ihrer eigenen Dummheit oder ihres Fehlverhaltens zu verschleiern". Eines der Resultate jedoch ist, daß die Militärzensur das Fehlverhalten der Armee fördert. Seit 1974, als der Kampf gegen Militärzensur ernsthaft begann, war dies das überzeugendste Argument der Befürworter ihrer Abschaffung gewesen. Für die breite Öffentlichkeit hatte es mehr Gewicht als das Argument, es sei unhaltbar, die Leute über das Ausmaß der Greueltaten der Armee im Dunkeln zu lassen. Wenn Israel Landers (*Davar*, Freitagsbeilage, 27. November 1992) Militärzensur an ihrem wunden Punkt treffen will, ruft er in Erinnerung, wie die Zensur in der Woche vor dem 6. Oktober 1973 alle aus den üblichen Pressequellen stammenden Nachrichten verbot, die über das Zusammenziehen von ägyptischen und syrischen Truppen an den Waffenstillstandslinien berichteten. Die israelische Armee betrachtete diese Truppenkonzentration als belanglos und wollte die Öffentlichkeit nicht unnötig beunruhigen. Im Endeffekt war diese Zensur mitschuldig an den unmittelbar folgenden Niederlagen Israels.

Landers gibt aber auch zu, daß sich die Presse selbst willig der Linie der Zensur unterwarf, aus Respekt für die Armee, deren Prestige sich zwischen 1967 und 1973 auf dem Höhepunkt befand. Formale Verbote durch die Zensoren waren damals oft nicht notwendig, da „freundlicher Ratschlag" genügen konnte. Die derzeit [1992] tobende Kampagne gegen die Militärzensur hat ihren Ursprung in den unbeholfenen Anstrengungen der Armee, ihre Fahrlässigkeit während der Ts'elim-Übung 1992 zu vertuschen, bei der fünf Soldaten getötet wurden. Einer der Hauptgründe, der zu dem öffentlichen Zornesausbruch über diese Affäre führte, waren lange Presse-Interviews mit den Familien der getöteten und verwundeten Soldaten. Gemeinsames Thema war der Wunsch der Interviewten, die Umstände des Unfalles zu erfahren. Aber, wie Landers beobachtet hat, war dies in der Vergangenheit nicht immer so. Er erinnert an die Explosion eines Armeelastwagens in Eilat am 24. Januar 1970. Entgegen aller Regeln war der Laster mit scharfen Minen geladen gewesen, 24 Soldaten wurden getötet, noch mehr verwundet und Teile der Stadt zerstört. „Keine hebräische Zeitung druckte einen einzigen Artikel über die Eltern der toten Soldaten", erinnert sich Landers. In den darauffolgenden Tagen erschienen zwar einige Berichte über die Begräbnisse der Soldaten, die jedoch als Kurznotizen auf die Innenseiten der Blätter verbannt wurden, ganz im Gegensatz zu dem, was routinemäßig jetzt geschieht, wo Militärbegräbnisse stets die größtmögliche Publicity erhalten. [...]

Im allgemeinen war die Berichterstattung über Unfälle, die den Tod von Soldaten infolge von Fahrlässigkeit der

Armee nach sich zogen, bis in die späten 70er Jahre verboten. Fotos beispielsweise von verwundeten israelischen Soldaten mit schmerzverzerrten Gesichtern werden in Israel zensiert, wie auch in der amerikanischen Presse während des Vietnamkriegs üblich, aber die Veröffentlichung von Bildern mit verwundeten Soldaten, die von komfortablen Krankenhausbetten aus lächeln, wird gefördert. Der Libanon-Krieg brachte in dieser Hinsicht einen Wandel. Beschwerden und Proteste von Soldaten durften in den Medien zitiert und sogar im Fernsehen gezeigt werden. Als sich die Kriegsführung gegen die libanesischen Guerillas als Fehlschlag zu erweisen begann, wurde sogar Antikriegs-Satire erlaubt. Eine Lockerung der Militärzensur muß, zusammen mit anderen sozialen Veränderungen, der israelischen Beinahe-Niederlage im Oktoberkrieg von 1973 zugeschrieben werden. Es war diese Beinahe-Niederlage, die die Anfänge des Verlangens der Israelis nach mehr Freiheit markierte. [...]

Die Zensurbehörde und das „Editors' Committee"

Juristische Dokumente, die die Befugnisse des Komitees für Militärzensur definieren, unter anderem die Texte der Abkommen, die von dem sogenannten *„Editors' Committee"* mit jenem Komitee getroffen wurden, wurden zum ersten Mal überhaupt von *Haaretz* am 26. November 1991 veröffentlicht. Sie basieren auf den britischen *„Defense Regulations"* von 1945, welche ursprünglich dazu bestimmt waren, jüdische Untergrundorganisationen zu unterdrücken ... Diese Gesetze wurden vom Staat Israel übernommen. Ihre die Zensur betreffenden Festsetzungen gelten noch heute (außer den streng formalen Änderungen wie dem Ersetzen von „Seiner Majestät" durch „Verteidigungsminister" und ähnliches). Sie ermächtigen den Zensor, jede Publikation zu verbieten, die als „möglicherweise die Verteidigung Israels, den öffentlichen Frieden und die öffentliche Ordnung gefährdend" angesehen werden, ohne irgendwelche Gründe für die Zensur anzugeben. Dies betrifft jegliches gedruckte Material, von Büchern bis zu Kreuzworträtseln, und schließt auch Reprints ein. Alle Periodika brauchen eine Lizenz, außer denen, die als Einzelausgaben erscheinen. Der Zensor kann auch Zeitungen schließen und Druckmaschinen, Fax- und Kopiergeräte konfiszieren, so wie es bei Ausbruch der Intifada im Gazastreifen geschah. Ein 1988 angenommener Zusatz bestimmt, daß „alles, was geschrieben wird und möglicherweise die Sicherheit des Staates in irgendeiner Weise beeinträchtigen könnte", unter präventive Zensur fällt. Außerdem existieren zusätzliche Klauseln – noch immer in Kraft –, welche dem Zensor weitere Befugnisse verleihen, die praktisch keine Grenzen kennen.

Das wirft die Frage auf, wie die hebräische Presse unter all diesen Gesetzen funktionieren konnte, vor allem mit den selbst auferlegten Beschränkungen vor 1973, und schließlich nach 1973, als sie mit zunehmendem Erfolg begann, einige Freiheiten für sich zu gewinnen. Dafür kann es mehrere Antworten geben. Zunächst einmal wurden die *„Defence Regulations"* zuerst von dem provisorischen Nationalrat 1948 und dann von der ersten Knesset 1949 angenommen, unter der Prämisse, die auch von Ben-Gurion geteilt wurde, der damals sowohl Premier- als auch Verteidigungsminister war, daß sie hauptsächlich gegen die Araber angewandt würden, wohingegen Juden nicht durch Zensur an politischer Debatte und Kritik an der Regierung gehindert werden sollten, egal wie unverschämt. Diese typisch israelische Mischung aus Demokratie und Rassismus war zunächst informell, weil die Arbeiterpartei ihren Rassismus nicht offiziell eingestehen wollte. Nichtsdestotrotz wurde die Zensur letztendlich institutionalisiert, wenn auch nicht durch ein Gesetz, sondern durch ein zunächst 1951 unterzeichnetes und 1966 geändertes Abkommen zwischen der Militärzensurbehörde und dem *Editors' Committee*, welches den Großteil der hebräischen Presse repräsentierte, auch wenn keine arabische Zeitung vertreten war.

Die Prinzipienerklärung

Der Text dieses Abkommen wurde geheim gehalten, bis er kürzlich von *Haaretz* veröffentlicht wurde: „1. Der alleinige Zweck des Zensur-Komitees besteht darin, die Veröffentlichung von Informationen zu verhindern, die mit der Sicherheit Israels zusammenhängen und dem Feind helfen oder der Verteidigung Israels schaden könnten. 2. Von der Zensur nicht betroffen werden politische Diskussionen, Meinungen, Kommentare, Einschätzungen oder andere Inhalte, außer wenn sie mit der Sicherheit zusammenhängende Informationen enthalten oder diese unbeabsichtigterweise enthüllen. 3. Die Zensur soll

auf der Zusammenarbeit der Armeeführung mit der [israelischen] Presse aufbauen, um das in Punkt 1 genannte Ziel zu erreichen."
Dieser Prinzipienerklärung folgten detaillierte Spezifikationen in bezug auf die erwähnte Zusammenarbeit, die später erläutert werden sollen. Doch zuerst muß zugegeben werden, daß das in Punkt 2 gegebene Versprechen vollends eingehalten wurde. Von Anbeginn konnte die hebräische Presse die Regierung sowie andere Politiker frei kritisieren und beschimpfen. Und sie nutzte ihre Freiheit voll aus, in den 50er Jahren sogar mehr als in den 90er Jahren. (Die Situation der arabischen Presse war anders, hier war die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Doch dies soll hier nicht weiter ausgeführt werden.) Die Bedeutung der Phrase „mit der Sicherheit zusammenhängende Information" wurde inhaltlich ausgedehnt, um Themen abzudecken, deren Zusammenhang mit der Sicherheit höchst dürftig war. Andererseits war es in der Presse immer möglich, den Premierminister oder jeden anderen Politiker sogar mit Hitler zu vergleichen. Der Rest des Abkommens regelt die Zusammenarbeit der beiden beteiligten Parteien, um sicherzustellen, daß diese problemlos funktioniert. Das wichtigste Instrument war das *Editors' Committee*, welches aus den Herausgebern der damals existierenden hebräischen Tageszeitungen und dem Direktor der Rundfunkbehörde bestand. [...]

In einem Kommentar zu diesem Abkommen stellte Dori Klasenbald fest ([...], *Hadashot*, 19. November 1992): „Der schlimmste Aspekt dieses zur Diskussion stehenden Abkommens ist, daß es sowohl den Zeitungen als auch den Zensurbehörden die Verpflichtung auferlegt, ein strittiges Thema einem „Zensurkomitee" zu unterstellen, bestehend aus je einem Repräsentanten der Armee, der Zeitungen und der Öffentlichkeit. So unglaublich dies klingen mag: die Regeln dieses Komitees sind nicht bindend, solange sie nicht vom Stabschef gebilligt worden sind." [...] Aber die faktische Unterordnung dieses Komitees unter die Armee war nicht alles. So erklärt Klasenbald: „Das Abkommen stützte sich auf die Vorstellung, daß die Sicherheit des Staates der übergeordnete Wert war, mit dem verglichen Meinungsfreiheit im allgemeinen und Pressefreiheit im besonderen nur marginal waren, eine Art Gefallen, die der Zensor der Presse und ihrer Leserschaft zugestehen würde." Und seine letzte Schlußfolgerung ist, daß „jegliches freiwillige Abkommen mit Zensur korrumpiert, weil es die Meinungsfreiheit verletzt". Moshe Negbi (*Hashadot*, 19. November 1992) stimmt mit ihm überein: „Die Zeitungen, die das Abkommen unterschrieben, hofften, unter bequemen Bedingungen operieren zu können, um den Preis, daß anderen Blättern Härten auferlegt würden, da sie ungeschützt den aus der Mandatszeit stammenden drakonischen Sanktionen ausgeliefert waren, die den Zensor sogar ermächtigten, Zeitungen zu schließen, wie er es mit *Hadashot* vor acht Jahren tatsächlich tat". Sie gewannen ihre relative Freiheit durch den Verzicht auf ihr Recht, gegen den Zensor vor dem Obersten Gerichtshof zu klagen.

Statements wie diese von Gal-Nur, Negbi oder Klasenbald stellen in Israel eine Novität dar. Keine Meinungsäußerungen dieser Art wurden jemals von seiten der sogenannten zionistischen Linken laut. Zionistische Parteien konnten zum Beispiel unterschiedlicher Meinung sein darüber, ob die Armee oder die Siedlungen höhere Priorität genießen sollten, aber sie waren einer Meinung darüber, Zionismus über Menschenrechte zu setzen, sogar über solche, die nur die Juden betreffen würden. Die zionistische Linke ist in dieser Hinsicht niemals eine Ausnahme gewesen. Der Drang nach Meinungsfreiheit sowie nach anderen elementaren Freiheiten kommt in Israel aus dem Zentrum des politischen Spektrums, von einigen marginalen Gruppen oder auch von einigen Individuen der nicht-zionistischen Linken. Ihr Einfluß ist meiner Meinung nach vornehmlich katalytisch: nicht aus sich selbst heraus wirksam, sondern darin, die Jugend und die Medien für ihre Ideen zu gewinnen. Das erklärt, weshalb Militärzensur freiwillig akzeptiert wurde, als die zionistische Linke große Macht in Israel hatte. Das mußte so lange so sein, wie Zensur als der zionistischen Sache dienlich angesehen wurde.
Warum hat sich dies geändert? Welche sozialen Faktoren haben diesen Wandel gefördert? Es gab viele Gründe. Einer war der Einfluß von *Western ways of life* auf die Israelis, besonders auf die Jugend, die nicht länger willens waren, die erstickende Atmosphäre der Zionisten so gleichgültig zu ertragen wie ihre Vorfahren es taten. Aber der entscheidende Faktor des Wandels waren meiner Meinung nach profunde Transformationen im Leserprofil der Presse, die ungefähr zwischen 1974 und 1988 stattfanden, nach den ersten großen Erfolgen im Kampf um die Ausweitung der Freiheiten.

Die neue Presse

Der Charakter der hebräischen Presse selbst hat sich in dieser Periode bemerkenswert gewandelt. Eine Anzahl kommerziell orientierter *Friday papers* [Wochenendzeitungen] begann zu erscheinen und wurde schnell sehr populär. Die Presse lernte darüber hinaus, sich an ein Massenpublikum zu richten, welches auch regelmäßig Fernsehen schaute. Weit davon entfernt, die Konkurrenz mit dem Fernsehen zu verlieren, prosperierte die Presse wie niemals zuvor. Es genügt zu sagen, daß die Verkaufszahlen hebräischer Zeitungen an einem gewöhnlichen Freitag 3,5 Millionen erreichen, bei einer Einwohnerzahl von etwa 5 Millionen, die beträchtliche Minderheiten enthält, die nicht Hebräisch lesen. Die soziale Zusammensetzung der Leserschaft hat sich auch schon seit Mitte der 50er Jahre rapide gewandelt. Die weniger gebildeten, ärmeren und daher religiöseren und rechtsorientierten 50 Prozent von ihnen (oder sogar mehr) tendieren dazu, Zeitungen zu meiden und sich mit Fernsehen zufrieden zu geben. Die andere Hälfte, mit entgegengesetztem sozialen Profil, neigt dazu, jeden Freitag zwei oder sogar drei Zeitungen zu kaufen, im typischen Fall eine überregionale und eine oder zwei Lokalzeitungen, und sie gründlich zu lesen. Dieselbe Leserschaft zieht anspruchsvollere und eher liberal orientierte Tageszeitungen vor. Im Gegensatz dazu wurde die Tendenz der Religiösen, äußerst wenig zu lesen – sogar spezielle Wochenzeitungen, extra für deren Konsum produziert, sind bei ihnen nicht übermäßig populär –, verstärkt durch die Denunziation der gesamten hebräischen Presse durch ihre Rabbis. Solche Denunziationen wurden in den letzten 10 Jahren [d.h. seit 1982] immer maßloser: bis zu dem Punkt, jene Presse als ein Werkzeug des Teu-

fels zu brandmarken, welches seine frommen jüdischen Leser zu unsäglichem Unglück verdammen kann, nicht gezwungenermaßen spirituell, sondern auch physisch wie zum Beispiel durch Tod in einem Verkehrsunfall. Durch die Weigerung, Zeitung zu lesen (wie auch alles andere „unmoralische" Gedruckte) werden rechtsorientierte Israelis immer ungebildeter.
Der Großteil dieser „neuen Presse", wie sie genannt wird, ist kommerziell. Als der verstorbene Robert Maxwell *Maariv* mit der Absicht kaufte, die Ansichten von Sharon und Shamir zu unterstützen, sank die Auflagenzahl alarmierend, so daß sich die Zeitung nach dem Tod von Maxwell dem drohenden Bankrott ausgesetzt sah. Sie wurde dann von dem rechtsorientierten Waffenhändler Ya'akov Nimrodi, der durch „Irangate" zu zweifelhaftem Ruhm gekommen war, gekauft und seinem Sohn Ofer, einem Mann in den Dreißigern, zum Geschenk gemacht. Das neue Management fand, der einzige Weg, die Auflagenzahl der Zeitung zu steigern, sei, ihre frühere Praxis wiederaufzunehmen und kritische Kommentare zu veröffentlichen. Die finanzielle Situation besserte sich fast augenblicklich als ein Resultat dieser Entscheidung. Nicht zufällig wurde die Spezialität von *Maariv* die Kritik an der Armee, das Lieblingsthema der zeitungslesenden 50 Prozent der israelischen jüdischen Öffentlichkeit zur Zeit. Ebenfalls nicht zufällig wurde diese Diskussion mit einem Zitat aus *Maariv* für mehr Pressefreiheit und dem Recht der Öffentlichkeit auf Information eröffnet. Während der letzten drei Monate [d.h. vor Dezember 1992] hat *Maariv* zum Beispiel eine bemerkenswert gut recherchierte Studie über die kriminelle Fahrlässigkeit der Armee während der Massaker von Sabra und Shatila 1982 veröffentlicht, eine Meldung über den zunehmenden Drogen- und Alkoholkonsum unter den Eliteeinheiten der Armee und einen Bericht über einen Offizier, der die Soldaten seiner Einheit schlug und anschließend von den Militärbehörden entlastet wurde.

Ähnlich ist die Geschichte der lokalen Tel Aviver Freitagszeitung *Ha'ir*, gegründet von der Familie Schocken, die auch *Haaretz* besitzt. Ihre Auflagenzahl war ohnehin schon beeindruckend, aber die Schockens stellten fest, daß sie die Auflagenzahlen weiter steigerten, als sie ganzseitige Werbeanzeigen druckten, die einen stereotypischen *Haredi* [religiöser Jude] oder rechtsorientierten Juden zeigten, der sagte: „Ich lese *Ha'ir* nicht, weil sie mir nicht religiös genug ist" oder „nicht genügend national orientiert". Diese Anzeigen, gedacht, das aufgeschlossenere Publikum anzuziehen, verfehlten ihre Wirkung nicht.

Der Rechtsweg gegen die Zensur

Kein Wunder, daß der erste juristische Triumph im Kampf gegen die erdrückende Macht der Militärzensur 1988 von *Ha'ir* gewonnen wurde. *Ha'ir* rief den Obersten Gerichtshof gegen das Verbot eines Artikels an, der den Chef des Mossad kritisierte und über den Zeitpunkt seiner Ablösung spekulierte. In den späten 50er Jahren war es verboten, das Wort „Mossad" überhaupt zu erwähnen, und alle Hinweise auf irgendeinen Zweig des israelischen Geheimdienstes, egal wie versteckt, wurden routinemäßig zensiert. Da *Ha'ir* nicht dem *Editors' Committee* angehörte, war sie an keine Verpflichtung gebunden, den Obersten Gerichtshof nicht anzurufen. Auf den Antrag von *Ha'ir* hin erklärte der Oberste Gerichtshof die Entscheidung des Zensors für nichtig und entschied, daß, da die Meinungsfreiheit von höchstem Wert sei, sie vor potentiellen Beeinträchtigungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geschützt werden müsse. Nach diesem Entscheid wurde eine neue Klausel dem Abkommen von 1966 zwischen dem *Editors' Committee* und der Militärzensurbehörde beigefügt. Diese Klausel blieb geheim, bis sie von Hayim Tzadok ([...], *Yediot Ahronot*, 17. November 1992) aufgedeckt und später von *Haaretz* am 26. November veröffentlich wurde. Die Klausel lautet: „Von jetzt ab wird Zensur an den Beschluß 680/88 des Obersten Gerichtshofes gebunden sein, welcher Publikationsverbote verbietet, außer in Fällen von an Gewißheit grenzender Wahrscheinlichkeit, daß eine bestimmte Publikation die Sicherheit des Staates spürbar gefährden kann." Wie Tzadok ausführt, „sagt die zitierte „an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit"-Klausel deutlich, daß die Sicherheit des Staates auf Kosten der Meinungsfreiheit nur unter extremen Umständen von hohem und als sicher feststellbarem Risiko für den Staat aufrecht erhalten werden kann. Der Zensor kann seine Autorität nur zu diesem Zweck nutzen, niemals für andere Zwecke, die außerhalb seiner Funktionen liegen". [...]

Wenig später [d. h. kurz nach dem Unfall in Ts'elim] unternahm *Haaretz* einen bisher nicht vorgekommenen Schritt und verkündigte ihre Entscheidung, sich aus dem *Editors' Committee* zurückzuziehen. Zeitgleich mit der oben erwähnten allerersten Veröffentlichung der vorher verbotenen Texte des Abkommens, eröffnete die Entscheidung von *Haaretz* die öffentliche Diskussion über die Zensur wieder. So erklärt Klasenbald: „In der Praxis bedeutet der Rücktritt von *Haaretz* vom Abkommen, daß in Disputen zwischen der Zeitung und dem Zensor das *Editors' Committee* nicht mehr länger die Entscheidungen treffen und daß der Stabschef nicht länger die oberste Autorität haben wird, solche Entscheidungen zu billigen oder mißbilligen. Es scheint, daß *Haaretz* sich weiterhin in jenen Punkten der Zensur unterwerfen wird, bei denen die Presse und die Zensurbehörde übereinstimmend diese Unterwerfung als notwendig erachten, aber die Zeitung wird sich die Freiheit nehmen, Fälle gegen die Zensurbehörde vor Gericht zu bringen." [...]

Die israelische Regierung hat noch immer einen Spielraum, um, unter dem Vorwand, daß es mit der Sicherheit zusammenhängen könne, hinterhältig Informationen zu unterdrücken, die normalerweise in anderen demokratischen Staaten nicht verheimlicht werden, egal wie dürftig dieser Zusammenhang in Wirklichkeit ist. Einige verschwiegene Informationen werden eventuell von der hebräischen Presse unter Zuhilfenahme aller Art von Umschreibungen beschrieben. In anderen Fällen jedoch ist die Presse gezwungen zu schweigen. Im besten Falle kann sie ihre Nichtbefugnis, die Öffentlichkeit zu informieren, zugeben. [...]

Der Artikel ist am 2. 12. 1992 geschrieben, zum ersten Mal 1997 veröffentlicht in: Open Secrets. Israeli Nuclear and Foreign Policies, London: Pluto Press. Für die Abdruckgenehmigung danken wir Israel Shahak und dem Verlag.
Übersetzung aus dem Englischen und Kürzung: Ines Weinrich

„a7ibak gidan ya INTERNET"

Internet-Zugänge in Kairo und anderswo

Jochen Möller

Der Aufpasser Yasir sitzt gelangweilt in einem Korbstuhl des Tiefparterre-Cafés der *Nile Hilton Shopping Mall*. In einer unscheinbaren hinteren Ecke verbirgt sich als Geheimtip das Cyber-Café. Der höchstens 5x5 Meter große Raum ist mittlerweile mit 6 Computern vollgepackt, alle sind jetzt besetzt, um manche Monitore scharen sich Grüppchen wie kleine Kampfteams.

„Die Mädchen werden ja wohl bald gehen", meint Yasir und blickt auf die Uhr: es geht auf 22 Uhr zu. Sobald alle Kunden einen Bildschirm zugewiesen bekommen haben, sitzt Yasir selbst wieder vor einem freien Gerät und *chattet*. Er arbeitet hier seit Juni, hat ein kundschaftsunabhängiges Gehalt, das er mir nicht verrät, ist auch versichert. Die Internet-Benutzung ist sicher ein Anreiz. An der *Cairo University*, wo er gerade sein Studium an der *Faculty of Engineering* abgeschlossen hat, gab es nur begrenzte Internet-Zugänge für 3 Pfund die Stunde. Yasirs Kunden zahlen stolze 12 Pfund. Im Sommer, als Kairo wie stets von urlaubenden Golf-Arabern überfüllt war, wurde der Tarif im *Nile Hilton* sogar auf 16 Pfund hochgesetzt.

„Sicher, allein schon wegen der Preise stellen Ägypter nicht gerade die Mehrheit der Benutzer hier dar!" Die drei von Yasir eingegrenzten Gruppen sind Araber (z. B. Kuwaitis), Ausländer, Ägypter. Während Araber sich vorwiegend mit Echtzeit-Kommunikation, also *Chat*-Kanälen oder Internet-Telefon vergnügen, nutzen Ausländer vor allem *e-mail*, um Kontakt nach draußen zu halten. Laut Yasir nutzen Ägypter neben den zahllosen *Chats* auch die Möglichkeiten, die das Internet für Arbeit und Studium bietet: für neueste wissenschaftliche Forschungsergebnisse etwa oder zum Aufbau von Geschäftsbeziehungen.

Das mag für manche *Cyber*-Cafés gelten, aber hier? Stets sehe ich die Kunden des Cafés sich vor allem um eine bestimmte Art von Beziehung kümmern: virtuelle Flirts. Zwei Drittel aller Bildschirme zeigen entweder die für IRC (*internet relay chat*) typischen Fenster oder die zweigeteilte Benutzeroberfläche von *Freetel*: links schreibt der geneigte *Cyber*-Café-Besucher, rechts erscheinen Fragen und Antworten des oder der Kontaktierten. Ist die nötige Hard- und Software vorhanden, kommt gelegentlich sogar eine Stimmübertragung zustande. Dann sitzt jemand im Café und preßt die Aktivboxen gegen die Ohren, vermutlich die mangelnde Intimsphäre in so einem Café beklagend. Dies garantiert zumindest im *Nile Hilton Café*, daß die Geschäftspolitik freiwilliger Selbstkontrolle einigermaßen eingehalten wird. Unanständiges wird hier wohl kaum heruntergeladen. Dennoch zeigt ein Blick in die Historie aufgerufener Seiten auch einiges mit Worten wie *sex* oder *chicks*.

10th of Ramadan City – Teil I

Ich tappe durch einen zu drei Vierteln fertigen Neubaukomplex, ein Noch-Niemandsland nahe der Busstation der Wüsten-Industriestadt *10th of Ramadan City*, die zwischen Kairo und Ismailia liegt. Wer hat mir geflüstert, daß es hier ein *Cyber*-Café gibt? Ich weiß es nicht mehr, aber ich glaube es auch erst, wenn ich es sehe. Ein Hausbewacher sitzt hinter einem aufgeschütteten Sandhaufen und blickt mich verdutzt an. Ich halte mich an die gegebene Beschreibung und gehe einfach mal in eines der Häuser. Einige Minuten später stehe ich vor einer unscheinbaren Wohnungstür am Ende einer über die verschleppte Bauzeit schon wieder verfallenden Treppe.

Ich werde halb interessiert, halb überrascht in Empfang genommen von Khaled. Er schlurft in seinen *ship-ship*, den ägyptischen Hausschlappen, durch die frischgekachelte 4-Zimmer-Wohnung und rückt mir einen Stuhl heran, schaltet den Computer an und weist mir wortlos den Weg ins Netz. Einfach so. Ich habe erstmal ein paar Fragen. 10 Pfund die Stunde, aber das nehme er nicht so genau. Geschäftszeiten? Egal, „ich lebe hier". Ob ich einen Tee wolle. Khaled interessiert das Internet scheinbar kein Stück. Er bringt mir einen Tee, setzt sich an einen anderen Computer und legt dort Karten.

6th of October City

ist eine weitere bedeutende Industriestadt Ägyptens, nach dem selben Ereignis benannt wie *10th of Ramadan*: dem Beginn des Oktoberkrieges 1973. Neben der einflußreichen *Investors Union* hat sich dort ein Kleinunternehmerverband formiert. „Eines unserer Serviceangebote für die Mitglieder wird ein Internet-Café sein", wird mir erläutert. „Gegen eine geringe Grundgebühr können wir Interessierten Internet-Zugang gewähren. Außerdem wollen wir Schulungskurse anbieten!" Für die nötige Hardware hat man sogar Mittel aus dem Bereich der Internationalen Zusammenarbeit aufgetan.

Das Interesse gerade kleinerer Unternehmer am Internet steigt, doch fehlt vielen noch konkretes Wissen. Da solche Unternehmen meist eine *one-man-show* sind, fehlen oft einfach Zeit und Ruhe. Der Chemiker Murad startet gerade sein eigenes Unternehmen, einen kleinen Betrieb für Galvanisierung. Er sucht Informationen sowohl zu *know-how* als auch zu Geschäftskontakten. Vom Internet hat er schon viel gehört, benutzt hat er es noch nie. Imam, Sokkenfabrikant, möchte seine Produktpalette ins Internet

„stellen“, damit diese dort von möglichen Geschäftspartnern in Europa abgerufen werden kann. Wie soll er das anstellen? Er dürfte ein dankbarer Kunde einer der lokalen Anbieter werden, ohne sich selbst viel Wissen über das Netz anzueignen. Dabei bietet das Internet selbst kostenlose *homepage*- und *e-mail*-Kapazitäten.

Die Dichte des Netzes in Ägypten nimmt langsam, aber stetig zu, auch wenn angesichts der materiellen Voraussetzungen die Zielgruppen noch klein sind. Das Problem der Verfügbarkeit von Informationsmedien wird in der vielbeschworenen Informations-Weltgesellschaft auch für Ägypten bedeutsam. Ohnehin kann sich nur ein verschwindend geringer Teil der Menschen das Internet überhaupt leisten. Und von den knapp 50% derer, die lesen und schreiben können, sind die meisten weder *computer-literate* noch des Englischen ausreichend mächtig.

10th of Ramadan City – Teil II

Da ich ja jederzeit ins „Café“ kommen darf, klingele ich diesmal um 23 Uhr. Diesmal öffnet mir Ihab, ein Computerexperte, im Schlafanzug und ebenfalls mit Hausschlappen. Er ist ein echter Internet-Experte, gerade mit der Uni fertig, und betreut mit Khaled den Server, der hier für die Café-Besucher und die sich von außen einwählenden Kunden steht. Zwei Menschen leben hier um den Server herum, der in einem abgetrennten Teil der Küche (oder war das mal eine große Duschkabine?) summt. „Verdammt teuer das ganze Equipment!“ brummt Ihab, der von einer in Kairo ansässigen Firma angestellt wurde und mit seinen Fachkenntnissen gerne selbst so ein *Cyber*-Business aufbauen würde. Allein schon die *leased line*, das heißt die Dauerverbindung zur Telefonzentrale von *10th of Ramadan City*, kostet ein Vermögen, vom kostbaren Server gar nicht erst zu sprechen. Daher leben die beiden hier auch. Im Schlafzimmer, das zur Hälfte mit den Original-Kartons für die Computer vollgestellt ist, guckt Khaled gerade eine Fußballübertragung.

Lohnt sich das Geschäft denn? „Es geht so, es gibt schon Kunden in *10th of Ramadan City*, auch ein paar Ausländer, und da die Privatwirtschaft hier boomt, gibt es auch ein großes Potential!“ Jetzt erst sehe ich, daß eine Tür zu einem der Computerzimmer geschlossen ist. „Da sind welche ...“, sagt Ihab nur. Später schwingt die Tür auf und drei poppig gekleidete junge Spunde mit einem Stapel Disketten unter dem Arm verlassen den Raum. Ein Blick in den Browser zeigt, daß auch sie im *sex*-Bereich surften. Wer es nicht ahnt: in *10th of Ramadan City* ist der Hund begraben.

Alamak's Chat, Server 2, Kanal Arabia

Ich begebe mich in die virtuelle arabische Realität. Die meisten IRC-Programme bieten auch länder- oder regionenspezifische Kanäle, auf denen sich Einheimische, im Ausland befindliche Landsleute oder Interessierte wie ich tummeln. Meine Wahl fällt auf den Quasselkanal *Arabia* des *Alamak Chat*.

Wozu habe ich eigentlich die Umschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft gelernt? Hier wird einfach wild drauflos geplaudert. Zwei unter *Benat_il_buhar* angemeldete „Spice Girls" aus Dubai erläutern mir, daß die „3“ für den berühmten Kehllaut, die „7" für das gehauchte H steht und „6“ für das emphatische T benutzt wird. (Nebenbei weisen die Benat Fatmah und Niveen darauf hin, daß sie 18, reizvoll und *available* sind.) Jetzt macht das Chaos auf dem Bildschirm schon mehr Sinn: *a7ibak gidan a7ibak wa shilak fi 3yoonee a7ibak laish ya 3omree* [„Ich liebe dich sehr, ich liebe dich und trage dich in meinen Augen; ich liebe dich, warum, oh mein Leben“] „singt“ da etwa jemand.

Ein anderer Teilnehmer aus den Emiraten gibt mir weitere Informationen. „Die meisten von uns haben eine Internet-Verbindung von zu Haus aus. Ja, wir flirten hier meistens herum. Natürlich sind unsere Eltern deswegen unglücklich. Manche Leute hier werden wirklich ungezogen. Manche treffen sich auch später oder telefonieren miteinander. Das liegt sicher daran, daß es so schwer ist, sich auf andere Art kennenzulernen.“

Ich habe das Gefühl, die Menschen auf diesem Kanal flüchten sich vor ihren Alltagsproblemen auf der Suche nach Zerstreuung und Kontakt ins Netz. Dennoch binden sie sich nicht an das weithin amerikanisch dominierte Internet, sondern finden auf den *Chat*-Kanälen auf andere Weise wieder zueinander, haben ihre eigene Ausdrucksweise gefunden. Tiefergehendes oder politische Äußerungen sind auf diesem Kanal zumindest nicht auszumachen, doch soll auch das schon vorkommen sein, etwa wenn sich Israelis hierhin verirrten.

Khaled sitzt immer noch vor seinem Computer und legt Karten. Er ist der einzige, der mir je in einem dieser Internet-Cafés wirklich einen Tee angeboten hat. Ihm sei dieser Beitrag gewidmet.

■ *Jochen Möller studiert Politologie und Islamwissenschaft in Bonn. Fotos und Internetadressen zu Ägypten unter http://www.angelfire.com/mo/jochenm*

Netzkrieg am Golf

Andrew Rathmell

Es ist wahrscheinlich, daß sowohl Dissidenten als auch Ausländer die Möglichkeiten nutzen, die sich durch das elektronische Medium anbieten, um Regierungen zu destabilisieren oder sich Vorteile in Krisenzeiten zu verschaffen.

Experten, die sich mit der Analyse von Informationskriegsführung beschäftigen, unterscheiden häufig zwischen Cyberkrieg (dem Angriff auf eine militärische Informationsinfrastruktur) und Netzkrieg (dem Angriff auf die gesamte nationale Infrastruktur). Beide Typen des Informationskrieges subsumieren die verschiedenen, aber miteinander verbundenen Bereiche der Kommando- und Kontroll-Kriegsführung und der psychologischen Kriegsführung. Die Experten des Bereichs Informationskriegsführung konzentrieren sich zunehmend auf die Bedrohungen von fortgeschrittenen Gesellschaften durch offensive Maßnahmen der Informationskriegsführung. Was den Cyberkrieg angeht, hat das uralte militärische Prinzip, den Feind zu enthaupten, einen neuen Aufschwung erhalten. Was den Netzkrieg betrifft, so konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf Bedrohungen durch Hacker gegen z.B. vernetzte Finanzsysteme.

Die Entwicklungsländer finden sich auch zunehmend mit den Problemen ab, die mit der Verbreitung von Informationstechnologien und Computer-Vernetzungen einhergehen, ihre Besorgnisse sind aber häufig doch verschieden. Das Hauptaugenmerk in vielen Entwicklungsländern richtet sich auf einen Aspekt, der die Informationsrevolution ausmacht, nämlich auf den Verlust von Kontrolle über Informationen. Singapur und Burma sind zwei Staaten, die für ihre Versuche bekannt sind, den Internetzugang zu zensieren und zu kontrollieren, um subversives Material auszublenden. Aber es sind die sechs Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC), für die die Informationsrevolution wohl die größte Herausforderung darstellt. In unterschiedlichem Ausmaß sehen sich die Regierungen Saudi Arabiens, Kuwaits, Bahrains, Qatars, der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Omans durch das ‚Netz' bedroht.

In den Begriffen der Informations-Kriegsführung: ihre Hauptsorge gibt der psychologischen Kriegsführung des Netzkriegs. Obwohl es ihnen schon ein Anliegen ist, ihre militärischen Kommando- und Kontrollsysteme ebenso wie ihre zivilen Volkswirtschaften vor elektronischer Zerstörung zu schützen, sind diese Sorgen weit unten auf der Prioritätenliste. Ihr Hauptanliegen ist es, die ökonomischen und bildungspolitischen Vorteile eines Internetzugangs mit ihrem Wunsch nach Kontrolle des Informationsflusses in Einklang zu bringen. Die angenommene Bedrohung durch die Verbreitung von Vernetzung ist eine zweifache:

Zunächst besteht sie in der Leichtigkeit mit der ‚unmoralische' Materialien, wie beispielsweise Pornographie in ein Land via Internet gelangen können. Obschon eine solche Bedrohung keine aktive Angriffshandlung darstellt, wird sie als ebenso bedrohlich empfunden – als handele es sich um eine bewußte Angriffshandlung seitens eines Feindes. Zum zweiten kann das Netz dazu gebraucht werden, abweichende politische Meinungen zu verbreiten. Diese Sorge ist dadurch verschärft worden, daß gewisse Oppositionsgruppen angefangen haben, das Netz zur Verbreitung von Propaganda zu nutzen.

Die Informationsrevolution und die Golfstaaten

Es gibt gravierende Unterschiede in den Haltungen der GCC-Staaten zur Informationsfreiheit. Saudi Arabien ist das rigideste, Kuwait das liberalste Land. Nichtsdestoweniger, mußten alle mit der schneller werdenden Informationsrevolution in diesem Jahrhundert zurechtkommen. Die Einführung von Radio und später Fernsehen löste in Saudi Arabien eine große Auseinandersetzung aus. Im Königreich gab es Demonstrationen gegen die Einführung des Fernsehens und die konservative Geistlichkeit (Ulama) stimmte dem Schritt nur zu, nachdem der damalige König Faisal sich verpflichtet hatte, das Medium zur Übertragung religiöser Andachten einzusetzen.

So weit wie möglich zensieren die Golf-Staaten die Postdienste und kontrollieren streng den Import von Medien wie Videokassetten und Print-Erzeugnisse an ihren Grenzen. Ihre inneren Sicherheitsdienste haben massiv in Technologien investiert, mit denen man sowohl nationale als auch grenzüberschreitende Telephon- und Fax-Kommunikationen abfangen kann. Eine Welle der Nachfrage nach Kommunikationsdienstleistungen läßt die Behörden damit kämpfen noch Schritt halten zu können. In den letzten Jahren ist die Anzahl der internationalen Telefonate aus den Golf-Staaten sprunghaft in die Höhe geschossen. So ist zum Beispiel laut AT&T die Zahl der Minuten von internationalen Anrufen aus den VAE um 15% im Jahre 1991 und in Oman um 24% im selben Jahr gestiegen. In jüngster Zeit verbreiten sich die Mobilfunknetze in den Golf-Staaten geradezu exponentiell.

Dieses explosive Wachstum bedeutet einen teilweisen Verlust an Kontrolle für die Telephonüberwacher. Sogar in Saudi Arabien, wo Anstrengungen unternommen werden, Fax-Geräte zu überwachen, hatte der in London ansässige Dissident Dr. Muhammad al-Masari keine Schwierigkeiten, täglich über 800 Faxe in das Königreich zu schicken. Diese wurden kopiert und weit im Lande verbreitet, wobei die Intervention der Sicherheitskräfte wenig effektiv war.

Schüsselkriege

Ein weiteres entscheidendes Feld der Auseinandersetzung war in den letzten Jahren der Kampf um die Kontrolle der Radiowellen. Radiopropaganda ist nichts Neues im Nahen Osten. In den 60er Jahren erwies sich die ‚Stimme der Araber' des nasseristischen Ägypten als äußerst wirkungsvolle Waffe der psychologischen Kriegsführung. Die Versuche, Radioübertragungen zu kontrollieren, dauern an. Während seiner anhaltenden innenpolitischen Schwierigkeiten hat beispielsweise Bahrain in den vergangenen beiden Jahren versucht, Radiobetreiber zu diskreditieren und zu zensieren, so auch den BBC World Service.

Das Fernsehen hat jedoch das Radio als Propagandawaffe abgelöst. Dieses Phänomen ist am Golf besonders deutlich, da die Einkommen hoch genug sind, den meisten Haushalten den Besitz eines Fernsehers zu erlauben und darüber hinaus, was noch wichtiger ist, die Anschaffung einer Satellitenschüssel und eines Decoders. Solange terrestrische Übertragung die einzige Option war, hatten die Golfregierungen wenig zu befürchten. Ihre staatlich kontrollierten Fernsehkanäle fütterten die Zuschauer mit einer nichtssagenden Mischung aus zensierten Nachrichten und Unterhaltungsprogrammen, die den herrschenden Moralvorstellungen entsprechen. Nur Bewohner der Grenzgebiete konnten ausländische Übertragungen empfangen, und deren Einfluß war begrenzt.

Die Ankunft der Satellitenübertragung des Fernsehens hat dieses wohlige Arrangement verändert. Die meisten Golf-Staaten, aber auch Iran, waren Zeugen der Verbreitung von Satellitenschüsseln; Konsumenten verschafften sich Zugang zu internationalen Kanälen, die unterhaltsamer und informativer waren als lokale Produktionen. Plötzlich gefährdete diese Entwicklung die Fähigkeit von Regierungen, ein lebenswichtiges Informationsmedium zu kontrollieren. Die Antwort ist eine zweifache – Kontrolle und Wettbewerb.

Ein paar Golf-Staaten haben es versucht, den Zugang zu Satellitenfernsehen direkt zu kontrollieren. Saudi-Arabien, ebenso wie Iran, hatten den Besitz von Satellitenantennen verboten. Dieser Schritt war allerdings nie mehr als eine Beschwichtigung der Konservativen, denn er stellte sich als schlicht undurchführbar heraus. Qatar nahm einen anderen Weg. Während es zwar Satellitenschüsseln auf Wohnungen verbietet, erlaubt es den Haushalten einen Kabelanschluß. Über diesen Kabelanschluß werden Programme geliefert, die von der nationalen Satellitenempfangsstation aufgenommen werden. Das Material, beispielsweise von internationalen Netzwerken wie Star TV, wird vor der Einspeisung ins Kabel zensiert. In einer kleinen, stark überwachten Gesellschaft wie Qatar scheint dieser Ansatz zu funktionieren. Bahrain, das zunehmend über seine anhaltende innere Instabilität beunruhigt ist, hat vor, einen ähnlichen Ansatz zu übernehmen.

Ein intelligenterer und erfolgreicherer Ansatz ist allerdings der des Wettbewerbs gewesen. Anstatt Satellitenempfänger zu verbieten, haben Staaten formell und informell Satellitenkanäle finanziert, um damit sicherzustellen, das ihre eigene politische und moralische Botschaft anstelle einer aus ihrer Sicht ‚subversiven', transportiert wird. So haben die Golf-Staaten Sorge getragen, daß ihr nationaler Fernsehsender über Satellit zu empfangen ist, wobei die entsprechenden Programme im allgemeinen nicht mit den internationalen Kanälen konkurrieren können.

Die wichtigere Entwicklung war das Auftauchen von pan-arabischen Satelliten-TV-Kanälen, über die die Sponsoren ihre Botschaft in alle Haushalten quer durch die arabische Welt und natürlich auch an diejenigen Araber, die im Westen leben, senden können. Ägypten gründete den Ägyptischen Satelliten Kanal (ESC). Dieser Kanal mietet den Großteil der Kapazität des ARABSAT 1-a und sendet 24 Stunden am Tag. Im Oktober 1994 wurde dann *Nile TV* aus der Taufe gehoben. *Nile TV* begann 1995 in Englisch und Französisch nach Europa, Westafrika und Amerika zu senden. Mittlerweile plant Ägypten einen neuen Satelliten, NILESAT, zu starten, um den Empfang des *Nile TV* Kanals auf die arabische Welt auszudehnen.

Der Hauptkonkurrent von *Nile TV* ist ein saudisch unterstützter Kanal mit Sitz in London namens *Middle East Broadcasting Channel* (MBC). In der arabischen Welt ist dieser zur dominanten Macht geworden. Mit seiner Mischung von professionell, aber flach gemachter Familienunterhaltung und seiner gut recherchierten, aber unkritischen Nachrichtenberichterstattung wird es in allen arabischen Staaten akzeptiert. Obschon im Hintergrund nahezu unvermeidlich Mitglieder der saudischen Königsfamilie stehen, betont der Sender seine redaktionelle Unabhängigkeit. In der Praxis allerdings bedient MBC die saudischen Propagandainteressen in ähnlicher Weise, wie es die Mehrzahl der sonstigen arabischen Presse macht, die ebenfalls saudisch finanziert ist. Sie verbreiten die Vorzüge des Königreichs nicht in grobschlächtiger Manier, vielmehr ersticken sie jegliche Diskussion der saudischen Angelegenheiten. Darin äußert sich der klassische saudische Propagandaansatz, nämlich: Sag nichts! Obgleich das eine nicht sehr ausgeklügelte Öffentlichkeitsarbeit ist, nutzt diese Politik doch weitgehend die spezifischen Ressourcen des Königreichs aus, indem sie den Staat und seine Unternehmer in die Lage versetzt, Interessen durch finanzielle Beteiligungen in einem weiten Spektrum von Medien und Presse wahrzunehmen.

Diese Politik kann aber auch zu peinlicher Öffentlichkeit führen, so zum Beispiel, als einer der saudischen Satelliten-TV-Kanäle, *Orbit Communications*, zu Beginn diesen Jahres seinen Vertrag mit dem arabischen Kanal des BBC World Service gekündigt hatte. Damit hatte *Orbit Communications* darauf reagiert, daß die BBC Dr. Masari ein Forum bot und eine ‚Panorama'-Dokumentation ausgestrahlt hatte, die kritisch mit dem Königreich umging. Obschon diese offensichtliche und hölzerne Zensur einen Aufschrei des Protests in England auslöste, erreichte sie ihr Ziel, nämlich zu verhindern, daß ein beleidigendes Programm im Königreich zu empfangen war.

Das Computerdilemma

Für die Herrscher am Golf sind Telephone, Faxe und Satellitenfernsehen insgesamt irritierend. Es ist aber die nächste Stufe der Revolution im Informationssektor, die Vernetzung von Computern, die ihnen die größten Sorgen bereitet. In den fortgeschrittenen Nationen selbst ist es noch unklar, welche langfristigen sozialen und politischen Auswirkungen die Revolution der Informationstechnologie haben wird. Wissenschaftler meinen, daß ein verbreiteter Zugang zu Informationen die organisatorischen und gesellschaftlichen Strukturen verändern wird und daß die Vorstellungen von Gemeinschaft neu überdacht werden müssen. Diese allgemeinen Implikationen kommen noch zu denen des Netz- und Cyberkrieges hinzu.

Verschiedene Studien haben gezeigt, daß die Golf-Staaten zusammen mit den meisten anderen nahöstlichen Staaten weit unterhalb des Durchschnitts liegen, was die Zahl der benutzten Computer und der Internet-Anbieter angeht. Dieser Zustand befindet sich zwar im raschen Wandel, aber der Zugang zum Internet ist weit hinter dem internationalen Standard. Betrachtet man den gesamten Nahen und Mittleren Osten, so haben nur Israel und die Türkei offene und ausgedehnte Netzwerke, die denen in Europa und den USA vergleichbar wären. Der limitierte Zugang *in* den Golf-Staaten liegt sowohl an technischen als auch an politischen Einschränkungen.

Technisch gesehen gibt es ein Problem mit den Telekommunikationssystemen in manchen Golf-Staaten. Dieses wird zunehmend behoben. Saudi-Arabien investiert gegenwärtig über 4 Mrd. US-Dollar in die Digitalisierung seines Telephonnetzes sowie in die Einrichtung von 1,5 Mio. neuen Telephonanschlüssen. Die VAE stehen kurz davor, einen Vertrag für zwei Kommunikationssatelliten mit Kapazitäten für Sprach-, Daten- und TV-Übertragungen zu vermieten.

Die politischen Einschränkungen sind aber vielleicht die wichtigeren. Einen allgemeinen Internetzugang zu gewähren, ist bei weitem gefährlicher für ‚sicherheitsbewußte' Staaten als Satellitenfernsehen oder internationale Telephon- und Faxverbindungen zuzulassen, weil zum einen die Schwierigkeit, Internetbenutzungen zu überwachen und zu kontrollieren, viel größer ist und zum anderen, weil die Benutzer viel einfacher Informationen übertragen, publizieren und weiterverbreiten sowie empfangen können. Ähnlich wie ihre Kollegen im Westen sucht die Polizei der Golf-Staaten verzweifelt nach Möglichkeiten, den Zugang zu illegalem Material, wie beispielsweise Pornographie, zu begrenzen. Aber wenigstens ebenso wichtig sind ihre Versuche zu verhindern, daß das Netz zur Verbreitung von Informationen politischen Inhaltes verwendet wird.

Die angenommene politische Bedrohung ist eine zweifache, passiv und aktiv. Die erstere bezieht sich auf den Versuch, mittels Internet an den Zensoren vorbei Zugang zu Informationen zu erlangen, sei es direkt aus der internationalen Presse oder von ausländischen Regierungen. Das letztere bezieht sich auf die Verwendung des Netzes durch Gruppen oder Staaten, die dem Regime feindlich geson-

Internet ante portas: Syrien online?

Internet ist in Syrien, wie sollte es anders sein, ein heißes Eisen. Im Gegensatz zu den Nachbarn Jordanien und Libanon, wo es bereits im breiteren Rahmen genutzt wird, hat das Regime seine Probleme mit der modernen Technik, insbesondere weil es sich wieder einmal um Medien und Kommunikationsmittel handelt. Wenn sich jeder frei informieren kann, wer soll das kontrollieren? Nein, ein geschriebenes Verbot gibt es nicht, aber man weiß, daß es verboten ist. Das kennen die Syrer nun ja schon. Zuerst waren die Satellitenschüsseln, dann die Faxgeräte, nicht ausdrücklich erlaubt, also verboten. Die syrischen Pioniere des Satelliten-TV hatten schon einmal mit Besuch zu rechnen. Das Ding wurde abgebaut und wieder aufgebaut, man blieb in Übung. Aber Fax und Schüssel haben sich mittlerweile durchgesetzt.

Bisher hat keine einzige Universität und kein wissenschaftliches Institut Zugang zum Internet, wohl aber ein Ministerium. Natürlich kann, wer Geld hat, das Internet in Anspruch nehmen und sich über einen Provider im Libanon oder in Jordanien Zugang verschaffen. Dies kostet allerdings monatlich 100 US $. Nun gibt es seit kurzem ein Büro im Telegrafenamt von Damaskus, in dem ein syrischer Provider seinen Sitz hat, die Syria Pac. Man kann gegen eine Gebühr von 3000 SL (ungefähr 100 DM) einen Antrag stellen und nach einiger Wartezeit die Dienste der Compuserve in Anspruch nehmen. Aber wer bestimmt, ob auch der Internetdienst von Compuserve den Syrern zur Verfügung gestellt wird? Die Sache wird letztendlich so ausgehen, wie bei der Einführung von Satellitenschüsseln und dem Fax. Irgendwann haben die hartnäckigen Syrier es geschafft, und es wird einfach genutzt.

Bashar al-Asad, Sohn des Präsidenten und seit dem Tod seines Bruders Basil im politischen Geschäft, ist Präsident der Syrisch Wissenschaftlichen Vereinigung für Informationstechnologie. Auch er hat seine Probleme mit dem Internet. Auf der Computermesse in Damaskus, März 1997, betonte er, daß dies für Syrien noch kein Thema sei. Allerdings differenzierte er bereits einige Monate später in einem Interview mit der Zeitung al-Hayat (12.Oktober): „Das Internet, wie andere technologische Entwicklungen in der Geschichte auch, sind ein zweischneidiges Schwert ... Der Mensch ist es, der dies positiv oder negativ anwendet." Er betonte, daß dabei die Entwicklung des Niveaus der Benutzer eine Rolle spiele. Heißt das, daß die Syrer noch nicht die intellektuelle Reife für dieses Medium besitzen? Auf die Frage, ob Syrien den Einstieg ins Internet fürchte, sagte er: „Die wichtigste negative Seite beim Einstieg, besonders bei Entwicklungsländern

nen sind, und das Netz aktiv als Medium der psychologischen Kriegsführung benutzen. Oppositionsgruppen haben schnell die Möglichkeiten und Chancen, die das Netz für sie bietet, erkannt.

Zwei in London ansässige Gegner der al-Saud, Dr. Muhammad al-Masari vom Komitee für die Verteidigung der legitimen Rechte (CDLR, *Committee for the Defence of Legitimate Rights*) und sein ehemaliger Kollege Dr. Saad al-Faqih, derzeit Führer der Bewegung für eine Islamische Reform (*Movement for Islamic Reform*), haben das Internet als Mittel zum Zweck entdeckt. Eine weitere saudische Oppositionsgruppe in den USA hat zwischenzeitlich seine eigene World Wide Web Homepage eingerichtet, während eine Vielzahl von Diskussionsgruppen in den USA Diskussionsplattformen für Dissidenten zur Verfügung stellen, um diesen die Möglichkeit zu bieten, ihre Meinungen zu verbreiten und Kontaktmöglichkeiten zu schaffen. Die in London ansässige bahrainische Oppositionsbewegung, die *Bahrain Freedom Movement* (BFM), benutzt ebenfalls das Internet, um kontinuierlich Berichte über die Ereignisse im Lande an westliche Medien zu leiten.

Bis jetzt haben diese Gruppen das Netz lediglich dazu benutzt, ihre Botschaft zu verbreiten; genauso wie sie früher Newsletters und Flugblätter verteilten. Aufgrund des begrenzten Internetzugangs in Saudi-Arabien und in Bahrain haben sie ihre Propagandakampagnien auf ein westliches Publikum und ihre Landsleute, die im Westen leben, ausgerichtet. Deshalb kann man sagen, daß sie gerade erst angefangen haben, die Möglichkeiten dieses neuen Mediums auszunutzen. Sobald sich die Netzwerke im Golf verbreitet haben werden, wird das Internet den Dissidenten erlauben, Informationen über Ereignisse viel einfacher auszutauschen. Sobald Oppositionsgruppen das notwendige Know-How erreichen, werden sie in der Lage sein, die gesamte Palette offensiver Techniken der Informationskriegsführung anzuwenden und nicht auf die Aspekte der psychologischen Kriegsführung und der Propaganda beschränkt zu sein.

Reaktionen

Die Regierungen des GCC reagieren auf das Internet genauso, wie sie auf das Satellitenfernsehen reagiert haben - mit einer Mischung aus Kontrolle und Wettbewerb. Alle investieren sie in Versuche, den Zugang zum Netz zu kontrollieren, und in die Suche nach Wegen, den Informationsfluß zu kontrollieren. Bis jetzt war der hauptsächliche Ansatz, nur einen beschränkten Zugang durch ausgewählte Internet-Anbieter zu erlauben. Ebenso wie im Westen gehörten zu den anfänglichen Nutzern vor allem Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Bis heute waren die Behörden in der Lage, die Kontrolle aufrechtzuerhalten, indem sie physisch den Gebrauch des Dienstes begrenzt und überwacht haben. Die Nachfrage durch den Handel nach Internet-Verbindungen übt allerdings auf die Regierungen einen Druck dahingehend aus, den Zugang zu erweitern. Die Polizeikräfte suchen unterdessen nach juristischen und technischen Lösungen des Problems.

In manchen Golfstaaten handeln die Behörden Grundregeln für den Zugang und den Gebrauch des Internets mit den Serviceanbietern und Anwendern aus. In Kuwait zum Beispiel, einem der führenden Benutzer des Internets am Golf, hat das Ministerium für Telekommunikation die Serviceanbieter dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, daß in Kuwait keine Pornographie und keine politisch subversiven Kommentare erhältlich sind. In Abu Dhabi hat der Internetverein der Emirate zugestimmt, Sex, Religion und Politik im Internet zu verbieten, um den örtlichen Gesetzen zu genügen. Im vergangenen Sommer brach ein öffentlich ausgetragener Streit aus, als der Chef der Telekommunikationsgesellschaft der VAE, *Etisalat*, mit Beschwerden über die anmaßende Einstellung des Leiters der Polizei von Dubai an die Öffentlichkeit ging. Dieser hatte darauf bestanden, daß die Polizei und nicht *Etisalat* für die Überprüfung von Antragstellern für einen Internetzugang zuständig sei.

Saudi-Arabien, das Land mit der rigidesten Politik hinsichtlich Informationskontrolle, fühlt sich in besonderem Maße durch das Internet bedroht. Bis jetzt hat das Königreich den Zugang auf Universitäten und Krankenhäuser beschränkt. Alle lokalen Accounts sind dem Innenministerium zugänglich und können dadurch im Hinblick auf das Material, das angewählt wurde, überwacht werden. Die Regierung hat zugesagt, den Internetzugang für die Geschäftswelt noch dieses Jahr auszuweiten; sie bleibt aber hinsichtlich der damit verbundenen Risiken nervös. So erklärt Muhammad Benten, Dekan der König Fahd Universität: „Wir werden dafür sorgen, daß das Internet nur für konstruktive Ziele benutzt wird“. Riyadh hofft,

wie Syrien, ist die Leichtigkeit des kulturellen Durchbruchs, weil die Völker dieser Staaten in kultureller Hinsicht weniger gewappnet sind, als diejenigen der Industriestaaten." Deshalb soll der Einstieg durch stufenweise Bindung mit der technologischen Welt geebnet werden. Zuerst die akademischen Einrichtungen, wie die Universitäten und die nationalen Zentren für Information, die Ministerien und die großen staatlichen Institutionen.

Natürlich zeigen gerade Staatsfunktionäre, die mit Nachrichten und Nachrichtendiensten zu tun haben, größeres Interesse. Der Informationsminister Muhammad Salman spricht in al-Hayat gleichen Datums von den Plänen seines Ministeriums, „ein elektronisches Archiv zu schaffen und die Errichtung eines systematischen Programms, um alle Nachrichten zu sammeln und sie zu klassifizieren." Er weiß wovon er spricht. In seinem Ministerium werden auch ohne Internet bisher die Artikel aller Journalisten gesammelt, die über Syrien schreiben. Stellt ein Journalist einen Antrag für ein Visum, so hat sein Ministerium beim Ja oder Nein das letzte Wort. Es steht außer Zweifel, daß dabei ein elektronisches Archiv von großem Nutzen ist.

diese Politik durch technische Mittel durchsetzen zu können, und hat mehrere hochkarätige Ingenieure aus aller Welt ins Land geholt, in der Absicht, ein umfassendes und effektives System zu entwickeln, um das Internet zu überwachen. Saudische Ingenieure lernen von den VAE, die sich optimistisch geben, den Zugang zu bestimmten Internetseiten verhindern zu können.

Obgleich die größten Anstrengungen in die Kontrolle des Zugangs gehen, gibt es auch Ansätze, das Internet positiver zu sehen. Wenn es den Regierungen gelingt, sich als attraktive Quelle für Online-Informationen darzustellen, können sie vielleicht ihre Opponenten verdrängen. Die Islamische Republik Iran ist ein Vorreiter dieser Politik. Religiöse Institutionen in Qom sind sehr aktiv darin religiöse Texte ins Netz zu bringen.

Obschon die Golf-Staaten anfänglich ziemlich langsam waren, beschreiten sie nun einen ähnlichen Weg, indem sie zum Beispiel eigene Webseiten aufbauen. Die VAE sind damit am weitesten. Das *Emirates Centre for Strategic Studies and Research* (ECSSR) hat einen umfassenden Informationsdienst im WWW zusammengestellt, der als eine Hauptquelle für länderbezogene Informationen zu betrachten ist. Unterdessen hat das Informationsministerium einen E-mail-Dienst begonnen, der unersetzlich für Journalisten ist, die sich mit dem Land beschäftigen.

Eskalation im Cyberspace?

Es ist ein Allgemeinplatz, wenn behauptet wird, daß das Internet aufgrund seiner Dezentralisierung nicht kontrolliert werden könne. Auch wenn dies im Grunde zutrifft, wird der Cyberspace dennoch ein zentraler Kampfplatz. Ebenso wie die Verwendung des Netzes durch oppositionelle Gruppen sind die offiziellen Reaktionen noch im unreifen Stadium. Zug um Zug werden aber die Regierungen der Golfstaaten und auch die Opposition vertrauter mit den Möglichkeiten, die das Internet bietet, und sowie sie anfangen, die traditionellen Taktiken der psychologischen Kriegsführung und der Desinformation anzuwenden, wird die Auseinandersetzung um die Vorherrschaft im Cyberspace intensiver werden. Die geringe Menge der Propaganda, die gegenwärtig durch die Opposition und die Regierungen im Internet verbreitet wird, stellt nur die Eröffnung eines langen Feldzuges dar, der auf einem neuen und wenig bekanntem Schauplatz stattfinden wird.

Die GCC-Regierungen haben noch nicht einmal angefangen, die längerfristigen Bedrohungen zu bedenken, die entstehen, wenn innere wie äußere Feinde mit den Techniken und den Werkzeugen der offensiven Informationskriegsführung ausgerüstet sind. Sie haben damit nicht angefangen, weil sie völlig darin befangen sind, den Informationsfluß im Internet kontrollieren zu wollen. [...]

■ *Andrew Rathmell, International Centre for Security Analysis, King's College, London*

„... die Tabuthemen ansprechen ..."

Die marokkanische Organisation zur Bekämpfung von Aids

Martina Sabra

Zweimal in der Woche geht Rafiq von seinem abendlichen Computerkurs nicht nach Hause. Stattdessen packt der 25jährige Marokkaner seine Aktentasche voll mit Präservativen und macht sich zu Fuß auf den Weg ins Stadtzentrum von Casablanca. Rafiq arbeitet als Streetworker bei der unabhängigen marokkanischen Aids-Organisation *Association de Lutte Contre le Sida* (ALCS). Auf dem trüb beleuchteten Boulevard Hassan II kommen ihm die ersten Bekannten entgegen: junge Männer, die Rafiq mit Handschlag begrüßt. Rafiq, schmal, mit leiser Stimme und schüchternem Lächeln, lebt auf im Gespräch mit seinen „Klienten": Man erzählt sich die neuesten Nachrichten, zieht sich gegenseitig auf, dann die kurze Frage: „Wieviele braucht Ihr?" Ein Dutzend Kondome wechseln den Besitzer, und weiter geht es zum Park der Vereinten Nationen. Die großzügig angelegte Grünfläche gehört ab 22 Uhr abends den Schwulen und den männlichen Prostituierten Casablancas, deren Kunden - und der Polizei. Homosexualität und Prostitution werden in Marokko zwar mit Gefängnis bestraft, doch nicht selten drücken die Beamten gegen Zahlung einer gewissen Summe ein Auge zu. Auch Rafiq hat schon einmal eine Nacht auf der Polizeiwache verbracht, weil man ihn der Prostitution verdächtigte.

Sehnsucht nach einer heilen Welt

Rafiq geht auf zwei junge Männer zu, die auf einer Bank sitzen. Er kennt die beiden gut. Ahmed und Latif sind um die dreißig und leben noch bei den Eltern. Ahmed ist arbeitslos, Latif hilft tagsüber auf dem Bauernhof seiner Eltern in einem Dorf in der Umgebung von Casablanca. „Wenn meine Eltern wüßten, was ich hier mache, die würden mich umbringen", sagt Latif und grinst. Er würde Marokko lieber heute als morgen verlassen. „Kennst Du nicht ein nettes Mädchen zum Heiraten?", fragt er. Wie fast alle Männer, die hier arbeiten, träumt er von einer heilen Welt mit Frau und Kindern. Über das, was sie auf dem Strich verdienen, reden Ahmed und Latif nicht gern. Die Kunden? „Meistens Marokkaner, viele Familienväter", erzählt Ahmed. In Marokko sei Bisexualität sehr verbreitet, erklärt mir Rafiq. Viele verheiratete Männer fänden es völlig normal, homosexuelle Beziehungen nebenher zu haben. Inzwischen ist ein anderer Bekannter von Rafiq eingetroffen: Farid, ausgesprochen gutaussehend, 19 Jahre, Kunststudent. Er wirkt unruhig und besorgt. „Hast Du noch ein paar Gummis für mich dabei?", fragt er Rafiq. „Und klappt das mit dem Termin nächste Woche?" Farid ist seit zwei Jahren auf dem Strich, verdient sich hier seinen Lebensunterhalt. Die Aids-Gefahr wurde ihm erst bewußt, als ein Freund von ihm erkrankte und starb. Seither hat er Angst und will unbedingt so schnell wie möglich einen HIV-Test machen. Rafiq versucht, ihn zu beruhigen und gibt ihm die Adresse der Aids-Beratungsstelle.

Tabuthema Homosexualität

Rafiq erfuhr durch einen Fernsehspot auf dem kodierten Kanal 2M von der Existenz von ALCS. Das war vor gut drei Jahren. Damals hatte er keinen Job, keinen Schulabschluß, drohte in die Drogenszene abzurutschen. Durch ALCS fand er eine neue Perspektive und schließlich einen kleinen Job. Und doch kann Rafiq zuhause bis heute nicht erzählen, was er bei ALCS genau macht: „Meinen Eltern sage ich, ich arbeite mit Aids-Kranken. Das können sie akzeptieren. Aber ich könnte ihnen auf keinen Fall sagen, daß ich in der Aids-Prävention mit Schwulen arbeite. Dann würden sie mich selbst für schwul halten, und ich würde sofort zuhause rausfliegen."

Das Büro von ALCS befindet sich in Casablanca, unweit vom Stadtzentrum an einer belebten Straße, im gleichen Gebäude wie der marokkanische Rote Halbmond. Das Zentrum ist Beratungsstelle, Treffpunkt für Infizierte, Anlaufstelle für Leute, die einen Test machen lassen wollen. Außerdem laufen hier die Fäden der Aids-Organisation zusammen, die noch in sechs weiteren Städten Marokkos aktiv ist.

Ich treffe Amin Bouchaba. Er arbeitet seit vier Jahren bei der Aids-Organisation, ähnlich wie Rafiq zunächst ehrenamtlich, heute als bezahlte Kraft – eine Aufgabe, die ihn ausfüllt. Wie Rafiq, wurde auch Amin durch einen Werbespot auf ALCS aufmerksam. Ihn faszinierte, daß die Ärztinnen Latifa Amine und Hakima Himmich es wagten, offen über die Tabuthemen Aids und Sexualität zu sprechen. Er wußte sofort, daß er bei dieser Initiative mitarbeiten wollte. Die Arbeit bei ALCS sei viel mehr als nur Vorbeugung gegen Aids, es gehe auch um weitreichende gesellschaftliche Fragen, wie Pluralismus, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Demokratie und Zivilgesellschaft.

Hauptaufgabe: Aids-Prävention

Als Hauptaufgabe betrachtet ALCS Aufklärung und Vorbeugung. Wichtigste Zielgruppe sind zur Zeit männliche Homosexuelle. Amin leitet von Casablanca aus ein landesweites Projekt für Stricher. Ein halbes Dutzend Streetworker ist regelmäßig nachts in der Szene unterwegs, um über Ansteckungswege zu informieren und für Kondome

zu werben. Die Freiwilligen haben zum Teil selbst im Milieu gearbeitet – sie kennen die Umgangsformen und wissen, wann in welcher Stadt Saison ist. Denn die meisten Prostituierten wandern immer dahin, wo die meisten zahlungskräftigen Kunden sind: Casablanca, Agadir, Marrakesch, Tanger. Die Streetworker verteilen Broschüren, Kassetten mit Informationen in Dialektarabisch, Präservative und Gleitcreme. Dabei machen sie die Erfahrung, daß viele die Gefahr nicht wahrhaben wollen oder sich gleichgültig geben.

Aufklärung über Aids – das heißt, Tabuthemen wie außereheliche sexuelle Beziehungen, Prostitution und Homosexualität offen anzusprechen und im Alltag damit umzugehen. Einige Mitarbeiter von ALCS sind selbst HIV-infiziert. Menschen, die von der Gesellschaft gnadenlos ausgegrenzt werden, die es eigentlich gar nicht geben dürfte.

Zwei Drittel aller HIV-Infektionen in Marokko kommen mittlerweile durch heterosexuellen Geschlechtsverkehr zustande. ALCS schickt deshalb regelmäßig ihren Info-Bus in die Vororte der großen Städte und über die Dörfer. Zur Zeit sucht die Organisation eine Finanzierung für ein integriertes Gesundheitsprogramm für Arbeiterinnen in den Industrievororten von Casablanca. Außerdem versucht ALCS, verstärkt Jugendliche anzusprechen.

Suad Burnoussi, Physiklehrerin, hält für ALCS ehrenamtlich Vorträge an Schulen. Dort stößt sie nicht selten auf Widerspruch, gegen den sie sich allerdings entschlossen zur Wehr setzt: „Einmal, bei einem Vortrag in einer Schule, stand ein Muslimbruder auf und warf mir vor, ich ermutige die Jugendlichen dazu, unverheiratet miteinander zu schlafen. Ich habe ihm gesagt: entweder lassen wir die Jugendlichen sterben oder wir schützen sie. Wir haben Kartons mit Kondomen mitgebracht, und bevor die Veranstaltung zu Ende war, waren die Kartons leer. Das zeigt doch, wie die Jugendlichen denken. Und jedesmal bekommen wir vor einem Vortrag gesagt, bringt Präservative mit. Das heißt doch was, oder?"

Offiziell erstaunlich wenig HIV-Infizierte in Marokko

ALCS, 1988 von der Ärztin Hakima Himmich in Casablanca gegründet, hat heute insgesamt sieben Büros in verschiedenen Städten sowie rund 250 Mitglieder, von denen etwa 100 aktiv mitarbeiten. Damals gab es ganze 25 registrierte Fälle von Aids in ganz Marokko, eine im internationalen Vergleich sehr geringe Zahl. Daran hat sich – jedenfalls offiziell – wenig geändert. Am 31. Dezember 1996 verzeichneten die marokkanischen Behörden genau 395 registrierte Aids-Fälle. Wenn man danach ginge, könnte ALCS eigentlich zumachen, sagt die derzeitige Vorsitzende Hakima Himmich. Doch auf die offiziellen Zahlen könne man sich in Marokko nicht verlassen. Nach Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) dürfte es in Marokko mindestens 3000 bis 4000 Aids-Infizierte geben. Ein Grund für die erstaunlich niedrigen offiziellen Zahlen, so Hakima Himmich, sei die Tatsache, daß Aids-Tests nur in Rabat und Casablanca kostenlos durchgeführt werden können. In Metropolen wie Agadir und Marrakesch gebe es dagegen keine Möglichkeit, eine Infektion festzustellen, es sei denn, in einem privaten Labor, und das sei für den größten Teil der Kandidaten unerschwinglich. Darüber hinaus, so Hakima Himmich, würden viele Ärzte keine Meldung machen – teilweise aus Unkenntnis, aber auch, weil sie nicht wüßten, daß die Meldung strikt anonym erfolge. „Es gibt in Marokko kein repressives Gesetz gegen HIV-infizierte Menschen", betont Himmich.

Bisher hat ALCS fast alle amtlich registrierten HIV-Infizierten in Marokko beraten und betreut. Der größte Teil der Kranken wurde und wird von ALCS kostenlos mit Medikamenten versorgt. In dringenden Fällen kümmert sich die Organisation auch um Jobs und Wohnraum für die Kranken. Doch meistens müssen die Kranken direkt ins Hospital, wo sie teilweise auch von ALCS betreut werden. Anders als in Europa ist bei den HIV-Patienten in Marokko die Krankheit meist schon ausgebrochen, wenn die Infektion festgestellt wird. Dann werden teure Medikamente nötig, die aus eigener Tasche bezahlt werden müssen. Hakima Himmich appelliert an die Menschen in Europa, Geld für Medikamente zu spenden, denn der Preis für eine Monatspackung AZT betrage rund 400 Mark, fast das doppelte des Mindestlohnes. Und versichert seien nur drei Prozent der Kranken, die aber ihren Familien nicht sagen wollen, daß sie infiziert sind. Keiner der von ALCS Betreuten bekomme seine Kosten ersetzt. Und wenn die Dreifachkombination in Marokko auf den Markt kommt, werden diese Kosten noch einmal um das Zehnfache steigen. „Das ist eine unerträgliche Situation. Ich hoffe, daß wir alle behandeln können, ich möchte nicht auswählen müssen. Ich finde es unmoralisch zu entscheiden, daß die Kranken in der Dritten Welt nicht behandelt werden sollen, obwohl die Wirksamkeit der Dreifachkombination erwiesen ist," mahnt Hakima Himmich.

Hakima Himmich ist eine populäre Frau in Marokko - wegen ihres Engagements für Aids-Kranke und weil sie öffentlich ihre Meinung sagt. Sie hat keine Angst, sich mit Bürokraten und Politikern anzulegen. In keinem arabischen Land gibt es eine Initiative, die ähnlich effektiv, demokratisch und mutig zu Aids und Sexualität arbeitet wie ALCS in Marokko. Die Reaktionen der marokkanischen Bürokratie auf diese Herausforderung sind unterschiedlich - mal wird versucht, ALCS zu blokkieren, mal wird die Organisation unterstützt. Auch eine staatlich kontrollierte Konkurrenzorganisation hat man ALCS schon vor die Nase gesetzt – doch bisher konnte ALCS sich behaupten. Gefragt, woran das liege, meint die Vorsitzende Hakima Himmich: „Wer vernünftig denkt, muß zugeben, daß irgendjemand sich schließlich um die Vorbeugung kümmern und die Tabu-Themen ansprechen muß. Das Gesundheitsministerium wird nicht über Prostitution diskutieren, das kann es nicht, und es kommt ihm gelegen, wenn ein unabhängiger Verein das übernimmt."

Kontakt: ALCS, 17, Bd. Massira Al Khadra, Casablanca, Maroc, Tel. 0 02 12-2-99 42 42/43, Fax: 99 42 47

■ *Martina Sabra arbeitet als Freie Journalistin.*

Rettet die syrische Industrie!

Die Wahlen zur Industriekammer Damaskus

Mustafa Nadim und Kai Ohlbrecht

Die Wahlen zum Verwaltungsrat der Damaszener Industriekammer am 5. Oktober 1997 hatten mehr als nur symbolischen Wert. Drückten doch allein die Namen der vier Kandidatenlisten aus, daß sich die syrische Industrie in einer schlechten Verfassung befindet: Neben einer „Liste des industriellen Erwachens" warben die „Liste zur Verteidigung des Unternehmers und der nationalen Industrie", die „Liste der Aufrichtigkeit" und die „Liste der industriellen Perspektiven" um die Gunst der Wähler.

Tatsächlich beklagen syrische Unternehmer seit einiger Zeit, daß grundlegende Wirtschaftsreformen trotz der Mitte der 80er Jahre eingeleiteten Öffnungspolitik (*infitah*) bislang nicht durchgeführt worden seien. Eine mangelhafte Infrastruktur sowie zeit- und kostenraubende bürokratische Prozeduren erschweren das tagtägliche Geschäft und insbesondere größere Unternehmen leiden unter einer hohen Steuer- und Abgabenlast. Notwendige Kredite sind auf dem unterentwickelten syrischen Kapitalmarkt nur schwer zu bekommen. Aber auch der öffentliche Industriesektor, der unter Asad in den 70er und frühen 80er Jahren massiv ausgebaut wurde, steht schlechter da als je zuvor. Da die von Ökonomen seit Jahren eingeforderte Kommerzialisierung dieses Sektors[1] nicht durchgeführt worden ist, drücken der latente Kapitalmangel und die veraltete Maschinenausstattung auf die Produktivität: Einer syrischen Erhebung über den industriellen Sektors folgend, lag der Produktionswert der staatlichen Industrie 1993 mit 62,5 Mrd. SP unter den Produktionskosten von 62,8 Mrd. SP (43 Syrische Pfund entsprechen einem US-$)![2]

Das Investitionsgesetz von 1991

Als ein Gradmesser der vielfältigen bürokratischen aber auch legislativen Hürden, über die syrische Unternehmer stolpern, kann das 1991 verabschiedete Investitionsgesetz Nr.10 betrachtet werden. Zahlreiche Anreize wie Importerleichterungen und mehrjährige Steuerbefreiungen sollten die Wirtschaft wiederbeleben. Stolz wurde im August 1997 verkündet, daß bis dato 1443 Investitionsprojekte mit einem Gesamtinvestitionskapital von über 400 Milliarden SP genehmigt worden seien, davon 658 Projekte mit 253 Mrd. SP im Industriesektor. Diese Zahlen täuschen jedoch darüber hinweg, daß im Industriesektor nach mehr als sechs Jahren erst 136 Projekte mit einem Investitionskapital von weniger als 18 Mrd. SP realisiert worden, also weniger als 7 Prozent. Einen vollen Erfolg konnten nur die Projekte erzielen, die offiziell Pkw für den Tourismus-Sektor importieren durften, denn aufgrund des chronischen Automangels konnten diese faktisch leicht auf einer Leasingbasis an Landsleute vermietet werden.[3]

Eine weitere und sehr schwerwiegende Belastung für viele Unternehmer kann in Syrien nur verhalten und unter hohem Risiko thematisiert werden. Aufgrund fehlender Rechtssicherheit und Transparenz können die Familien syrischer Top-Politiker und Militärs die profitablen Möglichkeiten der Wirtschaftsliberalisierung bevorzugt nutzen. Bekannt für ihr wirtschaftliches Engagement sind die Familien des Verteidigungsministers Mustafa Tlas, des Vizepräsidenten 'Abd al-Halim Khaddam und der beiden Präsidentenbrüder Rifa'at und Jamil al-Asad. Während einige der „politischen Unternehmer", wie Firas Tlas mit seiner Holding MAS (*min ajli suriyya*: „Für Syrien"), in verschiedensten Produktionssektoren arbeiten, bevorzugen andere die mit wenig Mühen verbundene und profitable Tätigkeit als Generalvertreter oder Agent ausländischer Unternehmen.[4] Unabhängige und erfolgreiche Unternehmer müssen deshalb damit rechnen, daß sich ihnen ein „Partner" anbietet, der seine Beziehungen gegen Profitbeteiligungen tauschen möchte. Noch schwieriger ist es für Unternehmer, die auf einen Markt drängen wollen, der bereits von diesen Familien monopolisiert worden ist. Als kürzlich eine der größeren Mortadella-Fabriken des Landes schließen mußte, glaubte kaum jemand in Damaskus der offiziellen Begründung, daß es dort einen Fall von BSE gegeben habe, denn es ist bekannt, daß die Familien Khaddam und Tlas im Mortadella-Geschäft tätig sind.

„Verteidigung der nationalen Wirtschaft"

Gleichwohl regt sich Widerstand gegen Korruption und die verfehlte Wirtschaftspolitik. In bislang nicht gekannter Schärfe artikuliert sich Kritik auch in Kreisen der Ba'th-Partei[5] und innerhalb der syrischen Unternehmerschaft. Hinsichtlich der Industriekammerwahlen haben sich die Unternehmer Jamal Qanbariya (Papier und Kartonherstellung), Ibrahim A. Sukar (Textilien), Hasan al-Nuri (Kosmetika) und Riyad Saif (Textilien) in der „Liste zur Verteidigung des Unternehmers und der nationalen Industrie" zusammengeschlossen. Es ist nicht die Programmatik der Liste, die u. a. zum „Aufbau einer wettbewerbsfähigen Industrie" und der „Schaffung eines Klimas, in dem die Fähigkeiten und Kreativität der Unternehmer gefördert werden" aufruft und damit recht moderat bleibt. Die Brisanz der Liste liegt vielmehr in der Unterstützung einer Politik, für die exemplarisch der Textilhersteller Riyad Saif steht. Der Unternehmer kritisiert die syrische Wirtschaftspolitik in einer Offenheit, die ihm zwar heimliche Sympathien einbringt, aber nur wenige Mitstreiter finden läßt. Saif, der sich als *self-made man* von einem kleinen Textilfabrikanten zum wahrscheinlich größten Privatunternehmer, mit einer Belegschaft von 1200 Angestellten, hochgearbeitet hat, produziert u. a. in

Lizenz Adidas-Artikel. Er genießt in Syrien ein hohes Ansehen, da er als unbestechlich gilt und für seine Angestellten sehr gut sorgt: Er zahlt hohe Löhne, seine Betriebe haben ein eigenes Sozialversicherungssystem, soziale Einrichtungen wie Kindergärten mit Vorschule, einen medizinischen Dienst sowie ein eigenes Transportsystem, welches die Beschäftigten zu den Fabriken und zurück nach Damaskus bringt.

Nachdem Riyad Saif bei den Parlamentswahlen 1994 als unabhängiger Kandidat die meisten Stimmen (67 000) in seinem Wahlkreis erhielt, nutzte er das neue Forum, um die Situation der syrischen Industriellen zu thematisieren. Im September 1996 verteilte er im Parlament das Redemanuskript „Die Wirtschaftsstagnation in Syrien: Gründe und Lösungen", welches schnell Verbreitung fand. In dem Papier wird ein schonungsloses Bild der ökonomischen Situation im Land gezeichnet, und schnellstmögliche Reformen werden eingefordert. Seine Stellungnahmen zur erdrückenden Steuerlast für Unternehmen und zu den Mängeln der Bürokratie und Verwaltung fanden sogar, trotz ihrer fundierten Kritik und mitunter harschen Worte, Widerhall in den staatlichen Medien.[6] Es ist kein Wunder, daß Saif von einigen Kreisen angefeindet wird.

Im Vorfeld der Wahlen hat die „Liste zur Verteidigung des Unternehmers und der nationalen Industrie" einen intensiven Wahlkampf betrieben. Überall in Damaskus hingen Transparente; blau und rot bedruckte Handzettel wurden verteilt. Auch in der kostenlos in allen Haushalten und den Suqs verteilten Wochenzeitung *al-Wasit*, der Vermittler (zwischen Konsument und Industrie), in der neben Werbeanzeigen auch Gebrauchtwagen, Wohnungen und Nachhilfeunterricht angeboten werden, erschienen ganzseitige Anzeigen der Liste. Riyad Saif führte zudem fünf Veranstaltungen durch, bei denen er immer wieder betonte, daß hinsichtlich der für das Jahr 2010 geplanten Euro-Mediterranen Freihandelszone die nationale Industrie nur fortbestehen könne, wenn sie international wettbewerbsfähig würde. Wenn die verbleibende Zeit nicht genützt würde, die Industrie wiederaufzubauen, sei zu befürchten, daß sie gänzlich vernichtet würde. „Um diese Gefahren zu vermeiden", so Saif, „ist es notwendig, daß alle gemeinsam ein Programm zur Rettung der nationalen Industrie erarbeiten, um die existierenden mehreren tausend Fabriken wiederaufzubauen."[7]

Die Wahlen

Am Wahltag füllte sich die Straße vor der Industriekammer schon früh mit Neugierigen und Wählern. Das große Interesse am Urnengang zeigt sich auch darin, daß mit 2500 abgegebenen Stimmen von insgesamt 3300 wahlberechtigten Unternehmern die Wahlbeteiligung sehr hoch war. Da sich 16 Kandidaten um 12 der 18 Verwaltungsrat-



Wahlkampf *Foto: Archiv INAMO*



Wahlhelfer *Foto: Archiv INAMO*

sitze bewarben, durfte jeder Wähler bis zu 12 Kandidaten aus der Liste wählen. Die restlichen sechs Sitze im Verwaltungsrat werden von der Regierung gestellt. Sie sind für Vertreter des öffentlichen Sektors reserviert und werden in der Regel mit Direktoren aus dem Öl-, Chemie- und Textilsektor oder der Lebensmittelproduktion besetzt. Als die Ergebnisse verkündet wurden, zeigte sich, daß die Thematik und der Wahlkampf der „Liste zur Verteidigung des Unternehmers und der nationalen Industrie" auf fruchtbaren Boden gefallen war. Alle vier Kandidaten wurden in den Verwaltungsrat gewählt.

Als zwei Wochen später der Verwaltungsrat den sechsköpfigen Vorstand wählte, wurde erwartungsgemäß der 73jährige Yahya al-Hindi von der „Liste der Aufrichtigkeit" wieder zum Präsidenten gewählt. Vizepräsident wurde satzungsgemäß einer der sechs Vorstandsmitglieder der Staatsbetriebe. Neben einem Finanzverantwortlichen und zwei Beisitzern konnte auch Hasan al-Nuri als Sekretär in den Vorstand gelangen, allerdings nicht mehr als Vertreter der „Liste zur Verteidigung des Unternehmers und der nationalen Industrie". Denn kurz vor der Wahl hatten die übrigen Listenmitglieder ihm ihr Vertrauen entzogen und sich von al-Nuri getrennt. So reflektieren die Wahlen zur Industriekammer Damaskus unterm Strich den zunehmenden Einfluß kritischer Stimmen, angesichts des nur begrenzten politischen Stellenwertes der Kammer und der Fragilität von Koalitionen bleibt es jedoch nach wie vor ein weiter Weg zur „Rettung der nationalen Industrie".

■ *Mustafa Nadim, Freier Journalist; Kai Ohlbrecht, Politikwissenschaftler*

1 Oliver Wils: Ökonomische Liberalisierung in Syrien: Die syrische Debatte über eine Reform des öffentlichen Sektors, Berlin 1997.

2 Syrische Arabische Republik, Statististisches Zentralamt: Nata'ij bahth al-istiqsa' al-sina'i li-l-qita' al-khass li-'am 1993, o.O. [Damaskus] 1996; Die Zahlen für den öffentlichen Sektor schließen die beiden Bereiche Ölraffination und Stromerzeugung aus.

3 al-Tishrin vom18. 8. 1997.

4 Rami, der Sohn des Generalmajors 'Adnan Makhluf ist u. a. Vertreter für Siemens und ausländische Tabakkonzerne; Firas, der Sohn des Geheimdienstchefs Muhammad al-Khuli ist u.a. Generalvertreter für Fiat und Citroen; Basil, der Sohn des Generalstabschefs Hikmat al-Shihabi ist u.a. Generalvertreter für BMW, Nissan, Rover und ausländischer Fluggesellschaften wie British Airways.

5 Exemplarisch zwei jüngste Beispiele: Im Januar 1997 forderte der Ba'thist und syrische Botschafter in Paris, Iliyas Najma, bei einer Veranstaltung der arabisch-französischen Handelskammer französische Firmen auf, nicht mit den Söhnen syrischer Verantwortlicher zusammenzuarbeiten, da diese korrupt und nur auf schnellen Profit aus seien, al-Sharq al-Awsat vom 30. 1. 1997; Im Sommer 1996 wurde in Damaskus ein aus Ba'thkreisen stammendes 12seitiges Papier verteilt, in dem der Staatspräsident aufgefordert wird, die Regierung abzusetzen, da sie und v. a. der Premierminister al-Zu'bi – was anhand vieler Informationen belegt wird – in zahlreiche Korruptionsaffären verwickelt sei.

6 Beispielsweise zur Unternehmensbesteuerung: al-Ba'th vom 19. 2. 1997; zur Verwaltung: al-Tishrin vom 16. 6. 1997: „Oft wird das Volk für die schlechten Folgen verantwortlich gemacht, als ob die Natur dieses Volkes Chaos, Faulheit, Egoismus und Zerstörung sei. In Wahrheit sind jegliche negativen Ergebnisse, [...] Ergebnisse einer schlechten Staatsverwaltung".

7 Wahlaufruf von Riyad Saif, Damaskus 20. 9. 1997.

Die arabischen Nationalisten und der Sudankonflikt

Sultan Abazeid

Zu Beginn dieses Jahres kündigte die oppositionelle Nationaldemokratische Sammlungsbewegung des Sudan den bewaffneten Aufstand an mit dem Ziel, das Regime der islamisch-fundamentalistischen Front unter Führung von al-Bashir und al-Turabi zu stürzen und durch ein demokratisches System zu ersetzen. Zuvor waren mehrere Versuche, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, gescheitert. So hatte die sudanesische Opposition in Asmara eine „Charta der demokratischen Veränderung" formuliert, die den Krieg im Süden des Sudan beenden sollte und das Recht auf Selbstbestimmung mit dem Ziel der Einheit festschrieb, im Rahmen derer die Sudanesen aller ethnischer, kultureller und religiöser Gemeinschaften in Gleichheit, Freiheit und Demokratie leben sollten.

Die linken und nationalistischen arabischen Strömungen reagierten darauf recht reserviert und nahmen eine eher negative Haltung zum Standpunkt der sudanesischen Opposition und deren Charta ein. So heißt es im Leitartikel der ba'thistischen Zeitschrift *al-dimuqrati* (Der Demokrat; Nr. 154, 1997)[1]: „Der Sudan, dieses große und reiche arabische Land ..., das die strategische Ausdehnung der arabischen Nation bis ins Herz des afrikanischen Kontinents widerspiegelt, war und ist der Schauplatz von Verschwörungen feindlicher ausländischer Mächte. (...) Ziel dieser Verschwörung ist, die Wiederbelebung der nationalen Rolle des Sudan zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde die schwarze Minderheit im Süden mit Hilfe des Internationalen Weltkirchenrats, der britischen Kirche und der römisch-katholischen Kirche instrumentalisiert, was Ausdruck ist der führenden kolonialistischen Rolle Großbritanniens und der des Weltimperialismus, der der arabischen Nation, dem Islam und der gesamten Region feindlich gesinnt ist."

Und der sudanesische Diplomat Ahmad Umrabi schrieb in der Tageszeitung *al-hayat* vom 1. Juli 1997: „Unter der Asche sehe ich die Flammen lodern. Und ich sehe, wie dies in mir das Gefühl eines großen Überlebenswillen und den Stolz entfacht, ein Nordsudanese arabischen Ursprungs zu sein wie Millionen der heutigen und der zukünftigen arabisch-nordsudanesischen Generation." Vor dem Hintergrund der weltweit zu beobachtenden Tendenz der Einigungsbestrebungen, wie in Europa, und infolge der Niederlagen gegen Israel und des Friedensdiktats durch den Sieger und seinen Verbündeten gewinnt der Wunsch nach der arabischen Einheit trotz der Unterschiede von Land zu Land an Bedeutung. Dieser Wunsch herrscht vor, obwohl die Menschen in vielen einzelnen Staaten leben, die Mitglied der Vereinten Nationen sind. Die Geschichte, die Sprache und ein Zusammengehörigkeitsgefühl bilden die Grundlage für die Einheitsbestrebungen, denen aber jene Probleme entgegenstehen, die aus der Aufteilung der Hinterlassenschaft des „kranken Mann am Bosporus" in die zahlreichen gegenwärtigen arabischen Staaten und aus der anschließenden Kolonialpolitik resultieren, die jede arabische Vereinigung zu verhindern wußte. Bei den Arabern nahm die Furcht vor einer weiteren Zersplitterung immer mehr zu, so daß ein merklicher Argwohn gegenüber den Minderheiten und die Furcht entstand, diese könnten ihre Rechte geltend machen; dies führte in dem einen oder anderen Staat zuweilen dazu, daß das Minderheitenproblem einfach geleugnet wurde.

Es herrschten Strömungen vor, die sämtliche Vereinigungsformen, wie immer sie auch aussahen, bejahten; so erfuhr das erste in der modernen Geschichte realisierte arabische Vereinigungsprojekt, die Union von Syrien und Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik im Jahre 1958, eine breite Unterstützung durch das Volk. Dieser Vereinigung wurde die Demokratie und der politische Pluralismus geopfert: Die Vorbedingung, daß sich alle Parteien in den beiden Ländern auflösen, wurde willig befolgt.

Selbst die irakische Kuwaitinvasion im Jahre 1990 wurde von großen Teilen der arabischen Bevölkerung als Schritt hin zur arabischen Einheit begrüßt. Nach dem Jemenkrieg von 1994 entstand ob der Vereinigung des Landes die gleiche Begeisterung, die indes den Blick verstellte für die Vorstellung, die andere von der Einheit hatten. Darunter fallen diejenigen von Mu'amar al-Qadhafi, der seit seiner Machtergreifung immer wieder erfolgreich zur Vereinigung Libyens mit irgendeinem benachbarten oder weit entfernt liegenden arabischen Land aufruft, obgleich er selbst und seine Regierungsmethoden gleichermaßen berüchtigt sind ... Auch im arabischen Osten teilen bis heute die meisten politischen Bewegungen und Parteien diese Begeisterung für eine Vereinigung.

Hinsichtlich der Minderheiten finden wir verschiedene Positionen; die nationalistischen Parteien mit ihrem Chauvinismus, aber auch die linken Parteien weigern sich, einen grundsätzlichen Standpunkt zum Problem der Minderheiten einzunehmen. In Syrien beispielsweise werden die Kurden im Norden des Landes offiziell und offen diskriminiert und unterdrückt, besonders nachdem vergangenes Jahr die amerikanische Menschenrechtsorganisation Middle East Watch über deren Lage berichtete und darauf hinwies, daß 150 000 Kurden die syrische Staatsbürgerschaft verweigert wird. Trotzdem ignorieren in Syrien sowohl die offiziell zugelassenen Parteien als auch die im Untergrund aktiven Oppositionsparteien dieses Problem. Die Antwort auf Forderungen, die grundlegenden Menschenrechte zu respektieren, werden mit Schweigen beantwortet. Wie können wir da eine Grundsatzerklärung erwarten hinsichtlich des viel komplexeren Problems, nämlich des Selbstbestimmungsrechts der Kurden im Irak, in der Türkei und im Iran?

Angesichts dessen geht das Streben nach der arabischen Einheit mit einer Angst vor den Minderheiten einher, deren Forderungen der Einheit zuwiderlaufen. Es ist nicht wünschenswert, daß sich all diese arabischen Unionisten, deren Einheitsträume wohl eine genetische Veranlagung sind, mehr oder weniger offen auf die Seite al-Bashirs und al-Turabis stellen; denn schließlich haben diese beiden doch ihre eigenen Vorstellungen von der Einheit des Sudans und nehmen eine negative Haltung zu den Teilen der sudanesischen Opposition ein, die für das Selbstbestimmungsrecht des Südens eintreten, was sie als Aufruf zur Teilung des Sudans verstehen.

■ *Sultan Abazeid, syrischer Oppositionspolitiker (KP-Politbüro), lebt im Exil in Paris.*

1 In Algerien herausgegeben von der (syrischen) Arabischen Sozialistischen Demokratischen Ba'th Partei, die in Opposition zum Asad Regime steht.

Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Irak

Ulrike Dufner

Innenminister Kanther wird nicht müde, die Weichen für die Abschiebung in weitere Länder des Nahen und Mittleren Ostens zu stellen. Die ersten Vorbereitungen zur Abschiebung von Flüchtlingen aus dem Irak laufen auf Hochtouren.

Die Lage im Nord-Irak

Seit Herbst 1996 können irakische Sicherheitskräfte verstärkt ungehindert den Nord-Irak infiltrieren. Nach dem Bericht des UN-Menschenrechtsberichterstatters vom Februar 1997 verüben diese zahlreiche Morde an Kurden. Im Mai 1997 startet das türkische Militär eine völkerrechtswidrige Großoffensive im Nord-Irak zur Bekämpfung der PKK. Die irakische Kurdische Demokratische Partei (KDP) unterstützt das türkische Militär und führt zunehmende Schwierigkeiten mit der PKK als Argument hierfür an. Die internationale Öffentlichkeit schweigt hierzu: Die Bundesregierung sieht die Verfolgung der PKK auf irakischem Territorium als legitimen Akt der Verfolgung terroristischer Kräfte an – solange es sich um eine zeitlich befristete Offensive handelt. Anfang Oktober, nur wenige Monate nach Abzug der türkischen Truppen startet das türkische Militär erneut eine Offensive in enger Kooperation mit der KDP. Die Türkei verkündet nun, das Militär dauerhaft auf irakischem Territorium zu stationieren und eine Pufferzone zu errichten. Wenige Tage nach Beginn der türkischen Militärintervention brechen militärische Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Parteien KDP und PUK (Patriotische Union Kurdistans) aus. Das türkische Militär unterstützt die KDP in den innerkurdischen Auseinandersetzungen und bombardiert nach von der UNO bestätigten Angaben erstmals PUK-Gebiete.

Ende November werden erste Berichte über Versorgungsengpässe in den kurdischen Gebieten öffentlich. Die Ursache hierfür liegt in dem Aussetzen des *Oil for Food*-Programms der UNO gegenüber dem Irak. Türkische Lastwagenkonvois, die Lebensmittel in die kurdischen Gebiete gegen Benzin liefern sollen, werden an der Grenze wieder zurückgeschickt.

Die Interventionen und Bombardements des türkischen Militärs fordern zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung und zwingen die Bevölkerung zur Flucht. Es ist nicht auszuschließen, daß bei den innerkurdischen Auseinandersetzungen Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung, d.h. an vermeintlichen Anhängern der jeweiligen Gegenseite verübt werden, wie dies auch bei den militärischen Konflikten im Herbst letzten Jahres der Fall war. Des weiteren ist die Lage im Nord-Irak und der erst vier Wochen nach Beginn der innerkurdischen Auseinandersetzungen ausgehandelte Waffenstillstand äußerst instabil. Denn die KDP – mit ihrem türkischen Verbündeten im Rücken – fordert von der PUK eine Garantie, daß von dem Herrschaftsgebiet der PUK aus keine Angriffe von seiten der PKK ausgehen. Andernfalls würde sie dies als einen Bruch des zwischen KDP und PUK ausgehandelten Waffenstillstandes betrachten. Da nach Ansicht der PUK das türkische Militär auf seiten der KDP an den innerkurdischen Auseinandersetzungen beteiligt war, betrachtet die PUK die Türkei nicht mehr als neutralen Verhandlungspartner bei den ständigen Verhandlungen zwischen KDP und PUK. Diese Faktoren deuten darauf hin, daß die Chancen auf einen dauerhaften Waffenstillstand und die Lösung der Konflikte sehr gering sind.

Dennoch plant die Bundesregierung eine großangelegte Abschiebung in die kurdischen Gebiete des Nord-Irak und über den Nord-Irak in den Irak.

Die Abschiebepläne in den (Nord-)Irak

Im März dieses Jahres bittet das Bundesinnenministerium das Auswärtige Amt zu prüfen, ob der Nord-Irak insbesondere für kurdische Flüchtlinge als „inländische Fluchtalternative“ gewertet werden kann. Das Motiv: Rund 70 % der Asylantragstellenden aus dem Irak sind kurdischer Volkszugehörigkeit.

Ferner wird das Auswärtige Amt gebeten, dazu Stellung zu beziehen, ob allein das Stellen eines Asylantrages zur Gewährung eines Abschiebeschutzes nach § 51 Abs. 1 Ausländergesetz ausreiche. Der Irak stellt eine illegale Ausreise und Äußerungen gegen das Regime – wie sie bei einem Asylantrag zwangsläufig gemacht werden – unter Strafe. Da ein abgeschobener Flüchtling folglich allein durch das Stellen eines Asylantrages „mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit" nicht vor Verfolgung durch das irakische Regime sicher ist, konnte bisher ein abgelehnter Asylbewerber nicht abgeschoben werden. So erhielten im Jahr 1996 rund 70 % der Asylantragstellenden aus dem Irak das sogenannte kleine Asyl.

In seiner Antwort auf die kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag (Drs 13/8788) begründet Staatssekretär Lintner vom Bundesministerium des Innern die Notwendigkeit einer veränderten Politik gegenüber irakischen Asylsuchenden damit, daß unter den Asylsuchenden Iraker an erster Stelle stehen. Die hohe

Zahl der Flüchtlinge ist für das BMI nicht Anlaß, nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage im (Nord-)Irak zu suchen, sondern dafür, die Fakten so hinzudrehen, daß aus einer unverändert instabilen Lage und einer Gefährdung für Leib und Leben der (kurdisch-)irakischen Bevölkerung eine „inländische Fluchtalternative" wird.

Dahak (irakisch Kudistan) 1989 *Foto: Reinhard Fischer*

Antrag auf Asyl stellt kein Abschiebehindernis mehr dar

Das Auswärtige Amt reagiert prompt auf das Ersuchen des BMI und ändert seine Beurteilung der „asyl- und abschiebungsrelevanten Lage" im Irak. So heißt es in dem internen Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom Juni 1997 bezüglich irakischer (nicht-kurdischer) Flüchtlinge: „... kann nicht ausgeschlossen werden, daß irakische Sicherheits- und Justizorgane bereits das Stellen eines Asylantrages in die Nähe der o. g. Straftatbestände rükken. (...) Allerdings kann davon ausgegangen werden, daß auch dem irakischen Regime bewußt ist, daß es sich bei irakischen Asylbewerbern und Flüchtlingen vielfach um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. (...) vor diesem Hintergrund erscheinen Verfolgungsmaßnahmen aufgrund bloßer Asylantragstellung nicht als wahrscheinlich, falls nicht besondere Umstände im Einzelfall vorliegen".

Das heißt, grundsätzlich steht nach Ansicht des Auswärtigen Amtes einer Abschiebung von irakischen Flüchtlingen, die aufgrund der bloßen Asylantragstellung geduldet wurden, nichts mehr im Wege. Befragt auf neuere Entwicklungen im Irak, die dieser veränderten Lagebeurteilung zugrunde liegen, schweigt die Bundesregierung. Also: Nicht eine neue Lage oder neue Erkenntnisse sondern bloße – vom Willen zur Abschiebung beseelte – Vermutungen legitimieren diese Abschiebepläne.

Die weiteren Überlegungen zur Konkretisierung der Abschiebung von irakischen Flüchtlingen muten geradezu abenteuerlich an: Seit der Aufhebung des internen Wirtschaftsembargos des Irak gegen die kurdischen Gebiete bestehe ein reger Waren- und Personenverkehr zwischen dem Irak und den kurdischen Gebieten. Daher sei es nach Ansicht des BMI durchaus denkbar, daß die irakischen Behörden nicht von der illegalen Ausreise eines irakischen Flüchtlings über den Nord-Irak Kenntnis erhalten haben müssen. Außerdem stelle eine illegale Ausreise nur eine ordnungspolitisch strafrechtliche Verfolgung, nicht jedoch eine politisch motivierte Verfolgung dar und falle damit nicht mehr unter den Asylschutz. Folglich könne nicht von einer Gefährdung durch das Regime ausgegangen werden.

Nur, direkt in den Irak kann ja nicht abgeschoben werden, da weiterhin jeglicher Flugverkehr nach Bagdad eingestellt ist. Also genieren sich bundesdeutsche Institutionen nicht, die Flüchtlinge aus dem Irak zu einer Rückreise in den Irak über den Nord-Irak aufzufordern. Hier wird wieder auf das Argument zurückgegriffen, daß das irakische Regime aufgrund des zugenommenen Warenverkehrs und Handels zwischen dem Irak und den kurdischen Gebieten ja nicht unbedingt erfahren müsse, daß die Flüchtlinge heimlich zurückkehren.

Nord-Irak als inländische Fluchtalternative

Ebenfalls wird in dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom Juni 1997 der Nord-Irak zum ersten Mal als „bedingt inländische Fluchtalternative" für irakische Kurden bezeichnet. Angesichts der gestiegenen Verfolgungsgefahr durch irakische Sicherheitskräfte, der regelmäßigen Militärinterventionen der Türkei mit ihren Opfern unter der Zivilbevölkerung, der Kämpfe zwischen den irakisch-kurdischen Parteien und der Menschenrechtsverletzungen an den vermeintlichen Anhängern des jeweiligen Gegners lohnt es sich, die Argumente genauer darzulegen, die

eine Abschiebung in dieses Konflikt- und krisengeschüttelte Gebiet legitimieren sollen:

„Politische Verfolgung im Sinne des Art. 16a Abs.1 GG kann nur von einer staatlichen oder quasi-staatlichen effektiven Gebietsgewalt ausgehen“ (Oberverwaltungsgericht Koblenz, 27. 5. 1997, AZ 7A 10719/97). Mit dieser eng gefaßten Definition von politischer Verfolgung weichen die Gerichte und die Bundesregierung von der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Verständnis der UNHCR ab. Das Auswärtige Amt ist in seinem Lagebericht zum Irak folglich bemüht, nachzuweisen, daß das irakische Regime keine „effektive staatliche Gebietsgewalt“ im Nord-Irak ausübt. Denn nach bundesdeutscher Auffassung kann dann auch keine politische Verfolgung seitens des irakischen Regimes vorliegen. Zwar wird in dem Lagebericht eingeräumt, daß irakische Sicherheitskräfte insbesondere seit dem Aufheben des internen Handelsembargos im August 1996 und der Unterstützung der KDP in den Auseinandersetzungen mit der PUK im September 1996 verstärkt in die kurdischen Gebiete eingedrungen sind und schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Aber dennoch könne der Nord-Irak als inländische Fluchtalternative angesehen werden.

Das Auswärtige Amt versucht seine Einschätzung mit Berichten irakischer Asylbewerber zu untermauern, die über den Nord-Irak in die Bundesrepublik geflohen sind und sich dort länger aufgehalten haben sollen. Wem die Flucht über den Nord-Irak ohne Verfolgung gelingt, der wird nun dafür mißbraucht, daß anderen Flüchtlingen diese Chance verwehrt werden soll. Daraus auf ein Nicht-Vorhandensein einer Bedrohungssituation zu schließen, wo selbst UN-Berichte das Gegenteil darlegen, zeigt nur einmal mehr das Ansinnen der Bundesregierung (Lagebericht, 6, 1997, S. 5). Zudem gilt das Agieren von Sicherheitskräften und Agenten auf einem Territorium jenseits des beherrschten Gebietes nicht als staatliche Verfolgung (!).

Läßt man sich auf die Interpretation politischer Verfolgung sowie die darauffolgende Praxis ein, und folgt der Annahme des Auswärtigen Amtes, daß der Irak über keine Gebietshoheit in den kurdischen Gebieten verfügt, dann stellt sich die Frage: Üben die kurdischen Parteien eine quasi-staatliche Hoheit aus? Interessant ist, daß diese Frage vom OVG Koblenz und dem Auswärtigen Amt unterschiedlich beantwortet wird: In dem Urteil des OVG vom Mai 1997 heißt es daß: „... in den ‚autonomen Gebieten‘ des Nordirak ein Zustand der Anarchie und des Bürgerkrieges herrscht. (...) Es ist eine Art ‚Flüchtlingslager von Staatengröße‘ geschaffen worden, eine neue quasi-staatliche Struktur ist nicht entstanden“ (OVG Koblenz, AZ 7A 10719/97, 27. 5. 97, S. 10). In dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes wird hingegen betont, daß die beiden kurdischen Parteien de facto staatsähnliche Gewalt ausüben.

Das Kriterium für quasi-staatliche Gewaltausübung wird von dem OVG folgendermaßen aufgeschlüsselt: „Das zentrale Merkmal von Staaten ist danach (...) eine organisierte Herrschaftsmacht mit einem prinzipiellen Gewaltmonopol, die auf einem begrenzten Territorium über eine sich als Schicksalsgemeinschaft verstehende Bevölkerung effektiv und dauerhaft ausgeübt wird“ (ebd., 6). Fest steht, daß die jüngsten militärischen Auseinandersetzungen zwischen KDP und PUK um die (Zurück-)eroberung bestimmter Territorien geführt wurden. Folgt man der Einschätzung des Auswärtigen Amtes einer staatsähnlichen Gewalt, so muß hervorgehoben werden, daß in der Vergangenheit bei den Auseinandersetzungen zwischen KDP und PUK vermeintliche Anhänger der jeweiligen Gegenseite Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren und somit „quasi-staatliche Verfolgung“ vorliegt. Der im letzten Jahr ausgehandelte Waffenstillstand zwischen KDP und PUK hat gerade ein Jahr gehalten, bevor erneut heftige Konflikte ausbrachen. Opfer dieser Kämpfe ist die Zivilbevölkerung. Hervorzuheben ist auch, daß die KPD im Herbst 1996 mit dem Irak kooperierte. Ein Schutz der Bevölkerung durch die kurdischen Parteien vor Verfolgungen seitens des Irak wurde damals nicht gewährt, oder konnte nicht gewährt werden. Von einem dauerhaften Schutz vor Verfolgung des irakischen Regimes durch die kurdischen Parteien kann auch heute nicht ausgegangen werden. Legt man also den Maßstab des Auswärtigen Amtes an, so muß von der Gefahr einer Verfolgung durch die jeweilige kurdische Gegenseite und ira-

kische Sicherheitskräfte aufgrund der instabilen Lage ausgegangen werden.

Während das OVG den Nord-Irak des weiteren als ein Gebiet bezeichnet, in dem Anarchie und Bürgerkrieg herrscht, ist nach Ansicht des Auswärtigen Amtes die Lage sicher und stabil. Die türkischen Militärinterventionen und Bombardements – die sich UN-Berichten zufolge auf PUK-Gebiete erstreckten und zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung zur Folge hatten – richten sich nach Ansicht des Auswärtigen Amtes gegen die PKK und nicht gegen die Bevölkerung. Die Sicherheitslage der irakisch-kurdischen Bevölkerung habe sich damit „nur" verschlechtert.

Der bürokratische Apparat wird in Gang gesetzt

Anfang Juli fordert daher das Innenministerium das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BaFl) und den Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten (BBfA) auf, die „neuen Erkenntnisse" des Auswärtigen Amtes zur Kenntnis zu nehmen und bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Denn die Lageberichte des Auswärtigen Amtes stellen eine der Entscheidungsgrundlagen der Einzelentscheider beim BaFl und der Gerichte bei Asylanträgen dar.

Der bürokratische Apparat wird weiter in Gang gebracht: Das BaFl bringt den „weisungsunabhängigen" Einzelentscheider die neuen „Erkenntnisse" bei der Entscheidungspraxis nahe und bietet ihnen dementsprechende Textbausteine an. Die Vertreter des Bundesamtes vor Gericht werden aufgefordert, entsprechend der neuen Lageberichte zu argumentieren. Außerdem legt das Bundesministerium des Inneren in der Antwort auf die kleine Anfrage (Drs 13/8788) dar: „Anerkennungen nach Artikel 16a GG und die Gewährung von Abschiebungsschutz nach § 51 AuslG insbesondere wegen Asylantragstellung von aus dem Nordirak ausgereisten Antragstellern kurdischer Volkszugehörigkeit werden vor dem Hintergrund aktueller Lagebeurteilung seit Juli diesen Jahres vom (...) BBfA einer gerichtlichen Überprüfung zugeführt. Das Vorgehen des BBfA ist im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern erfolgt". Beschlossene Sache ist folglich, daß der Bundesbeauftragte gegen Anerkennungen nach dem „kleinen Asyl" Widerrufsverfahren einleiten wird.

Wenige Monate später liegen erste ablehnende Bescheide des BaFl vor, die mit identischen Textbausteinen argumentieren und sich auf den Lagebericht vom Juni beziehen. Ferner wurden erste Widerrufsverfahren des Bundesbeauftragten eingeleitet. Trotz der widersprüchlichen Einschätzung des OVG über die Lage im Nord-Irak wird dieses Urteil dann zur Legitimation bei der Ablehnung von Asylanträgen hinzugezogen, wenn es um die Frage der Verfolgung durch den irakischen Staat geht.

Abschiebungen in den Nord-Irak stehen aber (noch) bestehende Hürden im Weg: die Abschiebungen müssen über die Türkei oder andere Länder wie Jordanien durchgeführt werden. Um hier erste Weichen zu stellen, führte das Auswärtige Amt Gespräche mit den jeweiligen Amtskollegen, um ihre Mithilfe zu erhalten. Beide Länder weigern sich noch, als Transitland für eine groß angelegte Abschiebewelle zu fungieren.

Der Kampf des BMI gegen die sog. Schleuserkriminalität

Während die bisher dargestellten Anstrengungen darauf abzielen, den hier ankommenden Flüchtlingen ein Bleiberecht zu verweigern, betreibt das Innenministerium parallel dazu eine Strategie der Verhinderung einer Flucht in die Bundesrepublik. Die Abschottungsstrategie firmiert im wesentlichen unter dem Etikett „Bekämpfung der Schleuserkriminalität". Auch wenn hinter diesen Schleuserorgansationen oftmals tatsächlich kriminelle Organisationen stecken, die die Notlage von Menschen ausnutzen, wird mit einer groß angelegten Kampagne des BMI, die medial begleitet wird, bezweckt, die Flüchtlinge selbst schon in die Nähe von Kriminellen zu rücken. Opfer werden zu Tätern gemacht. Fluchtgründe und -schicksale spielen hierbei keine Rolle mehr. Allein der Umstand der illegalen Einreise stempelt sie zu „Illegalen" ab, die abgefangen werden müssen, bevor sie überhaupt bundesdeutsches Territorium betreten können.

Irakische und irakisch-kurdische Flüchtlinge sind in der Regel gezwungen, illegal das Land zu verlassen. Denn nur eine geringe Zahl hat die Möglichkeit, ein Visum für eines der Nachbarländer, durch die sie fliehen müssen, zu erhalten. Folglich sind die Flüchtlinge oftmals gezwungen, ihr gesamtes Hab und Gut den Schleppern als Gegenleistung für die Fluchthilfe zu hinterlassen und gehen dabei hohe Risiken für Leib und Leben ein. Da die Grenzen für sie anders jedoch nicht durchlässig sind und die Maschen immer enger gezogen werden, stehen ihnen andere Wege, einer Verfolgung in ihrem Land zu entfliehen, nicht zur Verfügung. Sie fliehen über abenteuerliche Wege in einen Staat, in dem sie sich Schutz vor Verfolgung erhoffen.

Das Bundesministerium des Inneren legte für die Tagung des Rates ‚Justiz und Inneres' der EU, die am 4./5. Dezember 1997 stattfand, den Entwurf eines Sofort-Aktionsprogrammes bezüglich des „Zustroms von Einwanderern aus Irak" vor. Einleitend stellt das BMI das Ansteigen von irakischen Immigranten dar, die mit Hilfe von Schlepperorganisationen einreisten. Im folgenden jedoch wird der Anstieg der Asylbewerberzahlen aus dem Irak dargelegt und eine unzulässige Konnotation mit der sog. „illegalen Zuwanderung" hergestellt.

Begriffe wie „Migrationswelle" oder „Abwehrmaßnahmen" und der gesamte Duktus dieses Papiers zeigen deutlich, daß nicht der Schutz politisch Verfolgter sondern die Abschottung einzig maßgebende Richtlinie bundesdeutscher Innenpolitik ist. Das Auswärtige Amt liefert mit den Lageberichten die Vollstreckungslegitimation: „Fast alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind von der irakischen Migrationswelle betroffen. Sie müssen dieser Herausforderung deswegen gemeinsam und geschlossen mit dem gesamten präventiven und repressiven Instrumentarium begegnen. (...) Zusätzlich brauchen wir aber ein Sofort-Aktionsprogramm mit Zeitrahmen und Erfolgskontrolle um die ausufernden aktuellen Folgen des irakischen Zuwanderungsstroms einzudämmen. Das Konzept muß sich an dem Leitprinzip orientieren, dem Migrationsphänomen nahe am Ausgangsherd entgegenzutreten, wo es sich noch in einem Zustand der Beherrschbarkeit befindet und daher effizienter zu bewältigen ist" (Entwurf eines Sofort-Aktionsprogrammes).

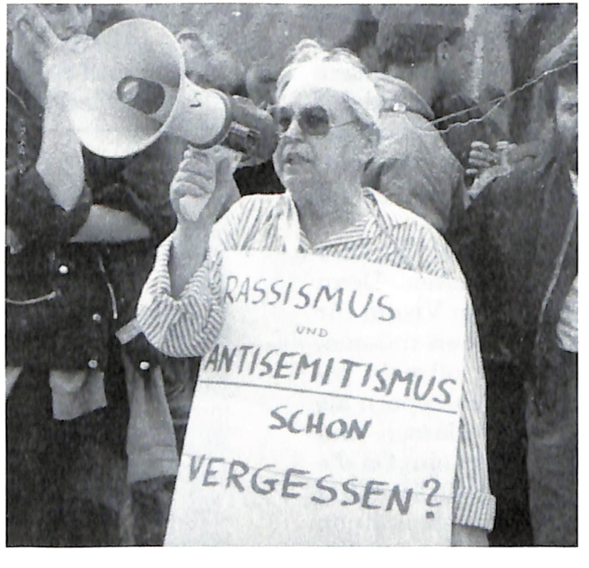
■ *Ulrike Dufner, wiss. Mitarbeiterin einer Bundestagsabgeordneten.*

Nachruf auf Alisa Fuss

Jutta Maixner

Alisa Fuss, eine Frau, die seit vielen Jahren im In- und Ausland als eine engagierte Vertreterin kritischer Juden nicht nur bekannt war sondern vielleicht schon fast in ihrer Person zum Symbol geworden ist dafür, daß es Kräfte gibt, die am kritischen jüdisch-palästinensischen Dialog gegen alle Rückschläge festhielten und auch Partei nahmen für die Palästinenser. In diesem Zusammenhang hat sie sich auch immer wieder in den innerjüdischen Diskurs eingemischt, aber auch in die Art und Weise in der jüdische Belange durch die mehrheitsdeutsche Öffentlichkeit behandelt wurde.

Trotz der sich abzeichnenden schweren Krankheit war ihre Stimme zuletzt zu hören, als die Mitglieder des Jüdischen Studentenverbandes unter Schirmherrschaft des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden und des Bürgermeisters von Berlin, den 30. Jahrestag der „Wiedervereinigung" Jerusalems mit einem jüdischen Straßenfest zu feiern beabsichtigten (siehe INAMO Nr. 10, Sommer 1997, S. 3). In einer Presseerklärung skizzierte die Jüdische Gruppe sehr ironisch das Bild des bevorstehenden Festes und legte Wert auf die Feststellung, daß Jerusalem keineswegs „wiedervereinigt", sondern der Ostteil der Stadt 1967 von Israel erobert und gegen das Votum der UNO annektiert worden war und daß die Netanyahu-Regierung „aus dem dauernden kalten Krieg eine heiße ethnische Säuberung gemacht" habe, was Ignatz Bubis zu höchst unliberalen und giftigen Äußerungen gegen sie und die Jüdische Gruppe Berlin veranlaßte.



Als die Sechszehnjährige Alisa Fuss 1935 ihre Geburtsstadt Berlin verließ und nach Palästina emigrierte, tat sie es nicht nur wegen der Nazis, sondern auch, um dort beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mitzuarbeiten. Ihr Idealismus wurde allerdings auf eine harte Probe gestellt. Nicht die beschwerlichen, entbehrungsreichen Lebensbedingungen machten der Kaufmannstochter zu schaffen, auch nicht die (körperliche) Arbeit, hatte sie doch eigens eine Lehre als Gebäudemalerin absolviert. Allerdings mißfiel ihr, daß man zum Beispiel arabischen Arbeitern am Toten Meer einfachste Schutzmitel beim Abbau des brom- und manganhaltigen Salzes vorenthielt sowie der Umstand, daß der Wachschutz der Kibuzzim sich nicht mehr auf deren Verteidigung beschränkte, sondern zu Angriffen auf Araber überging. In Jerusalem schloß sie sich Ende der 30er Jahre dem Kreis um Martin Buber an, der sich für einen binationalen Staat einsetzte, und gehörte für wenige Jahre der Kommunistischen Partei Israels an. Im 48er Krieg kämpfte Alisa Fuss, inzwischen verheiratet und Mutter eines Fünfjährigen, als Freiwillige in einem Frauenbataillon. Später arbeitete sie mit orientalisch-jüdischen Analphabetinnen und vor allem mit Kindern und nahm, über 40jährig, ein Studium u.a. in Sonderpädagogik auf. Durch Veröffentlichungen auf diesem Gebiet wurde Hartmut von Hentig auf sie aufmerksam, der sie an seine Laborschule nach Bielefeld holte.

1980, nach Berlin zurückgekehrt, war sie in der Flüchtlingsarbeit aktiv. Zu dieser Zeit hatte sie mit palästinensischen Flüchtlingen aus dem Libanon zu tun. Aus Protest gegen die Abschiebung des Kurden Kemal Altun kettete sie sich am Gericht an, demonstrierte am Tag des Mauerfalls in Neuengamme mit Sinti und Roma und trat mit 400 Demonstranten in Hoyerswerda zur Mahnwache an, nachdem das dortige Flüchtlingsheim in Brand gesteckt worden war. Seit 1991 war sie Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte. Für ihren „unermüdlichen Einsatz ... für die Verfolgten" erhielt sie 1992 das Bundesverdienstkreuz; 1993 gab sie es wegen der Änderung des Asylrechts zurück.

Auch die politische Entwicklung in Israel begleitete Alisa Fuss in diesen Jahren aufmerksam und engagiert. Mit wenig Gleichgesinnten trat sie gegen die Invasion der israelischen Armee 1982 in den Libanon ein und gründete die Jüdische Gruppe, die gegen die prozionistische Mehrheitsmeinung der Gemeinde auftrat. Ungeliebt von der Gemeinde und folglich ignoriert von der Berliner Presse, initiierte Alisa Fuss nach Beginn der Intifada zwei Symposien mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern, zu denen u.a. Hanan Ashrawi, Uri Avnery, Azmi Bishara, Faysal Huseini und Lea Tsemel eingeladen waren.

Als sie sicher war, daß ihr nur wenig Zeit verbleiben würde, ging sie zu ihrer Familie nach Tel Aviv. Dort starb sie kurz nach ihrer Ankunft am 20. November.

Wir verlieren mit ihr eine für unsere Arbeit wichtige Persönlichkeit, deren Engagement und Integrität viele Menschen beindruckt hat.

Youssef Chahines neuer Film *Das Schicksal*

Isabel Schäfer

Auf dem Filmfestival von Cannes wurde Youssef Chahine 1997 die Goldene Palme für sein Gesamtwerk verliehen: Eine Auszeichnung, auf die der bereits seit den 70er Jahren international anerkannte ägyptische Filmemacher lange warten mußte. Mit seinen 33 Spielfilmen hat Chahine kein Genre ausgelassen – orientalische Melodramen, politische Filme, filmische Essays, Musikkomödien ... – und wurde nicht nur zum Chronist der ägyptischen Geschichte, sondern steht auch für die Avantgarde der arabischen Intellektuellen, wenn es darum geht, eine Antwort auf den Fundamentalismus zu suchen. So zählt die ägyptisch-französische Koproduktion *Das Schicksal* zwar nicht unbedingt zu seinen Meisterwerken, sondern ist vielmehr auch als eine mutige und „aufmüpfige" Revanche an all denen zu verstehen, die das Verbot seines letzten Films, *Der Emigrant* (1994), bewirkten. Das zwiespältige Verhältnis zwischen staatlicher Macht und radikalem religiösen Fundamentalismus thematisierte Chahine bereits andeutungsweise in *Der Emigrant;* in *Das Schicksal* wird seine Kritik nun sehr direkt. Chahine wählt ein weiteres Mal den Historienfilm, um aktuelle Fragen aufzuwerfen. Mit der Historie nimmt er es jedoch nicht so genau (Kostüme und Perücken sind bewußt übertrieben); sie dient ihm als vordergründige Ebene für sein eigentliches Anliegen. Und sicherlich eignet sich hierfür kaum eine historische Gestalt so gut wie die Hauptfigur des Films, der andalusische Philosoph Ibn Rushd (1126–1198), genannt Averroes, der für den Kampf gegen geistige Engstirnigkeit und für den Respekt des Anderen steht.

Der Film beginnt in Frankreich, im Languedoc des 12. Jahrhunderts. Ein Wissenschaftler wird auf dem Scheiterhaufen verbrannt, weil er das Werk des Philosophen Averroes ins



Youssef Chahine bei den Dreharbeiten

Französische übersetzte. Sein Sohn Joseph flüchtet nach Spanien in der Hoffnung, den Meister zu finden und das Werk seines Vaters fortsetzen zu können. In Cordoba herrscht noch ein toleranteres Klima. Das kulturelle Leben, die Wissenschaft und die Philosophie können sich frei entfalten. Averroes (Nour El Cherif) zählt zu den engsten Beratern des Kalifen al-Mansour (Mahmoud Hemeida), der die „Ungläubigen" besiegt hat und über Andalusien regiert. Joseph wird freundlich in die Großfamilie des Meisters aufgenommen, die aus einem schillernden Gemisch an Charakteren besteht und die solidarische, heile Welt symbolisiert – so wie Chahine sie sich erträumt. Hier wird gesungen, getanzt und gelacht, studiert und diskutiert. Doch am Himmel über Cordoba ziehen dunkle Wolken auf. Der Kalif macht angesichts der erneuten drohenden kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Christen zunehmend Konzessionen an die Partei der Rechtsgelehrten, die für eine rigide Interpretation des Koran eintreten. Auch die Anschläge der radikalen Sekte „die Verrückten Gottes" vermehren sich: Das Haus des Meisters wird in Brand gesetzt, der Sänger Marwan (Mohames Mounir) wird erstochen, und der junge Abdallah, geistiger und emotionaler Adoptivsohn von Averroes, erliegt der Gehirnwäsche durch die Sekte (wird dann aber doch noch in reinster Westernmanier aus den Klauen „der Bösen" befreit). Die machtpolitische Situation spitzt sich so zu, daß der Kalif seinen geschätzten Berater ins Exil verstößt und schließlich auch seine Bücher verbrennen läßt. Averroes kann darüber immerhin mit einem Auge lachen, denn seine Schüler haben in weiser Vorraussicht sein Werk ins (damals) gedankenfreie Ägypten geschmuggelt ...

Was an dieser anti-fundamentalistischen und musikalischen Freske naiv und schamlos überzeichnet anmuten mag, gewinnt angesichts der persönlichen Biographie Chahines und der aktuellen Situation der ägyptischen Künstler und Intellektuellen an Bedeutung. Ein zentrales Element des Films ist der Erhalt des philosophischen Werks. In einer Szene fragt sich Averroes, ob es für ihn überhaupt noch Sinn macht weiterzuschreiben, wenn niemand mehr seine Bücher lesen kann. Für Chahine stellt sich eine ähnliche Frage. Kaum ein Filmemacher sucht so sehr den direkten Kontakt zu seinem Publikum. Doch was, wenn seine Filme das Publikum nicht mehr erreichen? Nach dem Gerichtsurteil gegen *Der Emigrant* hatten die meisten arabischen Länder ihre Kaufangebote zurückgezogen. Der filmische Averroes und Chahine haben bereits den wichtigsten und größten Teil ihres Werks geschaffen und erfahren nun, wie schwer es ist, für die freie Zugänglichkeit kämpfen zu müssen.

Über die philosophischen Thesen des Averroes erfährt man nur wenig, bis auf die Ermahnung, die heiligen Texte nicht als absolute Wahrheit zu verstehen und von einer wortwörtlichen Lektüre des Koran abzusehen, sondern vielmehr ihre Interpretierbarkeit zu erkennen. Dem fügt Chahine, in herzerwärmender Humanistentradition, noch einen Aufruf gegen geistige Beschränktheit und Orthodoxie hinzu. Manchmal wirkt das sehr dick aufgetragen, doch *Das Schicksal* strahlt von einer inneren und äußeren Lebensfreude, der man sich nur schwer entziehen kann. (Ägypten 1997; 135 Min.)

Juni 1967: Israelischer Angriff auf die USS Liberty

Norbert Mattes

Am 5. Juni 1967 begann der Krieg, der als Sechs-Tage-Krieg in die Geschichte einging. Am 9. Juni um 5.20 Uhr trat der von der UNO vermittelte und von allen kriegführenden Parteien akzeptierte Waffenstillstand in Kraft. Um 11.30 Uhr gab der damalige israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan den Befehl zum Angriff auf die syrischen Golanhöhen.

Am Morgen des 8. Juni umrundete eine israelische Noratlas die USS Liberty, die sich 30 Meilen vor der israelischen Küste befand und 25 Meilen vor Gaza. Ein paar Stunden später umkreiste ein Militärjet das Schiff. Dieser Jet trug keinerlei Erkennungszeichen. Um 12.45 Uhr kehrte die Noratlas zurück, wohl um das Schiff zu identifzieren. Um ungefähr 14 Uhr wurde die USS Liberty von drei Mirages angegriffen, die keinerlei Erkennungszeichen trugen, kurze Zeit später von verschiedenen ebenfalls nicht identifizierbaren Mystère-Jägern. Der Angriff dauerte 20 bis 25 Minuten. Der Hilferuf der USS Liberty an den Kommandeur der 6. Flotte sprach von „nicht identifizierbaren Flugzeugen“. Nachdem Hubschrauber und Torpedoboote ebenfalls mit Angriffen begonnen hatten, wurde im vierten Situationsbericht der 6. Flotte erwähnt, daß letztere auch nicht zu identifizieren seien. Als man auf der USS Liberty die Rettungsboote ins Wasser ließ, wurden sie von den Torpedobooten unter Beschuß genommen. Um 15 Uhr verschwanden die Boote in V-Formation.

34 Offiziere und Crewmitglieder wurden getötet. 171 verwundet, unter anderem durch Napalm.[1] Die Maschinen der USS Liberty waren vollständig zerstört, ebenfalls das Ruder und das Elektrizitätsnetz. Jetzt tauchte ein SA-321 Super Frelon Hubschrauber mit israelischen Kennzeichen auf, umkreiste das hilflos umhertreibende Schiff, griff aber nicht an. Eine Stunde später entschuldigte sich die israelische Militärführung beim US Marineattaché in Tel Aviv für die „irrtümliche“ Attacke.

Die USS Liberty

Die USS Liberty, ein Schiff des Militärischen Nachrichtendienstes, war eindeutig als amerikanisches Schiff zu identifizieren. Über die Gründe des Angriffs ist viel gerätselt worden, zumal die USA Israels Entschuldigung sofort akzeptierten und den Untersuchungsbericht als Top Secret einstuften. Die überlebenden amerikanischen Soldaten wurden ausdrücklich zur Geheimhaltung aufgefordert. Erst Ende der 70er Jahre schlossen sie sich zusammen und gingen an die Öffentlichkeit. Aber auch sie konnten nur den Ablauf schildern. Über Ursachen und Hintergründe des israelischen Angriffs kann weiter nur spekuliert werden.

Die USS Liberty war Teil eines militärischen Aufklärungsnetzwerkes unter Federführung der NSA (National Security Agency), das sowohl die militärischen Operationen beider Seiten als auch die Bewegungen der sowjetischen Marine verfolgen konnte. Unter den Spionageschiffen hatte die USS Liberty die beste technische Ausstattung und konnte unter anderem die taktische Kommunikation, wie Nachrichtenverkehr zwischen dem israelischen Hauptquartier und den verschiedenen militärischen Einheiten abhören. Sie konnte folglich auch die Befehle für die Truppeneinheiten abhören – die IDF-Brigaden und Divisionen kämpften immer noch in der Westbank und in Jerusalem und brachen somit den von der UN initiierten Waffenstillstand –, die am Abend des 7. und am Morgen des 8. Juni von der Sinai- und Jordanienfront nach Nordgaliläa an die Grenze zu Syrien gebracht wurden, um eine Invasion vorzubereiten, die den Krieg ausweiten würde.

Unbeantwortete Fragen

Warum wurde die Identität der Flugzeuge und Boote verborgen? Die Liberty hatte die gesamte Kommunikation zwischen dem israelischen Generalstab, Verteidigungsminister Moshe Dayan und den verschiedenen Truppenteilen der Marine, Luftwaffe und Heer aufgezeichnet. Warum erhielt die USS Liberty erst 16 Stunden später von der 6. Flotte Luftunterstützung? 15 Minuten nach dem Hilferuf der Liberty an die 6. Flotte, starteten Jets von dem Flugzeugträger Saratoga. Minuten später wurden sie von dem Konteradmiral Lawrence R. Geis zurückgeordert. Über das Warum wird weiterhin gerätstelt. Der „tragische Irrtum“ wurde offiziell akzeptiert. Ein Kongreßabgeordneter sprach vom Verständis für den schrecklichen Streß unter dem das israelische Militär in den letzten Wochen gestanden hätte. Einige höhere Staatsfunktionäre vermuteten jedoch, daß Israel genau Bescheid wußte, welche Aufgaben die Liberty hatte und daß dies kein Irrtum war. Eine Theorie besagt, daß die USS Liberty von den Angriffsplänen gegen Syrien erfahren hatte und deswegen von Israel angegriffen worden ist. Auch im Nationalen Sicherheitsrat (NSC) blieb das nicht unwidersprochen. Clark Clifford, Mitglied im NSC, forderte, daß man sich genauso verhalten müsse, als hätten die Araber oder die UdSSR ein Schiff der US Navy angegriffen. Es sei undenkbar, meinte Clifford, daß die Zerstörung der Liberty ein Irrtum war, wie die Israelis behaupten.

Überlebende Besatzungsmitglieder der USS Liberty enthüllten Jahre später, daß sie von Konteradmiral Kidd

Fortsetzung Seite 51

Das Arabische Informationszentrum für Volkskunst und Volkskultur in Beirut

Fadia Foda

Das Arabische Informationszentrum für Volkskunst und Volkskultur in Beirut ist eine unabhängige palästinensische Einrichtung, die im Libanon seit 1990 als gemeinnütziger Verein registriert ist und dem Koordinationsforum der NGOs der palästinensischen Gemeinschaft im Libanon angehört. Volkskunst und Alltagskultur sowie deren praktische und pädagogische Vermittlung stehen im Mittelpunkt der Arbeit des Zentrums. Informationen über die arabische Volkskunst und Alltagskultur werden gesammelt und dokumentiert, um sie in den Dienst der wissenschaftlichen Forschung zu stellen. Auch werden die traditionelle handwerkliche Produktion gefördert und neue Projekte unterstützt, die der einfachen Bevölkerung Beschäftigungsmöglichkeiten und den Familien ein zusätzliches Einkommen verschaffen. Außerdem geht es dem Zentrum darum, der heranwachsenden Generation die Volkskunst und Volkskultur zu vermitteln, um ihr Bildungsniveau zu verbessern und ihr Kunstverständnis zu fördern.

In diesem Sinne leistet das Zentrum Beratungsarbeit, veranstaltet Ausbildungslehrgänge und bietet NGOs aus allen Gebieten des Libanon seine Bibliothek und sein dokumentarisches Inventar in folgenden Bereichen an:
- Sammlung von Artefakten der Volkskunst und Dokumentation mündlicher historischer Überlieferungen (oral history) zur Geschichte Libanons, Palästinas und Syriens (bilad ash-Sham);
- Geschichte der Volkskunst, Gestaltungsformen und Techniken der traditionellen Kunsthandwerke;
- Anfertigung betriebswirtschaftlicher Studien für effektiveres Wirtschaften, Verwalten und Abrechnungswesen für traditionell-handwerkliche Produktionsprojekte;
- Erziehungs- und Bildungsaktivitäten für die heranwachsende Generation, mit denen die Volkskunst nach dem Prinzip „Lernen durch Arbeit" vermittelt wird;
- Herausgabe der Zeitschrift „Al-Jana" (Die Ernte) mit dem Schwerpunkt der Volkskultur in Palästina, Libanon und Syrien.

Das palästinensische Gedächtnis und der Kampf um das Bestehen

Die Bewahrung von Erinnerung ist ein schwieriges Unterfangen, und es ist ein langer Kampf, der zur Wiederherstellung und Festigung einer geraubten und geleugneten Identität geführt wird. Das gilt für die Erinnerung an die Flucht, den Widerstand, die Kriege, Angriffe und Belagerungen, die Siege und die Niederlagen ebenso wie für die Geschichten, die wie die Menschen aus Palästina vertrieben wurden. Diese Identität ist die Grundlage für die Schaffung eines harmonischen Verhältnisses zwischen dem Individuum und seiner Umwelt. Auf der Grundlage dieser verstümmelten Erinnerungen und der nachfolgenden Ereignisse und Veränderungen vollzieht sich die Arbeit des Erinnerns, mit der das Gedächtnis aus der Lethargie herausgeführt und dafür gesorgt werden soll, daß bewahrt bleibt, was dem Vergessen anheimzufallen droht. Diese Erinnerung soll so dem aktiven, lebendigen, dokumentarischen und zugleich weitervermittelnden heutigen Gedächtnis zugutekommen. Ebenso soll ein pädagogischer Nutzen daraus gezogen werden, indem diese Erinnerung den kommenden Generationen zur Verfügung gestellt wird. Dieses Anliegen versucht das Zentrum durch seine Aktivitäten und zahlreichen Programme zu verwirklichen.

Neben dem bereits erwähnten „Lernen durch Arbeit" gehört eine Kampagne zur Sammlung von Zeugnissen erlebter Geschichte, konkret der Vertreibung aus Palästina im Jahr 1948, zum Programm. Diese Arbeit beschränkt sich auf die Altersgruppen, die in Palästina gelebt und die Erinnerung an Ereignisse, Neuigkeiten, überlieferte Redensarten, Lieder und Sprichwörter in ihrem Gedächtnis aufbewahrt haben. Die Generation der Katastrophe von 1948 (al-Nakba) – das sind jene, die die Vertreibung und die darauffolgenden Epochen im Libanon miterlebt haben. Diese Arbeit wird von einem Team von 21 Feldforschern geleistet. Bis zum Juli 1997 hat dieses Team 120 Stunden an Zeugnissen erlebter Geschichte zu bestimmten historischen Ereignissen, zum Volkswiderstand und dem Leiden der Kinder aufgezeichnet. Zusätzlich zu diesen Berichten werden alte Fotos, Briefe, persönliche Dokumente und Gegenstände gesammelt, die aus der Zeit vor 1948 und den verschiedenen Phasen der ersten Flucht stammen. Diese sollen abgelichtet und im „Archiv palästinensisches Gedächtnis" gesammelt werden. Diese Arbeit des Sammelns und Archivierens dauert an. 1998 soll zum 50. Jahrestag der Vertreibung aus Palästina ein Unterrichtsbuch über die Entwurzelung der Palästinenser erscheinen, das sich in erster Linie an die heranwachsende Generation und die Pädagogen und Sozialarbeiter richtet, die sich mit dieser beschäftigen.

Das Projekt Familienarchiv

Dieses Projekt wird mit 10–14jährigen Kindern durchgeführt. Mit diesen Kindern wird darüber gesprochen, was sie über sich selbst und über die Geschichte ihrer Familie wissen. Sie tragen vor, was sie von ihren Familien an Liedern und Sprichwörtern gelernt haben, und machen sich auf die Suche nach Gegenständen aus der Zeit der Vertreibung, die die Familie aufbewahrt hat. Nach einem Vorbereitungstreffen beginnen die Kinder in Zusammenarbeit mit ihren Familien die Dinge zu sammeln, die dokumentiert werden sollen: Geburtsurkunden, Katasterurkunden über Grundbesitz, alte Identitätspapiere, Schlüssel etc. Die gesammelten Dinge werden als Hilfsmittel für dramatische Inszenierungen benutzt, welche die Kinder auf der Grundlage der ihnen zur Verfü-

gung stehenden Informationen aufführen. Dieses Projekt soll in Zukunft auch auf andere Altersgrupppen ausgeweitet werden. Zudem leiht sich das Zentrum die von den Kindern und Familien gesammelten Gegenstände, um sie für die Forschung auszuwerten und zu archivieren. All diese Erwerbungen sollen dann in einer Ausstellung gezeigt werden, die unter der technischen und pädagogischen Anleitung des Zentrums von den Jugendlichen selbst gestaltet werden soll.

Das Programm zur Bestandsaufnahme der materiellen Kultur

Das Zentrum hat eine Bestandsaufnahme der traditionellen Handwerkstechniken begonnen, die vor 1948 in Palästina ausgeübt wurden und die zum Teil weiterpraktiziert werden, zum Teil aber ausgestorben sind. Dabei wurden bisher folgende Handwerke aufgenommen: Töpferei, Bootsbau, Netzknüpferei, Anfertigung von Lederwaren (Sattlerei), Strickerei und Häkelei, arabische Schmiedekunst, arabisches Schreinerhandwerk, Zisilieren von Messing, Steinmetzarbeiten und die Herstellung traditioneller Musikinstrumente. Durch diese Bestandsaufnahme stehen nun vielfältige Informationen über diese Berufe zur Verfügung: Texte, Fotografien, Videofilme, Muster von allen Produkte, die in jedem dieser Handwerke hergestellt werden, und Kennkarten zu jedem dieser Produkte.

Ein weiteres Projekt des Zentrums untersucht das Radioprogramm des bis 1947 in Palästina stationierten und dann nach Zypern verlegten britischen Senders *Near East Broadcasting*, und geht der Frage nach, welche Rolle die palästinensischen Radiomacherinnen und -macher bei der Entwicklung anderer arabischer Radiostationen nach 1948 gespielt haben.

Die Zeitschrift Al-Jana

Hat sich die palästinensische Gesellschaft ihrem Schicksal ergeben, indem sie den Libanon als neue Heimat angenommen und sich auf dauerhaften Verbleib dort eingerichtet hat, oder ist sie nach wie vor auf der Suche nach der kulturellen Identität, die sie von ihrer Umgebung unterscheidet? Diese Suche geht in erster Linie darauf zurück, daß Palästinenser darauf beharren, sich als Subjekte einer – im Libanon bedrohten – kollektiven Persönlichkeit des palästinensischen Flüchtlings zu begreifen, die mit ihren Wurzeln verbunden ist, und daß sie danach suchen, die Verbindung zu dem wiederherzustellen, von dem sie abgeschnitten wurden. Die Zeitschrift Al-Jana, von der bisher fünf Ausgaben erschienen sind, hat sich diese Suche zur Aufgabe gemacht. Sie regt unser Gedächtnis an und provoziert uns, indem sie offen die Frage stellt, was aus dieser entwurzelten, vergessenen und förmlich in der Luft hängenden kulturellen Gemeinschaft werden soll. In dieser Situation tritt die Zeitschrift Al-Jana an, um auszugraben, zu sammeln. Sie sucht in der Tiefe der Erinnerung, um zu zeigen, daß diese Gemeinschaft nicht bezuglos in der Luft hängt. Sie macht sich unermüdlich auf die Suche nach allem, auch dem Geringsten, indem sie alles aufzeichnet, was an verschiedensten Künsten, Techniken und Artefakten eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart herstellt. Al-Jana präsentiert palästinensische Volkslieder, so das volkstümliche Liebesgedicht (al-Mawwal) und verschiedene Wechselgesänge (al-'Ataba und al-Miyjana). Sie stellt die palästinensische Stickerei und volkstümliche Trachten vor und beschreibt die verschiedenen Stationen ihrer Geschichte sowie die Veränderungen, die sie durchlaufen haben. Zudem hat sie mit der Veröffentlichung von mündlichen Zeugnissen erlebter Geschichte (oral history) begonnen, die unter Verwendung sicherer wissenschaftlicher Methoden gesammelt wurden. „Aufgrund des historischen Hintergrunds (Vertreibung und Entwurzelung)“, so heißt es im Editorial der Zeitschrift, „haben die mündliche Überlieferung (oral history) und das kollektive Gedächtnis für die Palästinenser einen besonderen Stellenwert, denn das kollektive Gedächtnis hat im Laufe der vierzig Jahre, die im Exil vergangen sind, zur Erhaltung und zum Schutz ihrer Identität und Kultur beigetragen.“

Die Zeitschrift Al-Jana nimmt uns mit von den volkstümlichen Hochzeitsliedern zu den Traditionen des Brotbackens in Palästina, sie macht uns mit einer der palästinensischen Institutionen im Libanon bekannt, die sich mit palästinensischen Traditionen befaßt, um uns dann wieder zu theoretischen Untersuchungen zurückzuführen, die im Rahmen der mündlichen Geschichtsüberlieferung betrieben werden. In der vierten Ausgabe hat Al-Jana begonnen, mündliche Überlieferungen palästinensischer Folklore zu veröffentlichen, die in den Flüchtlingslagern und den anderen palästinensischen Gemeinschaften im Libanon gesammelt wurden.

Arab Resource Center for Popular Arts
PO Box 113/5719 Beirut-Lebanon
Tel.: 009 61-1-81 99 70
-3-83 99 17
Fax: 009 61-1-81 99 70
-60 29 14
-64 51 06
e-mail: arcpa@sun.cyberia.net.lib

■ *Fadia Foda, Aktivistin der Generalunion Palästinensischer Frauen aus dem Libanon und Mitbegründerin der Popular Aid for Relief and Development, lebt in Berlin. Übersetzung aus dem Arabischen: Ronald Ofteringer.*

Ilhan Kızılhan: Die Yeziden. Frankfurt a.M. 1997

Reinhard Fischer

Die Yeziden sind eine Glaubensgemeinschaft. Sie sprechen den Kurmandji-Dialekt des Kurdischen und leben im Norden des Irak, in Syrien und im Kaukasus. Die Yeziden, die im Südosten der Türkei lebten, sind heute überwiegend im Exil, viele davon in Deutschland. Die vom Autor angegebene Schätzung von 500 000 Yeziden (S. 14) ist sehr hoch. Andere Schätzungen gehen von 100 000 bis 150 000 Yeziden aus. Die kulturellen Traditionen der Yeziden sind vom Untergang bedroht.

In den Glaubensvorstellungen der Yeziden finden sich alt-mesopotamische, alt-iranische, islamische und christliche Elemente. Zentrale Figur ist Melek Taus, der Engel in Pfauengestalt. Da Melek Taus von Nicht-Yeziden mit dem Teufel identifiziert wurde, sind die Yeziden bis heute oft als Teufelsanbeter diffamiert und verfolgt worden. Shaikh Adi, ein Sufi der im 12. Jahrhundert nach Kurdistan kam, gilt als Inkarnation des Melek Taus. Sein Grab in Lalish im Shaikhan Distrikt (irakisch Kurdistan) ist das zentrale Heiligtum der Yeziden. Religiöses Wissen wird innerhalb der Pir- und Shaikh-„Kasten" weitergegeben, die die Laien (Murid) religiös betreuen. Heiraten sind nur innerhalb der eigenen „Kaste" möglich. Yezide kann man nur durch Geburt werden.

Der britische Archäologe Layard machte durch seine Reiseberichte Mitte des 19. Jhds. die Yeziden in Europa bekannt. Karl May war beeindruckt und ließ die Yeziden als edle Wilde durchs Wilde Kurdistan reiten. Kızılhan schmückt sein Buch mit den Illustrationen Layards. Ausgehend von Berichten Layards interessierten sich auch Religionswissenschaftler und Ethnologen für die Yeziden und produzierten eine wissenschaftliche Literatur. Aus dieser Literatur sucht sich Kızılhan die Stimmen, die zu seiner Interpretation passen. Was nicht paßt, ignoriert er. Sein Buch ist nicht, wie er vermutet, *„das erste Buch, das sich ausführlich und umfassend mit den Yeziden beschäftigt"* (S. 15).

Der Klappentext verspricht, daß nicht *von einem ethnischen Standpunkt aus referiert* wird, doch genau das geschieht. Kızılhan sieht im Yezidentum eine Art kurdische Nationalreligion. Vor dem *„Einmarsch des Islams"*, so Kızılhans unbewiesene These, waren alle Kurden Yeziden (S. 43). So werden die Yeziden bei Kızılhan zum *Gewissen der kurdischen Gesellschaft* (S. 43) und Kultur und Religion der Yeziden werden zur *Seele der kurdischen Identität* (S. 232). Für die großen Mehrheit der muslimischen Kurden, so vermutet der Autor, sei es ein Problem, daß sie (aufgrund des yezidischen Erbes) *„sich in Art und Kognition von anderen Moslems unterscheiden"* (S. 82).

Um dieses Bild zeichnen zu können blendet er alle arabischen und islamischen Elemente aus dem Yezidentum aus. Die heiligen Bücher der Yeziden (Kitab al-Djalwa und Mashafa Rash), in kurdischer und arabischer Sprache geschrieben, könnten, so Kızılhan, Fälschungen sein, um die Yeziden näher an den Islam zu rücken (S.70). Sollte sich herausstellen, daß Shaikh Adi wirklich muslimischer Herkunft war, so empfielt Kızılhan seine Person aus der yezidischen Theologie zu streichen (S. 58).

Diese Interpretation ist politisch motiviert. Sie soll Yeziden und muslimische Kurden, deren Verhältnis zueinander historisch durch die Beteiligung muslimischer Kurden an der Verfolgung der Yeziden belastet ist, unter dem ideologischen Dach des kurdischen Nationalismus einen. Wissenschaftlich belegbar ist diese Interpretation aber genauso wenig, wie die Haltung des irakischen Baath-Regimes, das die Yeziden pauschal zu Arabern erklärt, die nur zufällig Kurdisch sprechen.

Der zweite Teil des Buches (S. 156 ff.) behandelt die Situation der Kurden insgesamt und nicht die der Yeziden im besonderen. Es geht um die Traumatisierung durch Massaker, die Verarbeitung dieser Traumatisierung in der kurdischen Literatur und um die kurdische Diaspora. Über die Yeziden gibt es in diesen Kapiteln Andeutungen, die mehr Fragen aufwerfen als beantworten.

Ein Beispiel: Wir erfahren, daß 95 % der Yeziden aus der Türkei inzwischen in Europa sind und daß die yezidischen Organisationen in Europa vor allem in Deutschland noch sehr schwach sind (S. 218). Was sind dies für Organisationen und welche Ziele verfolgen sie? Wie ist yezidische Religion im Exil organisiert, wenn ein Laie (Murid) von seinem Pir und seinem Shaikh getrennt lebt? Gerade die Veränderungen der yezidischen Traditionen im Exil wären für die deutschsprachige Leserschaft interessant gewesen.

Auch die aktuelle Situation der Yeziden im Irak bleibt unklar. Seit 1991 wird ein Teil des Siedlungsgebietes der Yeziden im Irak (u. a. das Heiligtum in Lalish) von Kurden kontrolliert, ein anderer Teil von der Regierung in Bagdad. Auf die Auswirkungen dieser Situation wird im Buch nicht eingegangen.

Ilhan Kızılhan betont, daß er aufgrund seiner Herkunft aus einer yezidischen Familie und seiner jahrelangen Forschungen mit Geschichte und Kultur der Yeziden bestens vertraut ist (S. 16). Das vorliegende Buch aber erfüllt nicht die im Vorwort geweckten Erwartungen und den selbstgesteckten hohen wissenschaftlichen Anspruch.

Anzumerken bleibt, daß das Buch von einer redaktionellen Überarbeitung, bei der insbesondere auf die Schreibung von Personennamen, auf die Fußnoten und auf die Literaturliste geachtet worden wäre, profitiert hätte.

Die Yeziden. Eine anthropologische und sozialpsychologische Studie über die kurdische Gemeinschaft. Verlag medico international. Frankfurt a.M. 1997. 283 Seiten.

Fortsetzung von Seite 47

angewiesen worden seien, die Geschehnisse als Unfall darzustellen, für den sich Israel entschuldigt hätte. Der abschließende Untersuchungsbericht wurde am 18. Juni 1967 fertiggestellt und als Top Secret klassifiziert. Auch ein hoher US Militär sagte 15 Jahre später anläßlich der Gründung der Vereinigung der überlebenden Soldaten der USS Liberty, er hätte die israelische Entschuldigung nie akzeptiert, weil er nicht glauben könne, daß israelische Piloten unfähig seien, Schiffe zu identifizieren. Es müßten andere Motive ausschlaggebend gewesen sein, die vielleicht eines Tages bekannt würden.

Bis heute beharrt Israel darauf, daß die USS Liberty keinerlei Erkennungszeichen getragen hätte und nicht beflaggt gewesen sei.

---

1 Siehe das Buch des überlebenden Besatzungsmitgliedes der USS Liberty James Ennes, Assault on the Liberty, New York, 1979. Weitere Literatur: Seymour M. Hersh, The Samson Option, New York 1991 (Taschenbuchausgabe, London 1993). Stephan Green, Taking Sides, Brattleboro, Vermont, 1988, Noam Chomsky, Pirates and Emperors, International Terrorism in the Real World, Brattloboro, Vermont, 1990.

Im Heft 13, Frühjahr 1998:

Wende in Israel – Hat der Zionismus eine Zukunft?

Impressum

INAMO: Berichte und Analysen zu Politik und Gesellschaft des Nahen und Mittleren Ostens wird herausgegeben vom Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten e.V. und erscheint vierteljährlich.

Redaktionsadresse: INAMO
Dahlmannstr. 31, 10629 Berlin
E-mail: inamo@p-soft.de

Abonnementverwaltung (Ariadne Papageorgiou): INAMO
Postfach 3613, 90018 Nürnberg

Redaktion: Isabel Armbrust, Ulrike Dufner, Reinhard Fischer, Christopher Hayes, Sabine Hofmann, Matthias Kunde, Hans Günter Lobmeyer, Norbert Mattes, Ronald Ofteringer, Ariadne Papageorgiou, Bärbel Reuter, Isabel Schäfer, Asghar Schirazi, Petra Stockmann, Jens Tanneberg, Oliver Wils, Ines Weinreich.

Titelfotos: Claudia Flores (Kairo); Ullstein Bilderdienst

Satz: Pinkuin Satz und Datentechnik

Druck: CM Druckherstellung & MedienService

INAMO e.V. ist als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindungen:
Volksbank Berlin, BLZ 100 900 00, Kto.120 676 15
Nur für Abonnements: Kreissparkasse Bamberg, BLZ 770 501 10, Kto. 920 98

ISSN 1434-3231

Diese Ausgabe wurde vom kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, gefördert.

INAMO e.V., Aboverwaltung, Postfach 36 13, 90018 Nürnberg
Pressevertriebstück, Deutsche Post AG, "Entgelt bezahlt", A 13966

Infoladen
Koburgerstr. 3
04277 Leipzig
Deutschland